

**PRÄAMBEL**

**6**

**1. FÜR EIN ÖKOLOGISCHES SACHSEN-ANHALT**

**9**

DAS GRÜNE KLIMASCHUTZPROGRAMM	9
NACHHALTIGE UND UMWELTFREUNDLICHE ENERGIEVERSORGUNG	9
AUS DER KOHLE AUSSTEIGEN	10
KEINE ENDLAGERUNG VON KOHLENDIOXID	10
ENDLAGER MORSLEBEN: SICHERHEIT MUSS PRIORITÄT HABEN	11
NACHHALTIGKEIT IN SACHSEN-ANHALT DURCHSETZEN	11
MIT ABFALL VERANTWORTLICH UMGEHEN	12
DEZENTRALE ABWASSERBESEITIGUNG FÖRDERN	12
FLÄCHENVERBRAUCH SENKEN	12
LÄRM BEKÄMPFEN, LUFT SAUBER HALTEN	13
VERLUST DER NACHT: LICHTVERSCHMUTZUNG EINDÄMMEN	13
NATURSCHUTZ STÄRKEN	13
ZUSTAND DER GEWÄSSER VERBESSERN	14
ELBE UND SAALE SCHÜTZEN	15
UNSERE SCHUTZGEBIETE STÄRKEN, BIOTOPVERBUND HERSTELLEN	15
ÖKOLOGISCHE WALDWIRTSCHAFT UND JAGD	16
EINE STRATEGIE FÜR BIOLOGISCHE VIELFALT	16
ÖKOLOGISCHE UND GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN	16
TIERSCHUTZ IN DER LANDWIRTSCHAFT VORANBRINGEN	17
TIERHEIME ABSICHERN	18
WILDTIERE GEHÖREN IN DIE NATUR	18
TIERE SIND KEINE VERSUCHSOBJEKTE	18
EINE LOBBY FÜR DIE TIERE	18

**2. FÜR EIN BILDUNGSSTARKES SACHSEN-ANHALT**

**19**

FÖRDERN STATT AUSGRENZEN	19
LÄNGER GEMEINSAM LERNEN	19
LERNGEMEINSCHAFT VOR ORT STÄRKEN	19
BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN	20
INKLUSION ERMÖGLICHEN	21
DEMOKRATIE LERNEN	21
IN UMWELTFRAGEN (WEITER)BILDEN	22
HOMOPHOBIE VON ANFANG AN ENTGEGENTRETEN	22
KITAS STÄRKEN	22
SCHULAUTONOMIE FÖRDERN	23
QUALITÄT DURCH STANDARDS SICHERN	23
BERUF DER LEHRERINNEN UND LEHRER ATTRAKTIVER GESTALTEN	23

# BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011

IN LEHRE UND FORSCHUNG INVESTIEREN	24
DIE HUMBOLDTSCHES UNIVERSITÄT IM 21. JAHRHUNDERT ETABLIEREN	24
FÜR NACHHALTIGKEIT FORSCHEN	25
INFORMATIONEN ALLEN ZUGÄNGLICH MACHEN	25
KLEINSTAATEREI IN DER BILDUNG AUFHEBEN	26

## **3. FÜR EIN WIRTSCHAFTLICH STARKES SACHSEN-ANHALT** **27**

---

NEUE JOBS SCHAFFEN	27
WIRTSCHAFT UND UMWELT GEMEINSAM DENKEN	28
GUTE ARBEIT FAIR BEZAHLEN	28
UNTERNEHMEN GEZIELT FÖRDERN	29
HANDWERK STÄRKEN	29
MEHR UNTERNEHMEN GRÜNDEN	29
UNTERNEHMENSNAHE FORSCHUNG STÄRKEN	30
DEN ENERGIEMARKT ERNEUERN	30
ENERGIE EINSPAREN UND EFFIZIENTER NUTZEN	30
ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN	31
STRUKTURPOLITIK NEU AUSRICHTEN	31
<b>KLARE ZIELE SETZEN</b>	32
EINE NEUE LANDWIRTSCHAFT ENTWICKELN	32
CHANCEN REGIONALER WIRTSCHAFT NUTZEN	34
LÄNDLICHE RÄUME AUF ZUKUNFT EINSTELLEN	34
NATUR PLUS KULTUR AUF DER BESUCHSTOUR VERBINDEN	35

## **4. FÜR EIN SOLIDES SACHSEN-ANHALT** **37**

---

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT STATT KONSUM	37
EINNAHMEN ERHÖHEN, UNNÖTIGE AUSGABEN SPAREN	37
SCHULDEN BEGRENZEN UND ABBAUEN	38
SPARPOTENZIALE NUTZEN, IN ZUKUNFTSFÄHIGE BEREICHE INVESTIEREN	39
DEN ÖFFENTLICHEN DIENST JÜNGER UND BESSER MACHEN	40
MODERNE FINANZIERUNGSMITTEL ANWENDEN	40
GLEICHE MAßSTÄBE FÜR DIE ABGEORDNETENVERGÜTUNG	41
SACHSEN-ANHALT ATTRAKTIV GESTALTEN – TROTZ BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG	41
LANDESHAUSHALT GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN	41
BÜRGERINNEN UND BÜRGER STÄRKER BETEILIGEN	42

## **5. FÜR EIN MOBILES SACHSEN-ANHALT** **43**

---

MOBIL AUF DEN STRAßEN	43
SICHER MOBIL	44
UMWELTFREUNDLICH IN BUS UND BAHN MOBIL	44

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011

FERNVERKEHR DER BAHN VERBESSERN	46
GÜTER UMWELTFREUNDLICH TRANSPORTIEREN	46
ELBE UND SAALE MOBIL – FLUSSGERECHT!	46
MOBIL ZU FUß UND PER RAD	47
GRÜNE ZUKUNFT DES AUTOS	47
FLUGVERKEHR	48

### **6. FÜR EIN GESCHLECHTERGERECHTES SACHSEN-ANHALT** **49**

---

CHANCENGLEICHHEIT FÜR FRAUEN UND MÄNNER SCHAFFEN	49
FÜR FRAUEN EXISTENZSICHERNDE ERWERBSTÄTIGKEIT ERMÖGLICHEN	49
FRAUEN UND MÄNNER DISKRIMINIERUNGSFREI BILDEN	50
FRAUEN VOR GEWALT UND DISKRIMINIERUNG SCHÜTZEN	51
FRAUENINTERESSEN STRUKTURELL VERANKERN	51
FRAUEN AN POLITIK UND MACHT BETEILIGEN	52
HOMOSEXUELLEN FRAUEN UND MÄNNERN GLEICHE RECHTE GEWÄHREN	52

### **7. FÜR EIN SOZIALES SACHSEN-ANHALT** **54**

---

KINDERARMUT BEKÄMPFEN	54
ZEITGEMÄßE SOZIALE SICHERUNGSSYSTEME (GRUNDSICHERUNG) ETABLIEREN	54
FÜR EIN WÜRDIGES LEBEN IM ALTER SORGEN	56
MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE ERMÖGLICHEN	57
FÜR SELBSTBESTIMMUNG STATT AUSGRENZUNG SORGEN	57
VERSCHIEDENE INSTRUMENTE AM ARBEITSMARKT NUTZEN	58

### **8. FÜR EIN JUNGES SACHSEN-ANHALT** **60**

---

KINDERGESUNDHEIT BESONDERS IN DEN BLICK NEHMEN	60
KINDERSCHUTZ ERNST NEHMEN	61
KINDERRECHTE STÄRKEN	61
ELTERN STÄRKEN - FAMILIEN UNTERSTÜTZEN	61
MEHR RAUM FÜR KINDER UND JUGENDLICHE SCHAFFEN	62
KINDER- UND JUGENDHILFE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN	63
KULTURRÄUME FÜR KINDER UND JUGENDLICHE ERSCHLIEßEN	63
JUGENDLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN	63
JUGENDSTRAFRECHT – HELFEN STATT BESTRAFEN	64
KINDER UND JUGENDLICHE IN MEDIEN SCHÜTZEN	64

### **9. FÜR EIN GESUNDES SACHSEN-ANHALT** **66**

---

GESUNDHEITSPOLITIK FÜR ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER GESTALTEN	66
--	----

# BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011

DROGENPRÄVENTION STÄRKEN	67
VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER INFORMIEREN UND SCHÜTZEN	67
DAS SPORTLICHE SACHSEN-ANHALT FÖRDERN	69

## **10. FÜR EIN KULTURELL VIELFÄLTIGES SACHSEN-ANHALT** **71**

---

KULTURELLE INFRASTRUKTUR SICHERN	71
SOZIALE LAGE DER KULTURSCHAFFENDEN STÄRKER IN DEN BLICK NEHMEN	71
NIEMANDEN VON KULTUR AUSSCHLIEßEN	71
KULTUR AN ALLEN ORTEN FÖRDERN	72
DENKMALSCHUTZ STÄRKEN	72
KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT EINE PERSPEKTIVE GEBEN	73
KULTUR FINANZIELL ABSICHERN	74

## **11. FÜR EIN DIGITALES SACHSEN-ANHALT** **75**

---

DIE MENSCHEN DIGITAL AN DER DEMOKRATIE BETEILIGEN	75
FREIEN ZUGANG ZUM INTERNET SCHAFFEN	75
ÜBER PERSÖNLICHE DATEN SELBER BESTIMMEN	76
DATENSCHUTZ BEI ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMERN STÄRKEN	77
TRANSPARENZ BEHÖRDLICHEN HANDELNS ERHÖHEN	77
FREIE SOFTWARE NUTZEN	77
INFORMATIONSTECHNOLOGIE NACHHALTIG GESTALTEN	78
WIRTSCHAFTLICHE CHANCEN NUTZEN	78
MEDIENVIELFALT ENTWICKELN	78

## **12. FÜR EIN WELTOFFENES SACHSEN-ANHALT** **80**

---

BÜRGERRECHTE SCHÜTZEN	80
MIT ZUWANDERUNG SACHSEN-ANHALTS ZUKUNFT SICHERN	80
MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN INTEGRIEREN	81
ASYLBEWERBERINNEN UND ASYLBEWERBERN MENSCHENWÜRDIG BEGEGNEN	82
MENSCHEN- UND DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT ENTGEGENTRETEN	83
ERINNERUNGSKULTUR ENTWICKELN	84
FREIWILLIGENDIENSTE STÄRKEN	85
EUROPÄISCH DENKEN UND HANDELN	85

## **13. FÜR EIN DEMOKRATISCHES SACHSEN-ANHALT** **87**

---

MEHR EINMISCHEN ERMÖGLICHEN	87
HÜRDEN AN DEMOKRATISCHER TEILHABE ABBAUEN	87
GESELLSCHAFTLICHE WILLENSBILDUNG UND MITWIRKUNG STÄRKEN	88

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

BÜRGERFREUNDLICHE, TRANSPARENTE UND EFFIZIENTE VERWALTUNGSSTRUKTUR SCHAFFEN	88
FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN UND VERLÄSSLICHEN RECHTSSTAAT EINTRETEN	89
REFORMEN FÜR BÜRGERNAHE POLIZEI WEITERFÜHREN	90
JUSTIZ EFFIZIENTER ARBEITEN LASSEN	90
VIelfALT ERMÖGLICHEN, MENSCHENRECHTE GARANTIEREN	91
PERSÖNLICHKEITSRECHTE UND DATENSCHUTZ GEWÄHRLEISTEN	92
MIT DER DDR-VERGANGENHEIT AUSEINANDERSETZEN – ERINNERUNGSKULTUR SCHAFFEN	92
BÜRGERNAHE GEMEINDESTRUKTUR ERHALTEN	93

## **PRÄAMBEL**

Liebe Wählerin und lieber Wähler,

mit dem vorliegenden Wahlprogramm möchten wir Sie dafür gewinnen, bei der Landtagswahl am 20. März 2011 Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geben und sich damit für Umwelt- und Klimaschutz, für ein modernes und qualitätsvolles Bildungssystem und für eine neue Wirtschaftspolitik, den Green New Deal zu entscheiden.

Sachsen-Anhalt ist reich an Naturschönheiten und Kulturdenkmälern, ein wichtiger Standort für erneuerbare Energien, mit einer vielfältigen Hochschul- und Forschungslandschaft. Sachsen-Anhalt hat gute Voraussetzungen, sich zu einem zukunftsfähigen Musterland zu entwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verantwortung für dieses Land übernehmen. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, das sich auf seine Stärken besinnt und attraktiv für die Menschen ist, die hier wohnen und die hierher kommen. Dafür wollen wir engagiert eintreten.

Sachsen-Anhalt steht vor enormen Herausforderungen. Der demographische Wandel führt dazu, dass immer weniger Menschen in Sachsen-Anhalt leben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begreifen diesen auch als Chance, neue Wege zu gehen und unser Land attraktiv zu gestalten.

Immer weniger junge Menschen leben hier. Zusammen mit unserem reparaturbedürftigen Bildungssystem führt dies zu Fachkräftemangel und zu einer Schwächung der heimischen Wirtschaft. Weil die Mittel aus dem Solidarpakt jedes Jahr weniger werden und die Schuldenlast schon heute drückt, wird in Zukunft immer weniger Geld in den öffentlichen Kassen sein. Klientelpolitik und Entsolidarisierung sind die Markenzeichen der schwarz-gelben Koalition, deren Politik die Finanznot der Länder und Kommunen bis zur Handlungsunfähigkeit verstärkt. Wir engagieren uns gegen Steuersenkungen, ein Ausbluten des Sozialstaates, einer Verrohung des Arbeitsmarktes und eine Zweiklassenmedizin.

Doch was tut die CDU-SPD-Landesregierung? Sie laviert sich durch und versucht, es dabei allen Recht zu machen. Sie heißt Solarfirmen willkommen, will aber weiter zwei große Kohlekraftwerke im Land bauen. Sie diskutiert vier Jahre im Bildungskonvent über die Probleme der Schule, will nun aber nichts verändern. Sie beklagt die Abwanderung junger Menschen, spart im öffentlichen Dienst aber ausschließlich bei Neueinstellungen und damit zu Lasten junger Menschen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen dem in Sachsen-Anhalt eine gerechte und solide Haushaltspolitik entgegen, die die Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen sichern soll. Angesichts knapper Kassen wollen wir nichts versprechen, was wir am Ende nicht halten können.

Wir messen alle Politikansätze an zwei Fragen. Erstens an der Frage nach der Gerechtigkeit: Ist diese Entscheidung oder Weichenstellung gerecht gegenüber ALLEN Menschen oder nur gegenüber einigen? Zweitens an der Frage der Nachhaltigkeit: Was bedeutet diese Entscheidung für das Leben der Menschen in 20 oder 50 Jahren? An diesen beiden Fragen messen wir unsere Visionen und unsere Politikangebote. Mit unserem Wahlprogramm wollen wir Sie dafür gewinnen, uns dabei zu unterstützen,

unsere Visionen umzusetzen. Wir wollen Sie dafür gewinnen, bei der Landtagswahl für mehr GRÜNE Politik im Lande zu stimmen, damit es wieder eine starke GRÜNE politische Stimme im Landtag gibt.

Wir sehen Sachsen-Anhalt als Leuchtturm der erneuerbaren Energien. Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien schützt unser Klima, spart Kosten und schafft Arbeitsplätze. Unsere Vision ist ein Sachsen-Anhalt, das seine Kultur- und Naturlandschaft konsequent schützt und für einen nachhaltigen Tourismus erschließt. Wir sehen Sachsen-Anhalt als Lebensort für Familien mit exzellenten Bildungsangeboten von der Kita bis zur Hochschule. Das macht es attraktiv, hier zu leben und stärkt die Demokratie. Wir wollen mehr Gerechtigkeit in der Bildung, weil heute die soziale Herkunft zu stark über den Erfolg des Einzelnen entscheidet. Und wir wollen bessere Ergebnisse beim Lernen, weil viele Fähigkeiten heute nicht ausreichend gefördert werden. Um gute Schule zu erreichen, wollen wir einen Pakt zwischen Gesellschaft und Schule: Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler bekommen einerseits mehr Spielraum. Sie bestimmen selbst und demokratisch über Konzepte, Personal und Finanzen. Andererseits werden die Schulen verpflichtet, bis zur 10. Klasse alle Schülerinnen und Schüler aufzunehmen und leistungsgerechten Unterricht anzubieten. So entsteht eine Vielfalt an Gemeinschaftsschulen, aus denen Eltern sowie Schülerinnen und Schüler auswählen können. Diese Vision lässt sich schrittweise umsetzen, wenn drei Wegmarken beachtet werden: Die Kinder müssen erstens länger gemeinsam, aber individualisiert und leistungsdifferenziert lernen. Die Schulen müssen zweitens Qualitätsstandards einhalten. Die Eltern müssen drittens die Schule für ihre Kinder frei wählen können.

Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Nur mit guter ökologischer Politik lassen sich zukunftsfähige Jobs schaffen. Es war zum Beispiel das von uns auf Bundesebene eingebrachte Erneuerbare-Energie-Gesetz, das in der deutschen Industrie einen weltweit beachteten Boom ausgelöst hat, von dem in besonderer Weise Unternehmen in Sachsen-Anhalt profitieren. Hieran wollen wir anknüpfen und konsequent Arbeit und Umwelt zusammen denken. Längst ist klar, nicht dort wo es raucht und stinkt, entstehen neue Arbeitsplätze, sondern dort, wo klug Gedachtes umgesetzt wird. Arbeitsplätze und insbesondere im Land gut verankerte Arbeitsplätze entstehen weniger in Großindustrien, sondern vielmehr in kleinen und mittleren Unternehmen, in Handwerk und Dienstleistung. Wir wissen heute, dass Umweltstandards kein Gewinnhindernis sind, sondern vielmehr der Modernisierungsmotor, der unsere Unternehmen zukunftsfähig macht.

Wir wollen Sachsen-Anhalt als international beachteten Technologiestandort etablieren. Wir sehen dabei besondere Potenziale in der Erneuerbaren-Energien-Branche und der rohstoff- und energiesparenden Chemieindustrie. Aber auch in der Elektromobilität wollen wir vorangehen. Durch gezielte Förderung dieser Unternehmensbereiche sowie der Forschung in diesem Bereich wollen wir Sachsen-Anhalt zu einem international konkurrenzfähigen Standort ausbauen. Zur Jobmaschine erneuerbare Energien gehört aber auch die Förderung des Handwerks, das die Solarmodule auf die Dächer montiert oder die Häuser dämmt und so auch einen regionalen Markt schafft. Wir sehen große Arbeitsplatzpotenziale im Natur- und Kulturtourismus, der durch Naturschutz und Denkmalpflege sowie den Ausbau eines landesweiten Radwe-

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

genetzes eine solide Grundlage bekommen muss. Hinzu kommen Arbeitsplätze in Gesundheit, Pflege und Bildung. Nicht mit Lohndumping und Umweltzerstörung schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze, sondern mit gut gebildeten Menschen und einer intakten Natur- und Kulturlandschaft.

Liebe Wählerin, lieber Wähler, im Land werden viele Entscheidungen getroffen, die unsere Lebensbedingungen maßgeblich beeinflussen. Es ist deshalb wichtig, dass Sie zur Wahl gehen.

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen in den Landtag, ...**

- ... damit die drängenden Probleme im Land endlich angepackt werden;
- ... damit Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit die Politik in unserem Lande prägen;
- ... damit endlich mehr Transparenz und Bürgernähe in die Politik einzieht;
- ... damit Politik wieder an Glaubwürdigkeit gewinnt;
- ... damit die Bildung besser und gerechter wird;
- ...damit neue Jobs entstehen, weil Arbeit und Umwelt endlich gemeinsam gedacht werden.

**Darum bitten wir Sie am 20. März 2011 um Ihre Stimme!**



## 1. FÜR EIN ÖKOLOGISCHES SACHSEN-ANHALT

*Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Umwelt-, Klima- und Naturschutzpolitik eine Frage von Lebensqualität, Gerechtigkeit und Verantwortung gegenüber der heutigen und künftigen Generationen.*

*Auf intakte Landschaften, eine gesunde Umwelt und saubere Gewässer sind wir Menschen im Land, die einheimische Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, der Tourismus und die Freizeit- und Erholungsbranche angewiesen. Eine verträgliche Nutzung der Natur liegt auch im wirtschaftlichen Interesse Sachsen-Anhalts.*

### **Das grüne Klimaschutzprogramm**

Der Klimawandel macht auch vor Sachsen-Anhalt nicht halt. Er hat gravierende Auswirkungen auf viele Lebensbereiche – zum Beispiel auf Gesundheit, Stadtklima, Land- und Forstwirtschaft, Wasser- und Energiewirtschaft. Er erfordert Konsequenzen für den Katastrophenschutz. Die Landespolitik muss hieraus die richtigen Schlüsse ziehen, die CDU/SPD-Landesregierung hat dies aber versäumt.

Bis zum Jahre 2050 müssen in den Industrienationen die klimarelevanten Emissionen um 80 bis 90 Prozent reduziert werden. Obwohl Sachsen-Anhalt bei den Kohlendioxidemissionen höher liegt als der Bundesdurchschnitt, ist die Ausgangsposition aufgrund der starken Nutzung der erneuerbaren Energien gut. Daran anknüpfend wollen wir versuchen, eine Vorreiterrolle bei der deutschen und internationalen Klimaschutzpolitik einzunehmen. Leider sind die Klimaschutzbemühungen auf Landes- und kommunaler Ebene unzureichend.

Grüne Klimaschutzpolitik bekämpft die Ursachen des Klimawandels. Bereits mittelfristig müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Sachsen-Anhalt deutlich reduziert werden. Deshalb wollen wir bis 2020 den Ausstoß von Kohlendioxid von derzeit 11,3 auf höchstens 7 Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner zurückführen und bis 2050 auf weniger als 3 Tonnen. Neben dem Klimaschutz brauchen wir aber auch konkrete Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel. Beispiele sind der Erhalt breiter Auenbecken, die Renaturierung von Gewässern und naturnah angelegte Rückhaltebecken. Denn Sachsen-Anhalt wird künftig mit geringeren Regenmengen im Sommer zurechtkommen müssen. Extreme Wetterlagen werden zunehmen und damit die Gefahr von Überschwemmungen, von Sturm- und Blitzschlägen und von Bodenerosion.

### **Nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Energieverbrauch konsequent durch Einsparung und Effizienz senken. Der dann noch verbleibende Energiebedarf muss durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Mit unserem grünen Energiekonzept zeigen wir eine realistische Strategie für eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung auf. Bis zum Jahr 2020 halten wir folgende Verbesserungen für machbar:

- 20 Prozent Senkung des Primärenergieverbrauchs durch Einsparung und Effizienz
- 30 Prozent Senkung des Energieverbrauchs der öffentlichen Hand
- 23 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch

davon:

- über 60 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch
- über 20 Prozent erneuerbare Energieträger zur Deckung des Wärmebedarfs
- knapp 20 Prozent Biokraftstoffe aus ökologischem Anbau am Kraftstoffverbrauch
- 35-prozentige Minderung des energiebedingten Kohlendioxid Ausstoßes gegenüber 2005 als Resultat der Maßnahmen.

### **Aus der Kohle aussteigen**

Braun- und Steinkohle sind die mit Abstand klimaschädlichsten Brennstoffe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den vollständigen Ausstieg aus der Förderung und Verbrennung von Kohle mittelfristig für erforderlich und machbar. In der Kohlefrage ist bei den anderen Parteien kein Verlass. Wir sind gegen neue Tagebaue und gegen den Bau von neuen Kohlekraftwerken, denn diese Kraftwerke würden die Klimabilanz Sachsen-Anhalts weiter verschlechtern. Zudem liegt die Zukunft Sachsen-Anhalts in den erneuerbaren Energien.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- dass die vorhandenen modernen Braunkohlekraftwerke nur noch so lange laufen, bis der bestehende Tagebau Profen ausgekohlt ist (ca. bis zum Jahr 2035);
- die Begünstigung der Braunkohle durch kostenlose Vergabe der Förderrechte in Sachsen-Anhalt beenden; eine Förderabgabe könnte etwa 8 Millionen Euro erbringen;
- auf Bundesebene die Subventionen für Kohlekraftwerke streichen;
- das deutsche Bergrecht so novellieren, dass die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Belange der Umwelt stärker berücksichtigt werden – und nicht allein die Interessen der Bergbauunternehmen;
- den heute in der Kohle beschäftigten Menschen Zukunftsängste nehmen und neue berufliche Perspektiven eröffnen.

### **Keine Endlagerung von Kohlendioxid**

Das so genannte CO<sub>2</sub>-freie Kraftwerk ist kein zukunftsweisender Weg für Sachsen-Anhalt. Bei diesen Kraftwerken soll der größte Teil des bei der Verbrennung anfallenden Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) abgetrennt und anschließend im Untergrund gelagert werden (CCS – Carbon Capture and Storage). Verschiedene Techniken und unterschiedliche Arten von Lagerstätten werden derzeit in Deutschland erkundet – eine davon in der Altmark.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren daran besonders:

- Das CCS-Verfahren setzt weiterhin auf fossile Energieträger.
- Es wird kein CO<sub>2</sub> eingespart, sondern nur weggespart. Wir hinterlassen unseren Kindern das Problem. Wie unsicher unterirdische Lager sind, hat der Einsturz des Tagebausees in Nachterstedt gezeigt. Erhebliche finanzielle Mittel werden gebunden, die besser in die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien eingesetzt werden.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

- Es besteht das Risiko, dass das Kohlendioxid wieder austritt und Mensch, Umwelt und Klima gefährdet.
- Das Verfahren ist sehr energieaufwändig, so dass der Wirkungsgrad eines modernen Kraftwerks um mindestens 13 Prozentpunkte auf etwa 35 Prozent sinkt und die Kosten für die Energieumwandlung in Strom massiv steigen würden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen kein weiteres Endlagerproblem und engagieren sich daher gegen das geplante Lager in der Altmark.

### **Endlager Morsleben: Sicherheit muss Priorität haben**

Wir halten am Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie fest. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Kernenergie eine verantwortungslose Technik - sie muss so schnell wie möglich beendet werden. Laufzeitverlängerungen darf es nicht geben, der radioaktive Abfall darf nicht noch weiter anwachsen. Selbst wenn das Planfeststellungsverfahren die Verfüllung mit Salzbeton vorsehen sollte, darf mit der Verfüllung erst begonnen werden, wenn das letzte AKW vom Netz ist. Das wird eine dauerhafte Ausstiegsszusage der Atomwirtschaft und der Politik erwirken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein tragfähiges Stilllegungskonzept für das Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM). Da rund 80 Prozent der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken stammen, fordern wir, dass die Energieversorger angemessen an den Stilllegungskosten für das ERAM beteiligt werden. Wir wollen, dass die sicherste Lösung für das ERAM gefunden wird. Deshalb muss auch die Rückholbarkeit ernsthaft als Alternative geprüft werden. Erkenntnisse, die bei dem aktuellen Rückholungsvorhaben in der niedersächsischen Schachtanlage Asse gewonnen werden, müssen für das ERAM genutzt werden und mit seinem endgültigen Verschluss darf deshalb noch nicht begonnen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sicher, dass das ehemalige Salzbergwerk Morsleben als Atommüll-Endlager ungeeignet ist. Selbst nach Aussage des Bundesamtes für Strahlenschutz würde es unter heutigen fachlichen Maßstäben nicht mehr für die Einlagerung von radioaktiven Abfällen vorgesehen werden. Aus Sicherheitsgründen müssen deshalb die zwischengelagerten Abfälle, für die es keine Endlagerebene gibt, ausgelagert werden.

Wir sind besorgt über die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, die in der näheren Umgebung mit Schacht Konrad, Asse II und Gorleben weitere atomare Müllkippen akzeptieren sollen. Die Gesamtbelastung aller Standorte für die Region muss betrachtet werden. Andere Regionen in Deutschland müssen an der Suche von besser geeigneten Endlagerstandorten beteiligt werden.

### **Nachhaltigkeit in Sachsen-Anhalt durchsetzen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nachkommenden Generationen ein lebenswertes Sachsen-Anhalt hinterlassen. Deshalb muss Nachhaltigkeit als Leitbild politischen Handelns verankert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der unter Schwarz-Rot nahezu abgebrochene Agenda-21-Prozess mit seinen vielen lokalen Initiativen wieder aufgenommen wird. Ziel ist dabei, kreative Wege zu finden, wie Land und Kommunen in Sachsen-Anhalt u.a. den Umweltanforderungen, steigenden Energiepreisen

und der demographischen Entwicklung gerecht werden können.

Für alle Gesetzesvorhaben und für alle vom Land ausgereichten Fördermittel muss es eine gründliche „Nachhaltigkeitsprüfung“ geben. Wir wollen ein nachhaltiges und soziales Beschaffungswesen umsetzen. In der Landesverwaltung dürfen Fahrzeuge, Bürogeräte und Verbrauchsmaterialien nur nach konsequenten Nachhaltigkeitskriterien beschafft werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Beteiligungs- und Umweltinformationsrechte deutlich zu stärken, damit sich die Menschen besser informieren und sie aktiv ihre Anliegen vertreten können.

### **Mit Abfall verantwortlich umgehen**

Es ist skandalös, dass Sachsen-Anhalt zum „Paradies“ für illegale Müllentsorgung geworden ist. Deshalb wollen wir für klare Zuständigkeiten auf Landesebene sorgen, um ein Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium zu unterbinden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine tatsächliche Kreislaufwirtschaft ein. Dabei muss Vermeidung Vorrang haben vor Verwertung. Scheinverwertungen müssen verhindert werden. Auch für gewerbliche Abfälle muss die Getrennterfassung der verwertbaren Bestandteile erfolgen. Bei der Biomüllverwertung wollen wir die Biogasnutzung fördern.

Die Altlastenerkundung und -sanierung, insbesondere der Giftmüllkippen muss endlich wieder forciert werden, auch vor dem Hintergrund des Grundwasserschutzes.

Wir wollen dafür sorgen, dass das private Verbrennen von Gartenabfall nicht mehr erlaubt wird und stattdessen attraktive Angebote für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner zur Entsorgung geboten werden.

### **Dezentrale Abwasserbeseitigung fördern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dafür aus, den zentralen Anschluss von kleinen Orten und Ortsteilen an zentrale Kläranlagen nur noch unter drei Bedingungen zu vollziehen. Die Maßnahme muss unter Berücksichtigung des demographischen Wandels erstens für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und zweitens für die Abwasserverbände die wirtschaftlich sinnvollste Lösung darstellen sowie drittens für die Fließgewässer die ökologisch verträglichste Lösung zur Gewährleistung der Abwasseraufbereitung sein. Die Herstellung und der Betrieb privater Kleinkläranlagen sollten als gleichberechtigte Alternative zum zentralen Anschluss der Förderung durch das Land unterliegen. Bei der Erstellung und periodischen Überarbeitung der Abwasserbeseitigungskonzepte durch die Abwasserverbände sind Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sowie Bürgerinnen und Bürger intensiv zu beteiligen. Um einen sparsamen Umgang mit der Ressource Trinkwasser zu erreichen, soll auch die Wiederverwendung gereinigten Abwassers als Entscheidungskriterium in die Konzepte einfließen. Darüber hinaus lehnen wir eine Privatisierung der Aufgaben von Wasserversorgung und Abwasserbehandlung ab.

### **Flächenverbrauch senken**

In Sachsen-Anhalt werden jeden Tag ca. 2,5 Hektar (dreieinhalb Fußballfelder!) Frei-

raum verbaut. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Flächenverbrauch drastisch zurückfahren. Wir setzen uns für eine sozial gerechte Bodennutzung ein, die die Umwelt schützt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Das bedeutet ausdrücklich nicht, neue Bautätigkeiten aufzugeben, sondern vielmehr einen anderen, verantwortungsvollen Umgang mit der verfügbaren Fläche. Wir fordern eine Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung mit dem Schwerpunkt auf Renovierung und Ausbau statt Neubau. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer umzuwandeln.

### **Lärm bekämpfen, Luft sauber halten**

Lärm macht krank und ist heute eines der größten Umweltprobleme. 70 Prozent der Bevölkerung leiden in Deutschland unter Verkehrslärm. Wir treten für eine flächendeckende Lärminderungsplanung des Landes und für die finanzielle Förderung der Umsetzung konkreter Schutzmaßnahmen ein. Zusammen mit den Bündnisgrünen im Bund setzen wir uns für ein übergreifendes, einheitliches Verkehrslärmschutzgesetz ein, das alle Lärmquellen einschließt. Beim Fluglärm haben für uns die Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner Vorrang vor den rein betriebswirtschaftlichen Interessen der Luftverkehrswirtschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich für ein bundesweites Nachtflugverbot.

Umweltprobleme haben oft schleichend und lange unbemerkt erhebliche Folgewirkungen auf die Gesundheit. Belastungen von Wasser, Luft, Lebensmitteln und Gefahren durch Lärm treffen zuerst Kinder, Ältere und sozial Schwache. Langfristig am wirkungsvollsten ist eine umfassende Vorbeugung.

Die Belastung der Außenluft durch Abgase verursacht schwere Gesundheitsschäden. Die Feinstaub und Stickoxidkonzentration begünstigt Asthma und andere Atemwegserkrankungen, vor allem bei Kindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen deshalb für konsequentes Handeln, das die Feinstaubkonzentration senkt.

Wir wollen auch den Schutz vor Elektrosmog verbessern und werden uns über den Bundesrat für neue Grenzwerte sowie neue verbindliche Regelungen zur Strahlungsminimierung des Mobilfunks einsetzen.

### **Verlust der Nacht: Lichtverschmutzung eindämmen**

Ein immer dringender werdendes Umweltproblem ist die Lichtverschmutzung und der dadurch bedingte Verlust der Nacht. Die exzessive Zunahme künstlichen Lichts hat negative Auswirkungen auf die nachtaktive Tierwelt, den Tag-Nacht-Rhythmus des Menschen und die Sichtbarkeit des Sternenhimmels. Lichtverschmutzung stellt zudem eine Energieverschwendung dar und trägt nicht unerheblich zum CO<sub>2</sub>-Anstieg bei. Wir setzen uns für ein gesetzliches Regulativ der öffentlichen Beleuchtung ein. Darin soll die öffentliche Beleuchtung in Menge, Intensität und Dauer begrenzt und die Vermeidung von Streulicht festgeschrieben werden. Außerdem sollen da, wo es technisch möglich ist, Lichtfarben vorgeschrieben werden, deren Einfluss auf die Tierwelt minimal ist.

### **Naturschutz stärken**

Immer mehr Tiere und Pflanzen stehen auf den Roten Listen gefährdeter Arten. Hauptursachen für den Verlust unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind der mas-

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

sive Flächenverbrauch, die intensive Landwirtschaft, der naturferne Ausbau der Gewässer und die oft naturschädliche Bewirtschaftung der Wälder. CDU und SPD haben den Natur- und Umweltschutz in Sachsen-Anhalt systematisch abgebaut, ein neuer Aufbruch ist nötig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Naturschutzfördergesetz für Sachsen-Anhalt, das den Natur- und Artenschutz unter anderem durch ehrenamtliche Naturschutzhelferinnen und Naturschutzhelfer, ein Landesbüro der Naturschutzverbände, verbesserte Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Umweltschutzorganisationen und eine schlagkräftige Umweltverwaltung stärkt. Kommunen, die besondere Leistungen im Naturschutz oder durch flächenschonende Planung erbringen, wollen wir im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs würdigen.

Unsere Städte sind ein immer wichtigerer Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir setzen uns daher für mehr Grüngürtel, naturnahe Gewässer, Stadtbäume, Gärten und Parkanlagen ein.

Die Agrarpolitik muss konsequenten Naturschutz fördern. Die Landesprogramme sollen auf Maßnahmen zur Verbesserung des Stoffhaushaltes, zum Klimaschutz und zur generellen Erhöhung der biologischen Vielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen konzentriert werden. Anders als bisher sollen grundsätzlich für alle Flächen in Natura 2000-Gebieten Agrarumweltmaßnahmen beantragt werden können, damit sich die schützenswerten Lebensräume in diesen Gebieten auch wirklich entwickeln können. Wir wollen zudem, dass die Förderprogramme des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der kommenden Förderperiode stärker als bisher auf die Erhaltung und Entwicklung des Netzwerks Natura 2000 und zur Erfüllung der Anforderungen aus der Wasserrahmenrichtlinie ausgerichtet werden.

### **Zustand der Gewässer verbessern**

Sachsen-Anhalt ist reich an Flüssen und Bächen. Eine Verbesserung ihrer Gewässerqualität ist vielerorts dringend geboten.

Wir wollen die Flüsse und Bäche in Sachsen-Anhalt wieder zu zentralen Lebensadern machen und engagieren uns für einen vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz, den wir verbindlich in der Landes- und Regionalplanung verankern wollen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein rein "technischer" Hochwasserschutz klare Grenzen hat. Eine Bebauung von Auen mit Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten darf es nicht geben, vorhandene Bebauungen müssen – wo es möglich ist – zurückgebaut werden. Hochwasserschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er länderübergreifend erfolgt. Wir wollen daher ein Flussgebietsmanagement für Elbe und Havel erreichen und schädliche Bauprojekte wie den Saalekanal endlich stoppen.

Im Mittelpunkt der Wasserpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht die konsequente Umsetzung der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie. Demnach müssten im Jahr 2015 alle Gewässer eine gute ökologische Qualität erreichen, die Landesregierung strebt aber nur für 14 Prozent der Gewässer diese Verbesserung an. Kurzfristig wollen wir diese Quote auf 25 Prozent verbessern, langfristig die Vorgaben der EU erfüllen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bewirtschaftungspläne zügig erstellt werden und die Maßnahmenprogramme für die Flussgebiete inhaltlich mit den Manage-

mentplänen für die Fauna-Flora-Habitat-(FFH-) Gebiete abgestimmt werden. Die betroffene Öffentlichkeit muss frühzeitig eingebunden werden. Die im Wasserhaushaltsgesetz des Bundes und im Wassergesetz Sachsen-Anhalt zugunsten des Gewässerschutzes getroffenen Regelungen sind im Vollzug konsequent umzusetzen.

### **Elbe und Saale schützen**

Die Elbe ist einer der letzten frei fließenden Flüsse Europas. Ihre Auen haben eine herausragende Bedeutung für den Schutz der biologischen Vielfalt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Leider stehen der Elbe heute nur noch ca. 20 Prozent ihrer ehemaligen Auen zur Verfügung – das erhöht die Überschwemmungsgefahr. Die jetzige Landesregierung setzt einseitig auf technische Lösungen. Sanierung und Bau von Deichen haben hohe Bedeutung, bilden aber nur einen Teil der erforderlichen Maßnahmen.

Die Baumaßnahmen an der Elbe – Bühnenverlängerung, Uferschotterung, Ausbaggerung – haben negative Folgen für die Flusslandschaft. Durch die Einengung des Querschnitts entsteht eine höhere Fließgeschwindigkeit, der Grundwasserspiegel sinkt. Das bedeutet:

- Die Auewälder trocknen aus.
- Der Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen schwindet.
- Das Artensterben geht weiter.
- Das UNESCO-Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und das UNESCO-Biosphärenreservat Mittlere Elbe sind gefährdet.

Die Landesregierung hat es bisher versäumt, einen Maßnahmenplan zu erarbeiten, der die gute ökologische Qualität der Elbe wiederherstellt. Dieser ist aber Voraussetzung dafür, um die Wasserstraßenverwaltung in die Pflicht zu nehmen, diese Maßnahmen umzusetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land seine Hausaufgaben macht. Die Elbe braucht ein politisches Gesamtkonzept, das eine naturnahe Elbe als Natur- und Kulturerbe der Menschheit erhält.

### **Unsere Schutzgebiete stärken, Biotopverbund herstellen**

Wir wollen bestehende Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten sichern und neue schaffen. Die in Sachsen-Anhalt befindlichen Flächen des Nationalen Naturerbes müssen naturschutzfachlich entwickelt werden, das gilt insbesondere für das Grüne Band entlang der früheren innerdeutschen Grenze. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht fest: Investitionen in Naturschutzgebiete lohnen sich.

Wir wollen die Fauna-Flora-Habitat-(FFH-) Richtlinie konsequent umsetzen. Das bedeutet, zügig Managementpläne für alle Gebiete zu erstellen und die darin festgelegten Maßnahmen kontrolliert umzusetzen sowie alle entsprechenden Gebiete als Schutzgebiete auszuweisen, gleiches gilt für die EU-Vogelschutzgebiete.

Wir wollen umgehend die Grundlagen für die Anerkennung des Biosphärenreservates Karstlandschaft Südharz durch die UNESCO schaffen. Wir unterstützen die Initiative, den Naturpark Drömling zu einem Biosphärenreservat weiterzuentwickeln und in der Colbitz-Letzlinger Heide einen Naturpark auszuweisen. Der Nationalpark Harz muss

eine Erfolgsgeschichte bleiben. Wir wollen, dass er seinem Namen alle Ehre macht. Wir setzen uns für eine „Stiftung Naturerbe Sachsen-Anhalt“ ein, unter deren Dach die national und landesweit bedeutsamen Schutzgebiete und die für die Regionen wichtigen Naturparke sowie wertvollen Natur- und Waldflächen zusammengefasst werden.

In Sachsen-Anhalt sind die meisten Flächen bewirtschaftet, unser Land braucht aber auch Wildnis. Unser Ziel ist ein sachsen-anhaltisches Netz von Wildnisflächen als Refugium bedrohter Arten und Biotope. Der Tierwegeplan muss – auch in Zusammenarbeit mit der Jägerschaft – weiterentwickelt werden.

### **Ökologische Waldwirtschaft und Jagd**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für nachhaltige Waldbewirtschaftung – also für naturnahe, arten- und strukturreiche Wälder mit konsequent geschützten Biotopen, Schutz- und Wildnisgebieten. Der Wald liefert mit seinem Holz nachwachsenden Rohstoff, er ist unverzichtbarer Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten, aber er ist auch Erholungsraum und bedeutsam für den Klimaschutz. Wir wollen, dass der öffentliche Wald nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) bewirtschaftet wird. Die Struktur der Forstverwaltung werden wir auf den Prüfstand stellen. Staatswaldverkauf lehnen wir ab. Wir sind gegen Schnellwuchsplantagen im Wald. Sturmschadensflächen im Landesbesitz sind naturnah aufzuforsten. Erstaufforstungs-Prämien soll es nur geben, wenn heimische und standortgerechte Baumarten gepflanzt werden.

Das Ziel des naturnahen Waldbaus ist nur mit einer Verkleinerung der teilweise überhöhten Wildbestände zu erreichen. Wir fordern daher ein zeitgemäßes Wildtiermanagement, das sich an den Belangen des naturnahen Waldumbaus ausrichtet und eine entsprechende Novellierung des Jagdgesetzes. Die Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien orientieren. Die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren und die Fallenjagd wollen wir abschaffen. Bleihaltige Munition wollen wir verbieten.

### **Eine Strategie für biologische Vielfalt**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Erhalt der biologischen Vielfalt auf der politischen Agenda nach vorne setzen. Beim Umsetzungsstand von Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt liegt Sachsen-Anhalt im Schlussfeld der Länder. Die Biodiversitäts-Strategie des Landes muss daher gestärkt werden - durch verbindliche Zeit- und Maßnahmenpläne sowie Sanktionsmöglichkeiten und regionale Konzepte.

### **Ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft fördern**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt grundsätzlich: Agrar-Beihilfen dürfen nur noch gezahlt werden, wenn die Landwirtschaft Mindeststandards des Natur-, Umwelt-, Klima- und Tierschutzes einhält.

Die verfehlte Landwirtschaftspolitik der schwarz-roten Landesregierung zeigt in Sachsen-Anhalt deutliche Spuren. Die Landwirtschaft trägt am meisten zum Verlust an biologischer Vielfalt bei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Erhalt der Agro-Biodiversität ein.

Zahlreiche neue Anträge für industrielle Tiermastanlagen bedeuten für wenige Agrar-



## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

unternehmen Gewinne, während die Tiere in diesen Ställen leiden und Umwelt und Anwohnerinnen und Anwohner mit Gülle, Schadstoffen, Gestank und steigendem Verkehrsaufkommen belastet werden. Darüber hinaus beeinträchtigen diese Mastanlagen den Tourismus und andere mögliche wirtschaftliche Entwicklungen der betroffenen Regionen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich entschieden gegen Massentierhaltungsanlagen.

Agro-Gentechnik ist unnötig und gefährlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für ein agro-gentechnikfreies Sachsen-Anhalt. Wir fordern den völligen Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in unserem Land lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Auch die Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern sieht das so, da sie Angst haben, Saat und Ernte nicht mehr verkaufen zu können und abhängig zu werden von multinationalen Konzernen. Auch die Imker, die einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten, sind in ihrer Existenz bedroht.

Sachsen-Anhalt soll sich an freiwilligen gentechnikfreien Regionen beteiligen und diese unterstützen. Solange EU-Recht einer Ausrufung eines gentechnikfreien Sachsen-Anhalts entgegensteht, wollen wir nach dem Vorbild von Brandenburg einen Mindestabstand zwischen dem Anbau genetisch veränderter Organismen und Naturschutzgebieten von mindestens 800 Metern durchsetzen. Landwirte und Lebensmittelproduzenten, die auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln verzichten oder Produkte mit dem Kennzeichen "ohne Gentechnik" herstellen, sollen unterstützt werden, zum Beispiel durch Starthilfen bei der Direktvermarktung. Landwirte brauchen aber auch längerfristig einen Anreiz, auf Gentechnik beim Anbau ihrer Produkte zu verzichten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen deutlich stärkeren Anteil von Bioenergien. Wenn der Anbau nachhaltig erfolgt, sehen wir gute Möglichkeiten für den Landwirt als Energiewirt. Wir sind uns aber auch bewusst, dass technische Verfahren der Solarenergienutzung einen vielfach höheren Flächenwirkungsgrad haben, bereits versiegelte Flächen einer zusätzlichen Nutzung zu zuführen und daher vor allem für die reine Energieerzeugung zu bevorzugen sind. Wir brauchen Konzepte, die mit dem Naturschutz abgestimmt sind und Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Auch muss eine Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von hochwertigen Nahrungsmitteln, die für uns unbedingte Priorität haben, und insbesondere eine Verdrängung des ökologischen Landbaus aus der Fläche ausgeschlossen sein. Wichtige Kriterien sind für uns die Einhaltung einer Fruchtfolge, keine Monokulturen, der Verzicht auf Gentechnik, kein Umbruch von Grünland und die Erhaltung der biologischen Vielfalt.

### **Tierschutz in der Landwirtschaft voranbringen**

Das in der Landwirtschaft genutzte Tier darf nicht zum einfachen Produktionsfaktor verkommen. Tiere sind leidensfähige Lebewesen und keine Sachen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Tiere artgemäß gehalten werden. Deshalb wollen wir eine Landwirtschaft, die grundsätzlich artgemäße Tierhaltung garantiert. Jede Form von tierquälerischer Massentierhaltung lehnen wir strikt ab. Wir setzen uns für die Kennzeichnung der Haltungsform auch bei verarbeiteten Lebensmitteln ein. Die Dauer der Tiertransporte muss erheblich verkürzt werden. Die Transportbedingungen müssen stärker durch die Amtstierärztinnen und -ärzte über-

wacht werden, daher müssen ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden. Schlachtungen sollen in regionaler Nähe erfolgen.

### **Tierheime absichern**

Tierheime erfüllen eine unersetzbare Funktion bei der Gewährleistung des Tierschutzes. Die Tierheime werden vom Land nur gering oder gar nicht unterstützt. Bestimmte Tiere, wie etwa Pferde können zumeist nicht untergebracht werden und werden aus „Platzmangel“ zum Schlachthof geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Unterhaltung von Tierheimen, Tierauffangstationen und Gnadenhöfen unter Einbindung ehrenamtlich tätiger Menschen öffentlich gefördert wird.

### **Wildtiere gehören in die Natur**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Haltung, Mitführen, Dressur und Verwendung von Wildtieren in Zirkusbetrieben beendet werden. Tierhaltung zur Pelzgewinnung lehnen wir ab.

Der Handel mit exotischen Tieren nimmt enorm zu. Millionen von Wildtieren werden unter fragwürdigen Bedingungen privat gehalten. Auf Tierbörsen können auch völlig unerfahrene Besucherinnen und Besucher hochgiftige Tiere erwerben, ohne einen Sachkundenachweis erbringen zu müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb mit einem Landesgesetz die private Haltung exotischer Tiere regeln und den Kauf und Verkauf giftiger Tiere verbieten.

### **Tiere sind keine Versuchsobjekte**

Immer noch finden zahlreiche Tierversuche statt, die vermeidbar wären. Tierversuche müssen verboten werden, wenn sie ethisch unvertretbar sind. Alle Versuchstiere müssen nachweisbar artgemäß gehalten werden. Die Entwicklung von Alternativverfahren müssen stärker gefördert sowie die Ersatzmethoden schneller anerkannt werden.

### **Eine Lobby für die Tiere**

Tiere können ihre Rechte nicht selbst einklagen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen – wie von uns im Land Bremen bereits umgesetzt – in Sachsen-Anhalt ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen, damit gegen untätige Behörden juristische Schritte eingeleitet werden können. Wir fordern die Berufung einer/eines Landesbeauftragten für Tierschutz.

### ***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... stimmt gegen den Neubau von Kohlekraftwerken in Arneburg und Profen und damit dagegen, dass Sachsen-Anhalt weiter mehr Klimaschäden verursacht als der deutsche Durchschnitt;
- ... stärkt Sachsen-Anhalt als Standort moderner Klima- und Energietechnologien;
- ... tritt für einen konsequenten Naturschutz und die Erhaltung der Elbe als natürlichen Lebensraum ein;
- ... ist für die Stärkung einer naturverträglichen Landwirtschaft und gegen neue Anlagen zur Massentierhaltung in Sachsen-Anhalt.

## 2. FÜR EIN BILDUNGSSTARKES SACHSEN-ANHALT

*Mehr Gerechtigkeit und bessere Qualität: Darauf kommt es uns an. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Bildungssystem so weiterentwickeln, dass es alle Menschen befähigt, sich zu entfalten, an der Gesellschaft teilzuhaben, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und ein Leben lang zu lernen.*

### **Fördern statt ausgrenzen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Schulsystem, das alle Kinder bestmöglich fördert.*

Unser jetziges Schulsystem grenzt aus. Einige Kinder werden bei Schuleintritt zurückgestellt, alle zu früh in ein dreigliedriges Schulsystem sortiert, einige bleiben sitzen oder werden auf andere Schulformen abgeschoben. Studien zeigen: Solche Maßnahmen fördern keine Leistung! Sowohl leistungsschwache als auch leistungsstarke Kinder und Jugendliche werden zu häufig nicht optimal gefördert. Ergebnis: Viele Schulabgängerinnen und -abgänger sind nicht ausbildungsfähig. Potenzial wird nicht genutzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Sitzenbleiben abschaffen. Zusatzunterricht soll Lücken schließen. Statt Kinder vom Schuleintritt zurückzustellen, werden sie konsequent in die flexible Schuleingangsphase eingeschult, die je nach Lerngeschwindigkeit ein bis drei Jahre dauern kann. Die Schulen und die Lehrerinnen und Lehrer müssen bei einer kindgerechten Gestaltung der Schuleingangsphase nachhaltig durch das Land unterstützt werden.

### **Länger gemeinsam lernen**

*BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen einen gerechten Zugang zu Bildung für alle Kinder.*

Im jetzigen Schulsystem wird über Lebenschancen verfrüht und ungerecht entschieden. Die Aufteilung nach der vierten Klasse ist ein deutsch-österreichischer Sonderweg. PISA-Gewinner wie Finnland unterrichten 9 oder 10 Jahre gemeinsam. Internationale Schulleistungsuntersuchungen zeigen, dass die Sortierungen in unserem dreigliedrigen Schulsystem viel zu früh stattfinden und stark durch den sozialen Hintergrund der Kinder bestimmt werden. Um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN flächendeckend eine zehnjährige gemeinsame Lernzeit einführen.

Kein Kind soll wegen seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden. Lernmittel ab der 1. Klasse sowie die Schülerbeförderung für Vollzeitschülerinnen und -schüler sollen bis zum Ende der Schulzeit kostenfrei sein. Für alle Kinder und Jugendlichen wollen wir ein gesundes warmes Mittagessen in allen Kindertagesstätten, Horten und Schulen anbieten, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos. Das Land soll sich am EU-Schulobst-Programm beteiligen.

### **Lerngemeinschaft vor Ort stärken**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern eine starke Lerngemeinschaft vor Ort.*

Nach einer zehnjährigen, möglichst ganztägigen Gemeinschaftsschule erwerben alle

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

Kinder den Sekundarschulabschluss I. Ihnen stehen danach verschiedene Bildungswege offen. Sie können in der Gemeinschaftsschule nach 13 Jahren das Abitur erwerben, sie können am gymnasialen Zweig nach dem 12. Schuljahr das Abitur erlangen oder sie beginnen eine Ausbildung.

Ganztägiger Unterricht fördert gezielt besondere Fähigkeiten – einschließlich musischer und sportlicher - und gleicht Schwächen aus, schließt Wissenslücken.

Alle Kinder bekommen die Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen.

Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell eingeht und das Lernen voneinander ermöglicht, fördert die Leistungsstarken ebenso wie die Leistungsschwachen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein dichtes und bedarfsgerechtes Netz von ganztägigen Gemeinschaftsschulen. Lange Schulwege gibt es nicht. Gemeinschaftsschulen können sich zu sozialen und kulturellen Zentren vor Ort entwickeln. Sie können aus bereits existierenden Schulen heraus entstehen und unterschiedliche Profile und Schwerpunkte setzen.

Zukunftsorientierte Bildung heißt, alle Angebote und Ideen von Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport, Kultur, Politik und Verwaltung zusammenzuführen. Kommunale Bildungslandschaften sind ein Standortvorteil, der Abwanderung entgegenwirkt sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt. Derartige Konzepte müssen in den Kommunen ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Um unserer Forderung nach lebenslangem Lernen Nachdruck zu verleihen, schöpfen wir alle Möglichkeiten aus. Hierzu gehört der Erhalt von Seniorenakademien und Volkshochschulen ebenso wie das Angebot bezahlbarer Kursangebote auch im ländlichen Raum.

Zum gemeinsamen Lernen gehört für uns auch, dass nicht wie bisher konfessionell gebundene und nichtreligiöse Kinder getrennt, sondern gemeinsam über Werte und Normen, Religionen und ihre Ausprägungen und über die vielfältigen Möglichkeiten der Lebensgestaltung in einer pluralistischen Gesellschaft sprechen und diskutieren. Wir möchten die gegenwärtige Dreiteilung durch einen für alle verpflichtenden Werteunterricht ablösen. Dies sehen wir, gerade in einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft als nötig an, denn es wird immer schwieriger werden, möglichst vielen Religionsgemeinschaften einen eigenen Religionsunterricht anzubieten, ohne andere zu benachteiligen. Es muss möglich sein, dass sich die Schülerinnen und Schüler breit über gesellschaftliche Gegebenheiten austauschen, eigene Vorstellungen entwickeln und diese strittig auch mit Schülerinnen und Schülern anderer Religionen diskutieren.

### **Berufliche Bildung stärken**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN investieren gezielt in die berufliche Bildung.*

Schule muss besser auf die berufliche Bildung vorbereiten und eine enge Kooperation mit der regionalen Wirtschaft anstreben, etwa durch Erfahrungsaustausch, Unterricht von Betriebsangehörigen, polytechnisches Lernen, Berufspraktika und Schülerfirmen. Darüber hinaus bildet die Berufsausbildung in der Region eine Grundlage zur eigenen Existenzgründung und verhindert, dass junge Leute abwandern. Der neu orientierte Abschluss Sekundarschule I bereitet besser auf einen erfolgreichen Abschluss der

Berufsausbildung vor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine flexible Ausbildungsdauer von 2 bis 4 Jahren ein.

Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer werden in Sachsen-Anhalt an der Universität in Magdeburg zum Teil in Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-Stendal ausgebildet. Diese fachlich praxisnahe Kooperation und der intensive Kontakt zu Ausbildungsbetrieben sind zu unterstützen. Das Angebot an Zweitfächern muss dringend auf alle notwendigen Fächer erweitert werden, beispielsweise müssen Zweitfächer wie Sozialkunde wieder angeboten werden.

### **Inklusion ermöglichen**

*BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollen allen Kindern und Jugendlichen mit speziellem Förderbedarf den Besuch der allgemeinbildenden Schulen ermöglichen.*

Dies ist die konsequente Umsetzung der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Das wird, unter Beachtung der Tatsache, dass es immer Kinder geben wird, die in der allgemeinbildenden Schule nicht optimal gefördert werden können, zu einer schrittweisen Auflösung der Förderschulen führen. Inklusive Beschulung bereitet Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Förderschule vor und verbessert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Umsetzung inklusiver Schulkonzepte muss gut vorbereitet werden. Inklusiver Unterricht und die Betreuung an den allgemeinbildenden Schulen werden in kleineren Klassen und mit mehr Personal erfolgen, das zudem gut qualifiziert ist. Die für die Förderschulen bisher aufgewendeten Finanzmittel und Personalstellen sollen dafür umverteilt werden. Es müssen mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen ausgebildet und die Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogischen Fachkräfte der aufnehmenden allgemeinbildenden Schulen entsprechend fort- und weitergebildet werden. Auf die individuellen Förderbedarfe bezogen sind die baulichen, sächlichen und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für die inklusive Beschulung zu schaffen.

### **Demokratie lernen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestärken Schulen darin, Kinder und Jugendliche zu aktiven demokratischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erziehen.*

Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen Umgang miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Damit Schülerinnen und Schüler ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln, müssen vier Bedingungen gegeben sein: Anerkennung der individuellen Persönlichkeit, Beteiligung an Organisation von Schulveranstaltungen und Gestaltung von Unterricht, gelebte Demokratie im Schulalltag und vielfältiger Sozialkundeunterricht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Schulkonferenz weiter entwickeln, um so Beteiligungsmöglichkeiten und Demokratieverständnis zu stärken. Hierzu gehört eine gleichberechtigte Beteiligung von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern und eine Beteiligung der sonstigen Angestellten. (Drittelparität-Plus).

### **In Umweltfragen (weiter)bilden**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Bildung und Weiterbildung in Umweltfragen als ständige Aufgabe an.*

Kinder und Jugendliche müssen altersgerecht für wissenschaftliche und politische Fragen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Kulturlandschaft sensibilisiert werden. Durch vernetzten Unterricht zwischen verschiedenen Fächern wie z.B. Biologie, Chemie, Sozialkunde oder Ethik sind Umweltthemen stärker zu berücksichtigen.

Umweltbildung geht auch Erwachsene an und dient der Information, Sensibilisierung und Aktivierung aller Bürgerinnen und Bürger für ein umweltverträgliches Verhalten. Der seit 2001 gültige Umweltbildungserlass von Kultus- und Umweltministerium muss endlich konsequent umgesetzt werden. Die Umweltbildungszentren und Volkshochschulen im Land sollen zur Umweltbildung Erwachsener stärker gefördert werden. Die Ökoschulen des Landes Sachsen-Anhalt sollen bestehen bleiben.

### **Homophobie von Anfang an entgegenreten**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Schon der Unterricht in der Schule muss unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln.*

Leitbild und Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung muss die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität sein. Den Jugendlichen muss ein Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Fortbildungen sollen die Lehrerinnen und Lehrer befähigen, unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen zu vermitteln und wertneutral zu behandeln.

### **Kitas stärken**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Kinderkrippen sowie Kindergärten als Bildungseinrichtungen und führen sowohl ein verbindliches Vorschuljahr als auch eine angemessene Aus- und Fortbildung der Beschäftigten ein.*

Der positive Bildungseffekt des Krippenbesuchs ist belegt. Insbesondere kann der Krippenbesuch die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen verbessern. Deshalb wollen wir die politische Verantwortung für Krippen und Kindergärten in das Bildungsressort legen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte ein. Die Öffnungszeiten sollen sich den individuellen familiären Situationen flexibel anpassen. Den überdurchschnittlichen Gruppengrößen muss mit mehr Personal entgegengewirkt werden. Die Gebühren sind sozial zu staffeln.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richten neben ausreichend Krippen- und Kindergartenplätzen ein verbindliches kostenfreies Vorschuljahr für alle Kinder ein. Für einen guten Start in die Schule müssen sprachliche Defizite möglichst früh erkannt und behoben werden.

Das Ausbildungsniveau der Erzieherinnen und Erzieher muss langfristig steigen. Dazu sollen Studiengänge an den Hochschulen eingerichtet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine Offensive für Ausbildung und Nachqualifizierung in der Frühpädagogik und eine entsprechende Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher an.

### **Schulautonomie fördern**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass jede Schule unabhängig von ihrer Trägerschaft pro Schuljahr je Schülerin und Schüler einen festen Finanzbeitrag erhält, mit dem die Schule selbstständig arbeiten kann, falls sie sich im Gegenzug verpflichtet, allen Kindern einen unentgeltlichen Zugang zu gewähren.*

Die Schulen bestimmen selbst über Personen und pädagogische Konzepte und darüber, wieviel Geld in Lehrmittel oder in Personal investiert wird. Gleichzeitig muss das pädagogische Personal von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass freie Schulen allen Kindern unentgeltlich offen stehen. Finanziell sollen freie Schulen gegenüber Schulen in staatlicher Trägerschaft gleichgestellt sein.

Die Verantwortung der Schulleiter und -leiterinnen wächst. Sie müssen daher durch einen entsprechenden Aufbaustudiengang unterstützt werden.

### **Qualität durch Standards sichern**

*Für Krippe, Kindergarten und Schulen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Entwicklung von Qualitätsstandards vorantreiben.*

Durch das Konzept der Ganztätigkeit erhält die sächliche Ausstattung der Bildungseinrichtungen eine stärkere Bedeutung. Bildungsstandards sollen deshalb sowohl die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg, als auch die materielle und personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen. Der Bildungserfolg misst sich am Kompetenzzuwachs der Schülerinnen und Schüler in den unterschiedlichen Fächern. Bildungsstandards erlauben es den Schulen und vorschulischen Bildungseinrichtungen, ihre Qualität zu verbessern. Unterstützungen des Landes müssen zielgenau angeboten werden. Die Eltern können verschiedene Bildungsanbieter vergleichen und informiert entscheiden.

### **Beruf der Lehrerinnen und Lehrer attraktiver gestalten**

*BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN wollen das Studium und den Beruf der Lehrerinnen und Lehrer attraktiver gestalten.*

Der Beruf der Lehrerinnen und Lehrer in der Gemeinschaftsschule wird anspruchsvoller und vielfältiger. Notwendig ist, die pädagogischen, didaktischen und psychologischen Anteile in der Ausbildung zu verstärken. Sie sollen gleichgewichtig neben der fachlichen Ausbildung stehen. Auch fächerübergreifender Unterricht muss stärkeres

Gewicht bekommen.

Für alle Beschäftigten muss es eine zertifizierte Fortbildung geben, die es ihnen erlaubt, sich den wandelnden Anforderungen kompetent zu stellen.

Um gerade Jungen in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit männlichen Vorbildern zu ermöglichen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrberuf deutlich anheben.

Sehr viele ältere Lehrerinnen und Lehrer gehen in den kommenden Jahren in den Ruhestand. Die Landesregierung hat nicht vorgesorgt, deshalb ist ein Mangel an Lehrkräften jetzt schon absehbar. Studien- und Referendariatsplätze müssen gezielt ausgebaut werden.

### **In Lehre und Forschung investieren**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN investieren in die Hochschulen. Studiengebühren lehnen wir ab.*

Die Hochschulen sind, wie überall in Deutschland, auch in Sachsen-Anhalt erheblich unterfinanziert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in eine leistungsfähige Hochschulbildung und -forschung als zentralen Pfeiler der Zukunftspolitik für Sachsen-Anhalt investieren.

Die Anzahl der Studierenden pro Professur ist zu hoch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit gezielten Investitionen überfüllte Hörsäle vermeiden und durch bessere Betreuung die hohe Anzahl der Studienabbrecherinnen und -abbrecher senken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind auch künftig gegen Studiengebühren, weil sie potenzielle Studierende aus bildungsfernen Schichten abschrecken. Auch die vorhandenen Langzeitstudiengebühren lehnen wir ab. Stattdessen müssen die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium, z.B. für Studierende mit Kindern oder mit teilweiser Berufstätigkeit, weiter ausgebaut werden. Für Menschen ohne Abitur müssen Wege zu einem Hochschulstudium offen stehen.

### **Die Humboldtsche Universität im 21. Jahrhundert etablieren**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Studium nach dem Humboldtschen Bildungsverständnis, das mehr als reine Berufsausbildung ist.*

Die deutsche Umsetzung des Bologna-Prozesses ist gescheitert. Die Ergebnisse sind Verschulung der Lehre sowie Bürokratisierung und Entdemokratisierung der Hochschule. Hochschulbildung muss neu gedacht werden und zwar unter gleichberechtigter Beteiligung der Betroffenen: Studentinnen und Studenten, Forschenden und Lehrenden. Das politische Mandat der beteiligten Gruppen (Studierende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftlicher Mittelbau) ist daher zu einer echten Drittelparität auszubauen und gegenüber der Hochschulleitung und dem Land zu stärken.

Das Bachelorstudium ist heute allzu häufig mit Angst verbunden, keinen Masterstudienplatz zu bekommen. Allen Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen soll die Möglichkeit eines Master-Studiums offen stehen.

Die Verschulung der Bachelor- und Masterstudiengänge ist zu ersetzen durch eine Studienstruktur, die wieder ein anspruchsvolles, unbürokratisches und selbstbe-



stimmtes Studium ermöglicht. Hierzu gehören: keine Anwesenheitspflicht, freie Wahl von Dozentinnen und Dozenten und Seminaren, freie Wahl der Studiendauer, selbstorganisiertes Lernen sowie Unterstützung der Studierenden in der Ausgestaltung ihres Studiums. Der Wechsel zwischen Hochschulen im In- und Ausland ist zu erleichtern.

Die überflüssigen Akkreditierungen gehören abgeschafft. Stattdessen muss mehr Geld in Lehrpersonal und interne Qualitätskontrollen investiert werden. Hochschule muss zu einem permanenten demokratischen Verbesserungsprozess werden.

### **Für Nachhaltigkeit forschen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen einen Förderschwerpunkt auf Forschungsbeiträge zu einer ökologischen, nachhaltigen Lebensweise.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Sachsen-Anhalt seine Förderung zum Aufbau konkurrenzfähiger Forschungsschwerpunkte und Einzelprojekte unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen, ökologischen Lebensweise weiterentwickelt. Hierfür ist eine solide Grundausstattung der Hochschulen mit ausreichenden Finanzmitteln Grundvoraussetzung, um auch Forschungsgelder von außen einzuwerben. Das wird sich langfristig für das Land rechnen. Für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen des Landes ist eine stärkere Unterstützung bei der Einwerbung von EU-Mitteln notwendig. Das Land muss sich initiativ und engagiert in den Vorbereitungsprozess des nächsten 8. Forschungsrahmenprogramms für 2014-2020 einbringen.

Innovative Forschungsfelder für Sachsen-Anhalt sind: Recycling, erneuerbare Energien und effiziente Leitungs- und Speichertechniken. Forschungen zu neuen Antrieben, Fahrzeugen und Mobilitätskonzepten sind von besonderer Bedeutung, z.B. zur Elektro-Mobilität im Zusammenhang mit erneuerbarer Energie und umweltverträglicher Speichertechnik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN messen dem Tierschutz in der Forschung große Bedeutung zu. Das öffentliche Erkenntnisinteresse muss erheblich sein und der Einsatz von Labortieren alternativlos, um deren Einsatz zu rechtfertigen. Diese Versuchstiere müssen nachweisbar artgerecht gehalten werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Forschung zu neuen Atomreaktoren und gentechnisch manipulierten Lebensmitteln grundsätzlich ab. Wir halten Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen nahe Gatersleben, dem Ort einer weltweit bedeutenden Genbank, für unverantwortlich.

### **Informationen allen zugänglich machen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen allen Bürgerinnen und Bürger einen ungehinderten Zugang zu Wissen und Informationen gewährleisten.*

Bibliotheken und Schulen müssen vernetzt sein. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen ungehinderten Zugang zu Informationen haben, z.B. zur Fortbildung. Bibliotheken sind daher als Bildungseinrichtungen zu verstehen und müssen den kommunalen Pflichtaufgaben zugeordnet werden. Die Gemeinschaftsschule soll im ländlichen Raum zu einem Kultur- und Bildungszentrum vor Ort werden.

Das mit staatlichen Geldern erforschte Wissen gehört der Allgemeinheit und muss

frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher nachdrücklich „Open Access“-Initiativen.

### **Kleinstaaterei in der Bildung aufheben**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Bund-Länder-Kooperationsverbot dringend abschaffen.*

Das Grundgesetz wurde im Rahmen der Föderalismusreform unsinnigerweise so geändert, dass der Bund sich in der Bildungspolitik nur schwer engagieren kann und Länder bei Bildungsinvestitionen kaum durch den Bund unterstützt werden können. Angesichts knapper Kassen bei Ländern und Kommunen ist es widersinnig, dass der Bund für Schulen und Hochschulen nur sehr eingeschränkt Mittel bereitstellen darf. Über den Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, diesen Passus wieder zu streichen.

### ***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... setzt sich für mehr Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames schulisches Lernen ein;
- ... gibt der Investition in eine bessere Qualität der Bildung Priorität;
- ... möchte eine Schulstruktur, die eine leistungsfähige wohnortnahe Schule ermöglicht;
- ... will mehr qualifiziertes Personal für eine bessere frühkindliche Bildung;
- ... stimmt für gute Hochschulen ohne Studiengebühren und für Forschung an nachhaltigen Technologien.

### **3. FÜR EIN WIRTSCHAFTLICH STARKES SACHSEN-ANHALT**

*Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Durch die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeschobene ökologische Wirtschaftspolitik sind in Sachsen-Anhalt bereits Tausende neue Arbeitsplätze entstanden. Bei erneuerbaren Energien hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz einen weltweit beachteten Boom ausgelöst, von dem besonders sachsen-anhaltische Unternehmen profitieren. Darüber hinaus haben sich im Land Firmen in hochproduktiven Branchen wie Chemie- und Pharmaindustrie sowie Maschinenbau entwickelt. Diese Entwicklungen wollen wir systematisch nutzen und weitere Arbeitsplätze schaffen. Dabei setzen wir uns für gerechte Löhne, Sozial- und Umweltstandards ein.*

#### **Neue Jobs schaffen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern zukunftsfähige, innovative Unternehmen.*

Durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Märkte weltweit verunsichert: Unternehmer, Investoren und Händler können ihre Prognosen nicht mehr einfach aus der Vergangenheit herleiten. Nur wenig ist sicher: Die Rohstoffe werden knapper, die Preise für fossile Brennstoffe erhöhen sich. Sachsen-Anhalt hat für diese Märkte viel zu bieten. Im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es bereits über 10.000 Arbeitsplätze – fünfmal mehr als in der Braunkohle. Hinzu kommen moderne Chemiewerke, innovative Maschinenbauunternehmen und energieeffiziente Nahrungsmittelverarbeiter.

Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Neben großzügiger Wirtschaftsförderung spielen strenge Standards des Umweltrechts eine Rolle. Entscheidend für den Durchbruch der Windkraftanlagenfertigung in Magdeburg, Staßfurt und Dessau und der Solarindustrie in Bitterfeld und Wanzleben war das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Diese Erfolge dürfen nicht durch kurzfristige Förderkürzungen, den Wiedereinstieg in die Atomenergie oder neue Kohlekraftwerke zerstört werden.

Für neue Jobs müssen die bestehenden wirtschaftlichen Schwerpunkte des Landes weiter gestärkt sowie die Kapazitäten und Kooperationen im Bereich Forschung und Entwicklung ständig gefördert und ausgebaut werden.

Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen Handwerk, Gesundheit, Pflege, Tourismus und Bildung verbessern die Lebensqualität der Menschen in Sachsen-Anhalt und sorgen für eine erhöhte Anziehungskraft des Landes. Darüber hinaus ist der Dienstleistungsbereich nur schwer ins Ausland zu verlagern. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, Arbeitsplätze in diesen Sektoren gezielt zu unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich Sachsen-Anhalt als Land der erneuerbaren Energien auch in der Entwicklung der Elektromobilität einen führenden Platz in der Bundesrepublik sichert und die dafür benötigte Infrastruktur in Modellregionen schafft.

Mit uns entstehen zukunftsfähige Jobs

- in Solar- und Windanlagenindustrie,
- im Handwerk, etwa in der Gebäudesanierung,
- in Gesundheit und Pflege,
- in der Tourismusbranche,
- in der Bildung.

### **Wirtschaft und Umwelt gemeinsam denken**

Von altem Denken über das, was Wirtschaft ist, muss sich Sachsen-Anhalt endlich verabschieden. „Wo es raucht und stinkt“ heißt nicht, hier boomt es. Die meisten Unternehmen haben das verstanden, manche Aufsichtsbehörden in Land und Kommunen leider nicht. Ob bei illegalem Müll ein Auge zugedrückt wird, ob Straßen und Gewerbegebiete angelegt werden, obwohl die Nachfrage fehlt, oder ob Rohstoffe wie Kies, Braunkohle oder Salz rücksichtslos und billig aus dem Erdboden geholt werden: Die Zeche zahlt – oft Jahre später – die Allgemeinheit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten diesem Denken konsequent entgegen. Wir wollen

- Rohstoffe mit der im Gesetz vorgesehenen Förderabgabe belegen,
- auf die strikte Einhaltung von Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Umweltstandards achten,
- ökologisch verantwortungslose Unternehmen nicht weiter mit staatlichen Mitteln unterstützen.

### **Gute Arbeit fair bezahlen**

Viele Menschen sind gezwungen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Sozialleistungen werden oft verweigert, es wird nur stundenweise bezahlt, es werden kostenlose Überstunden verlangt, die Angestellten überwacht oder als Scheinselbstständige ohne Sozialabgaben ausgebeutet. Dies betrifft vor allem Jobs für Frauen und besonders häufig den Einzelhandel und die Zeitarbeitsbranche.

Die Landesregierung muss dem entgegenreten, indem sie öffentliche Aufträge und Fördermittel an soziale Bedingungen knüpft. Wir wollen Tarifverträge und Tarifpartner stärken. In der Auftragsvergabe wollen wir auch weltweit faire Standards verankern, z.B. ausbeuterische Kinderarbeit ausschließen. Wir wollen Betriebsräte stärken, die für gute Arbeitsbedingungen eintreten und damit ihr Unternehmen dabei unterstützen, ausgebildete Fachkräfte zu halten.

Sinkende Löhne sind heute in vielen Regionen und Branchen Realität. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, indem wir auf Bundes- und europäischer Ebene einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde als Lohnuntergrenze unterstützen und in möglichst vielen Branchen höhere Mindestlöhne durchsetzen helfen. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit, stärkt aber auch die Kaufkraft in Sachsen-Anhalt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Arbeit an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Altersstufen und dem so erworbenen Erfahrungsschatz der Menschen anzupassen. So kann die Verlängerung der Lebensarbeitszeit von den Menschen als Gewinn und nicht als Zumutung erfahren werden.

### **Unternehmen gezielter fördern**

Fördermittel dürfen nicht weiter mit der Gießkanne verteilt werden. Wir wollen Zukunftsbranchen, die unternehmensnahe Forschung und Entwicklung, regionale Kooperationen sowie die bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung stärken.

Förderung muss Arbeitsplätze schaffen. Von diesem Grundsatz ist die schwarz-rote Landesregierung abgerückt – ein Fehler. Wir wollen beschäftigungswirksame Neuinvestitionen in kleinen und mittleren Unternehmen, denn diese sind stark mit ihrer Region verbunden und sorgen für die meisten der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Kommunen darin unterstützen, bei der Ansiedlung von Unternehmen noch mehr zu kooperieren statt zu konkurrieren.

Wir wollen gezielt größere Unternehmen in den Städten ansiedeln und dafür bestehende Gewerbegebiete nutzen sowie neue auf Industriebrachen erschließen. So wollen wir unnötigen Verkehr vermeiden und Arbeitsplätze schaffen, die auch in Zeiten teuren Öls preisgünstig erreichbar sind.

### **Handwerk stärken**

Die Zukunft des Handwerks in Sachsen-Anhalt liegt in guten Jobs durch gute Aufträge, nicht im Zurückdrängen des Staates. Ökologischer Umbau und Denkmalschutz brauchen den verantwortungsvollen Betrieb, der sich fachlich auf dem neuesten Stand hält: Häuser sanieren sich nicht von allein, Solarmodule kommen nicht von selbst auf die Dächer. Bisher verpasst Sachsen-Anhalt Chancen, die EU- und Bundesprogramme bieten, weil Landesregierung und Wirtschaft nicht dafür sorgen, dass die Mittel ins Land fließen. Wir wollen mit Kammern und engagierten Betrieben hier ein systematisches Vorgehen entwickeln. Fördern wollen wir Energiesparmaßnahmen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien oder anderer regionaler Ressourcen.

Bestehende Förderprogramme müssen gebündelt und nach sächsischem Vorbild eine Förderrichtlinie zur gezielten Unterstützung regional tätiger Unternehmen eingeführt werden. Dazu gehört auch die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich gleichzeitig für einen weiteren Bürokratieabbau ein, damit sich auch kleine Unternehmen auf ihr eigentliches Geschäft konzentrieren können. Dabei zielen wir auf vereinfachte Gesetze und Verordnungen, auf zügigere Bewilligungsverfahren und den Abbau von Doppelprüfungen und Doppelgenehmigungen.

### **Mehr Unternehmen gründen**

In Sachsen-Anhalt gründen zu wenig Menschen Unternehmen oder machen sich selbstständig. Dies zeigt der Vergleich mit anderen Bundesländern. In den Jahren 2006 bis 2009 belegte Sachsen-Anhalt den letzten Platz bei den Gewerbeanmeldungen im Vergleich zur Bevölkerung.

Wer ein Unternehmen gründen möchte, braucht in der Regel nicht viel Geld. Wenig Geld von einer Bank zu bekommen, ist aber oft schwerer als große Summen zu bekommen, weil die Banken den Bearbeitungsaufwand scheuen. Daher brauchen wir einen besseren Zugang zu Kleinkrediten.

Zudem wollen wir zentrale Gewerbeansprechpartner, die alle Anmeldungen aus einer

Hand erledigen (One-Stop-Shops) in allen Landkreisen. Dazu möchten wir die Erfahrungen mit den einheitlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie übertragen.

### **Unternehmensnahe Forschung stärken**

Die Chancen im Umfeld von Universitäten, Fachhochschulen und Instituten sollen durch gezielte Ansiedlung und Ausgründung von technologie- und wissenschaftsorientierten Unternehmen genutzt werden. Zu einem intensiveren Austausch zwischen Forschung, Ausbildung und Unternehmen wollen wir u. a. die Patentanmeldung und die wirtschaftliche Auswertung von Patenten fördern, verstärkt Praktikerinnen und Praktiker aus Unternehmen in die Lehre einbinden (z.B. als Lehrbeauftragte) und gezielt den Weiterbildungsbedarf der Unternehmen durch praxisnahe (Fach)Hochschulangebote decken.

### **Den Energiemarkt erneuern**

Das energiepolitische Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt lautet: 100 Prozent erneuerbare Energieerzeugung in den nächsten Jahrzehnten. Energieeinsparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die Wege dorthin. Hierzu muss der Netzausbau so forciert werden, dass eine Stromaufnahme aus den dezentralen und regenerativen Stromerzeugungsanlagen problemlos möglich wird. Das stärkt auch die regionalen Wirtschaftsstrukturen. Eine dezentrale, umweltfreundliche Energieversorgung setzt auf kommunale Strom- und Wärmeerzeugung sowie kommunale Netze und Leitungen, wobei im Erzeugungssektor auch neue, private Anbieter eine wichtige Rolle spielen sollen. Wir unterstützen den Ausbau energiewirtschaftlicher Kooperationen zwischen den auch künftig unverzichtbaren Stadtwerken.

Sachsen-Anhalt braucht auch eine Informationsoffensive zu grüner Energie, deshalb fordern wir eine landeseigene Energieagentur nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens, die Beratungs- und Informationsaufgaben übernimmt

Um eine neue klimafreundliche kommunale Energiepolitik zu ermöglichen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen, dass Kommunen bei der Neuvergabe von Konzessionsverträgen für das örtliche Stromnetz kompetent beraten werden (beispielsweise durch Muster-Konzessionsverträge, so geschehen in Baden-Württemberg). Außerdem wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kommunen dabei unterstützen, die Rekommunalisierung des örtlichen Stromnetzes für sich zu prüfen und gegebenenfalls durch zinsgünstige Kredite der Landesbank durchzuführen.

### **Energie einsparen und effizienter nutzen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen viele Möglichkeiten zur Energieeinsparung. Energiemanagement in Verwaltungen und Betrieben spart Geld. Für Landesliegenschaften wollen wir ein systematisches Energiemanagement vorschreiben. Über die eingesparte Energie werden die Kosten refinanziert. Energiepässe sind ein positives Beispiel für Transparenz bei Energiebedarf und -verbrauch.

Weiteres Einsparpotenzial kann im Bereich der Wärmedämmung mobilisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wärmesanie rung aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau durch die Landesbank finanziell stärker unterstützt wird. Die Sanierungsquote des Wohnungsbestandes muss deutlich erhöht werden, das unterstützt

zudem die einheimische Bauwirtschaft. Zudem wollen wir, dass Sachsen-Anhalt die Nutzung erneuerbar erzeugter Wärme auch im Wohnungsbestand nach dem Vorbild Baden-Württembergs vorschreibt.

Auch bei der Effizienz des Energieeinsatzes ist in Sachsen-Anhalt noch viel zu tun. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass hierzu Best-Practice-Projekte umgesetzt werden und daraus ein umfangreicher Wissenstransfer erfolgt. Durch einen Energieeffizienzfonds auf Bundesebene sollen auch Investitionen in Sachsen-Anhalt gefördert werden. Unser Land muss diese Bemühungen durch ein Förderprogramm unterstützen.

### **Erneuerbare Energien ausbauen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Anzahl an Solaranlagen in Sachsen-Anhalt deutlich erhöhen.*

Bisher ist nur jedes 400ste geeignete Dach genutzt. Land und Kommunen sollen Dachflächen ihrer Gebäude über landesweite Solarbörsen öffentlich zur Vermietung bzw. Verpachtung anbieten. Die Kreditvergabe für Solaranlagen ohne Bereitstellung von Eigenkapital muss erheblich vereinfacht werden. Im Landesentwicklungsplan sollen Flächen ausgewiesen werden, die für Solaranlagen geeignet sind (Altlastenflächen etc.). Wir werden entsprechende Initiativen für die Regionalen Entwicklungspläne unterstützen.

Sachsen-Anhalt wird in Zukunft weniger, aber größere Windkraftanlagen haben. Windkraftanlagen sollen möglichst konzentriert stehen, und zwar dort, wo sie unter Berücksichtigung von Landschaft und Naturschutz passen.

Um die günstigsten Standorte festzulegen, plädieren wir für ein Gesamtkonzept über alle fünf Planungsregionen.

Für eine Übergangszeit wird die Abwärmenutzung von Kraftwerken und aus der Industrie für die Fernwärme noch eine große Rolle spielen. Unser Ziel ist es aber, diese Fernwärme durch Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik zu gewinnen. Zudem müssen Nah- und Fernwärmeanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung aus Blockheizkraftwerken auf Biomasse-Basis verstärkt werden. Sie sind flexibel handhabbar.

Bei der energetischen Nutzung der Biomasse hat Sachsen-Anhalt ein ungenutztes Potenzial bei Bioabfall. Angesichts der kaum noch vermehrbaren Flächen zur Gewinnung von Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft muss hier endlich gehandelt werden.

Der Anteil erneuerbarer Energien zur Versorgung landeseigener Gebäude muss gesteigert werden, er ist zurzeit nur gering. Der Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien sollte für diese Häuser verpflichtend sein. Unser Ziel ist, dass geeignete Landesgebäude künftig Energie aus der Sonne gewinnen. Das Energiesparen an Schulen wollen wir besonders fördern.

### **Strukturpolitik neu ausrichten**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Modernisierung der Strukturpolitik ein und werden die Fördersysteme den neuen Anforderungen anpassen.*

Nach 2013 werden weite Teile Sachsen-Anhalts aus der Europäischen Kohäsionspoli-

tik herausfallen, die Mittel für die EU-Agrarfonds werden voraussichtlich ebenfalls zurückgefahren. Damit der anstehende Wandel in den Struktur- und Agrarfonds nicht zu einem jähen Absturz für das Land wird, müssen bereits jetzt die Weichen richtig gestellt werden. So muss sich das Land in Brüssel für Übergangslösungen einsetzen, die den Wegfall des Status als Konvergenzgebiet abmildern. Ebenso muss im Zuge der Vorbereitung der EU-Förderphase ab 2014 dafür gesorgt werden, dass die Strukturfonds und der Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) wieder unter ein gemeinsames Regelwerk kommen.

Mit diesen EU-Fördermitteln wollen wir Sachsen-Anhalt voranbringen. Mehr Beschäftigung, mehr für Forschung und Entwicklung, ehrgeizige Klimaschutz- und Energieziele, weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher, mehr Studierende und weniger Armut.

In der Zwischenzeit muss das heimische Fördersystem auf die zukünftigen Anforderungen und Möglichkeiten eingestellt werden. Die Zeiten, in denen für Investitionen Geld im Überfluss vorhanden ist, wenn nur die Kofinanzierung erbracht wird, gehören endgültig der Vergangenheit an. Nun gilt es, die auch durch die demographische Entwicklung notwendigen Strukturveränderungen und Modernisierungserfordernisse durch schlanke, integrative und zielgerichtete Projekte in die Realität umzusetzen. Wir Grüne werden dafür sorgen, dass für die Bewältigung dieser neuen Herausforderungen die Strukturfonds und der ELER an zentraler Stelle koordiniert und verwaltet werden.

### **Klare Ziele setzen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in der Wirtschaftspolitik klare Zielmarken setzen*

Die EU hat sich mit der Strategie 2020 erstmals qualitative Wachstumsziele gesetzt. Sachsen-Anhalt sollte sich dies zum Vorbild nehmen und sich analog dazu ebenfalls Zielmarken setzen hinsichtlich der Beschäftigungsquote, der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, der Klimaschutz- und Energieziele, der Verringerung der Schulabbrecherquote, dem Anteil der jüngeren Generation mit Hochschulabschluss und der Senkung armutsgefährdeter Personen unter einen definierten Schwellenwert.

### **Eine neue Landwirtschaft entwickeln**

In der Diskussion um die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik stehen die Agrarbeihilfen der EU zu Recht auf dem Prüfstand. Als bedeutendes deutsches Agrarland muss sich Sachsen-Anhalt aus der bisherigen Verteidigung des Status-quo lösen und sich offensiv mit einer klaren und zukunftsorientierten Position in die laufende Debatte einbringen.

Agrarbeihilfen der ersten und zweiten Säule (heute: Marktordnungen, Direktzahlungen (Betriebsprämie) und Förderung ländlicher Raum) dürfen nur noch bezahlt werden, wenn die Produktionsweisen über die gesetzlichen Mindeststandards des Natur-, Umwelt-, Klima- und Tierschutzes hinausgehen und einen hohen gesellschaftlichen Nutzen bringen. Die ursprünglich als Preisausgleichszahlungen konzipierten Mittel der Ersten Säule (Marktordnungen und Direktzahlungen) müssen daher zukünftig für gezielte Maßnahmen eingesetzt werden, die der Entwicklung einer vielfältigen, öko-



logischen, sozialen und innovativen Landwirtschaft dienen. Dabei sollten Risikomanagementinstrumente wie Ernteversicherungen und Beibehaltung eines Sicherheitsnetzes, die Stärkung von Erzeugerorganisationen, die Bindung an die Anzahl der innerbetrieblich sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitskräfte sowie Familienarbeitskräfte und die erbrachten öffentlichen Dienstleistungen die wesentlichen Elemente einer bedarfsorientierten Neuausrichtung der traditionellen Agrarförderung sein. Diese Instrumente stehen dem Land bereits heute in Ansätzen zur Verfügung und sollten soweit es geht auch genutzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen schützt, die Fruchtbarkeit der Böden erhält, Gewässer nicht belastet, die Biodiversität steigert und dabei eine Vielzahl hochwertiger Naturprodukte und Nahrungsmittel liefert und somit wieder in der Lage ist, neue Arbeitsplätze auf dem Lande zu schaffen. Dieses Ziel kann jedoch nicht erreicht werden, wenn eine Agrarpolitik fortgesetzt wird, die zur Aufteilung in intensiv bewirtschaftete Äcker in den Gunstlagen und bis zur Flächenaufgabe extensivierte Agrargebiete in den Grenzertragsregionen führt und je nach Marktlage in Boomzeiten die Agrargebiete in Monokulturen des jeweils gängigen Agrarprodukts ohne Rücksicht auf ökologische Belange in Wert setzt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich daher gegen eine Politik, die die unterschiedlichen Agrarräume vornehmlich den Marktmechanismen überlässt. Die Agrarpolitik kommt nicht ohne Schutz- und Ausgleichsmechanismen aus. Diese dürfen sich nicht an der Sicherung von Besitzständen und den Interessen starker Lobbygruppen orientieren, sondern müssen gesellschaftlichen Zielen unterworfen und in ihrem finanziellen Umfang sowie ihrer inhaltlichen Ausgestaltung am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden. Die Marktmacht der landwirtschaftlichen Unternehmen muss gestärkt werden, damit sie nicht länger wehrlos dem ruinösen Preisdiktat des Lebensmittelhandels und der Ernährungsindustrie ausgeliefert sind. So wird sich die Angebotssteuerung nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung 2015 größtenteils über Lieferverträge zwischen Erzeugern und Lebensmittelindustrie vollziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den ökologischen Landbau und Produkte aus artgerechter Nutztierhaltung so stärken, dass sie in Sachsen-Anhalt den Weg aus dem Nischendasein einer gutsituierten Bevölkerungsschicht in die Breite der Gesellschaft finden. Ein sehr wirksames Instrument wäre, sukzessiv Mindestquoten für diese Produktionsformen in Lieferverträgen auszuhandeln und dafür im Gegenzug durch gut ausgestattete Agrarumweltmaßnahmen die Erzeugerpreise moderat zu halten.

Dort, wo freiwillige Agrarumweltmaßnahmen für den Schutz von Natura 2000 und anderen Schutzgebieten, für die Biodiversität, den Schutz der Gewässer und Arten nicht ausreichen, muss stärker mit Auflagen, die über Ausgleichszahlungen kompensiert werden, nachgesteuert werden. Dafür müssen die Managementpläne für die Natura 2000 Gebiete endlich fertiggestellt und im Hinblick auf ein ausreichendes Schutzniveau der Naturgüter überprüft werden.

Naturprodukte und die energetische Nutzung von Pflanzen bieten bereits heute neben der Nahrungsmittelproduktion neue Absatzmärkte für eine große Produktpalette. Hierin liegt eine wesentliche Grundlage für die Landwirtschaft von morgen. Die Chancen dieser neuen Märkte können aber nur genutzt werden, wenn sie stringent und

gleichzeitig umsichtig entwickelt werden. Sackgassen vermeiden wir nur, wenn die Agrarproduktion auf den ökologischen und gesellschaftlichen Nutzen und erst in zweiter Linie auf die Rendite hin optimiert wird. Die Züchtungs- und Agrarforschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt sollten daher anstatt den Experimenten einer fragwürdigen und gesellschaftlich nicht akzeptierten Agrogentechnik zu dienen, Produkte und Produktionsmuster entwickeln, die helfen, eine innovative, ökologisch nachhaltige und vielgestaltige Landwirtschaft zu etablieren. Denn die Chancen und die Zukunft unserer Landwirtschaft liegen in der Qualitätsproduktion und der Produktvielfalt.

### **Chancen regionaler Wirtschaft nutzen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entwickeln die Stärken und Besonderheiten der sachsen-anhaltischen Regionen, besonders im ländlichen Raum.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine integrierte ländliche Entwicklung. Sachsen-Anhalt besitzt eine in Deutschland nahezu einmalige Vielfalt an Naturräumen. Die hohe Anzahl an Großschutzgebieten (Naturparks, Biosphärenreservate und Nationalpark Harz) zeigt, dass einige Regionen Sachsen-Anhalts die Potenziale und Chancen erkannt haben. Daher wollen wir die Mittel der EU-Agrarförderung stärker zur Förderung weicher Standortfaktoren (z.B. Bildungsangebot) einsetzen. Gleichzeitig wollen wir über dieses Instrumentarium regionale Wirtschaftskreisläufe stärker unterstützen, so z. B. das Handwerk oder Nah- und Grundversorgungseinrichtungen.

### **Ländliche Räume auf Zukunft einstellen**

Das Leben „auf dem Lande“ bietet viele Vorteile. Nicht nur viel Natur, Ruhe und eine gesunde Umwelt gehören dazu. Auch Freiheit und Unabhängigkeit sind Markenzeichen des ländlichen Raums. Selber angebaute Lebensmittel essen, mit Biomasse heizen, das eigene Regenwasser nutzen, Strom aus der eigenen Photovoltaikanlage beziehen, mit Pflanzenkläranlagen arbeiten – vieles davon ist in der Stadt schwerer. Dafür nehmen Menschen in Kauf, nicht die Zentralität der Stadt zu haben. Dies zu erkennen und nicht weiter zu versuchen, ländliche Räume zur „Stadt auf dem Lande“ zu machen, macht eine gute Politik für den ländlichen Raum aus.

Dass der ländliche Raum in Sachsen-Anhalt überaltert und sich entleert, ist allgemein bekannt. Die Politik für den ländlichen Raum gleicht stattdessen immer noch weitgehend dem Muster, das seit 1990 aus den alten Bundesländern übernommen wurde. Wir Grüne halten diese Politik des „Weiter so“ gegenüber den Menschen, die im ländlichen Raum leben, für nicht fair, da ihnen damit die Chance genommen wird, für ihre konkreten Lebensumstände rechtzeitig und ausreichend Vorsorge zu treffen. Es ist an der Zeit, entschieden umzusteuern.

Es muss endlich begonnen werden, moderne intelligente Versorgungsstrukturen im Bereich Gesundheit, Pflege, Verkehr und Einzelhandel aufzubauen. Die Versorgungsstrukturen werden sich mittelfristig in den dünn besiedelten Gebieten nur durch gezielte Anreiz- und Steuerungsmaßnahmen und unter konsequenter Nutzung aller verfügbaren neuen Medien und Informationstechnik (zum Beispiel Telematik) aufrechterhalten lassen. Dies erfordert aber weit mehr Know-how als konventionelle Versorgungsstrukturen. Ein Schwerpunkt muss deshalb auf die Kooperation unterschiedlicher Berufsgruppen gelegt werden. Infrastrukturentwicklung unter solchen Vorzei-

chen kann auch in den Ministerien des Landes nur ressortübergreifend durchgeführt werden. Daher müssen über Pilotprojekte im Bereich Tele-Medizin und -Pflege, Transport und Einzelhandel neue Formen der Zusammenarbeit mit allen Betroffenen entwickelt und eingeübt werden. Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung wollen wir auf diese neuen Herausforderungen ausrichten, damit hierfür ein Mindestmaß an finanziellen Ressourcen zur Verfügung steht. Liebgewordene Dorfverschönerungsaktionen müssen vor den essentiellen Herausforderungen im Hinblick auf die Lebensfähigkeit des ländlichen Raums zurückstehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen flexible Lösungen zum Erhalt der Grundversorgung für dünn besiedelte Regionen. Bauliche und technische Infrastruktur muss kreativ angepasst und gegebenenfalls rückgebaut werden. Jedes Dorf muss erreichbar sein, aber nicht mit mehrspurigen und für den Schwerlastverkehr geeigneten Straßen aus mehreren Richtungen. Dezentrale Abwasserentsorgung in ländlichen Gebieten muss Vorrang vor Zwangsanschlüssen an zentrale Abwasserentsorgungen haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Initiativen für gemeinnützige Dorfläden. Der Dorfladen muss von der Milch und der Briefmarke bis hin zur Fotokopie und dem schnellen Internetzugang vieles anbieten. Lokale Initiativen für derartige Dorfläden müssen durch günstige Kredite unterstützt werden.

In der jetzigen EU-Förderperiode wurden erste Ansätze unternommen, den Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) für die Sanierung von Schulen und Kindergärten auf dem Land zu öffnen. Diese zaghafte Versuche müssen konsequenter umgesetzt werden. Zudem muss die Förderung aus den Strukturfonds und den EU-ELER-Mitteln besser koordiniert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch in dünn besiedelten Gebieten Schulen als kulturelle Zentren etablieren und die medizinische Versorgung möglichst wohnortnah erhalten. Dazu müssen einzügige Schulen mit jahrgangsübergreifendem Unterricht zugelassen werden. Gesundheitshäuser in den Grundzentren, mobile Arztpraxen oder Gemeindeschwestern sind Möglichkeiten, medizinische Grundversorgung sicherzustellen.

### **Natur plus Kultur auf der Besuchstour verbinden**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Tourismus mit den Schwerpunkten Naturerfahrung, sportliche Betätigung, Kulturexlebenis und Reise in die Geschichte einen bedeutenden Wirtschaftszweig. Schon heute hängen bereits über 40.000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt direkt vom Tourismus und anderen Freizeitaktivitäten ab.

Die Landesregierung ist für unser einzigartiges kulturelles Erbe mit unter anderem vier UNESCO-Welterbestätten, einem Netz von 1.000 historischen Gärten und Parks sowie der Straße der Romanik mit 72 bedeutenden Bauwerken in 60 Orten verantwortlich. Dazu kommt ein großer Reichtum an Baudenkmalern. Sie bestimmen den ästhetischen Reiz unserer Kulturlandschaft und die Attraktivität für den Tourismus – allein die Straße der Romanik zieht jährlich eine Million Menschen an.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Anreize schaffen, denkmalgeschützte Gebäude wirtschaftlich zu nutzen. Durch die Stabilisierung historischer Viertel wird gleichzeitig einem weiteren Flächenverbrauch Einhalt geboten. Wir wollen gewährleisten, dass das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie seinen Aufgaben nachkommen kann.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken und die Umwelt erhalten. Dabei sehen wir als besondere Vermarktungsschwerpunkte im Tourismus den Radtourismus und die Weltkulturerbestätten. Wir setzen uns für die friedliche Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide ein. Sie soll nicht länger Übungsgelände der Bundeswehr sein, sondern für naturverträglichen Tourismus erschlossen werden. Touristische Infrastruktur, insbesondere überregionale Radwege, müssen in Verantwortung des Landes aufgebaut und gepflegt werden.

### **Wer GRÜN wählt, ...**

- ... möchte Sachsen-Anhalt als international beachteten Standort grüner Technologien etablieren;
- ... unterstützt neue Arbeitsplätze u.a. in den Bereichen Erneuerbare Energien, Handwerk, Gesundheit, Pflege, Tourismus und Bildung;
- ... setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe z.B. aus naturverträglicher Landwirtschaft.

## 4. FÜR EIN SOLIDES SACHSEN-ANHALT

*Erdrückende Schulden oder keine Infrastruktur für nachfolgende Generation – das sind die Schreckgespenster einer falschen Haushaltspolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen die Priorität dagegen auf die Finanzierung von Zukunftsausgaben, die die demographische Entwicklung und die Folgekosten jeder Ausgabe berücksichtigen.*

*Schulden und Ausgaben verteilen sich künftig in Sachsen-Anhalt auf immer weniger Menschen. Neben diesem demographischen Wandel wird Sachsen-Anhalt der Rückgang der Zuschüsse aus dem Solidarpakt und dem EU-Strukturfonds zu schaffen machen. Hauptziel der Finanz- und Haushaltspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, die notwendigen Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich finanzieren zu können. Gleichzeitig wollen wir mit der Schuldentilgung beginnen.*

### **Investitionen in die Zukunft statt Konsum**

Die Finanzen des Landes sind auch der Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verpflichtet und können daher nicht wie ein Privathaushalt geführt werden, dennoch gilt auch hier: wer dauerhaft mehr ausgibt als er sich leisten kann, lebt auf Kosten künftiger Generationen oder verliert seine finanzielle Handlungsfähigkeit.

Die Haushaltsgesetzgebung sieht daher vor, dass die Verschuldung an die Investitionsausgaben gebunden wird. Dies geschieht unter der Prämisse, dass Investitionsausgaben in der Zukunft Einnahmen bzw. Wachstum generieren werden.

Das Problem ist auch, dass viele Investitionen keine Einnahmen, sondern sogar zusätzliche Kosten nach sich ziehen. Auf der anderen Seite gibt es insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich viele sogenannte konsumtive Ausgaben, die investiven Charakter haben, da sie voraussichtlich zu mehr Einnahmen führen bzw. zukünftige Kosten einsparen. Es ist daher notwendig, den Investitionsbegriff klarer zu definieren.

Bei einem gegebenen Budget sollten zunächst die Ausgaben Vorrang haben, die Rechtsverpflichtungen abdecken, prioritär sind dann solche Ausgaben anzusehen, die kurz- oder mittelfristig zu Einnahmen oder Kostenreduzierung führen, die also ihrer Qualität nach investiven Charakter haben; dann Ausgaben, die diesem Anspruch langfristig Rechnung tragen. Erst dann sollten alle anderen Ausgaben erwogen werden.

### **Einnahmen erhöhen, unnötige Ausgaben sparen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine gerechte Besteuerung und ausfinanzierte Haushalte ein.*

Die Finanz- und Wirtschaftskrise mit milliardenschweren Steuerausfällen bei Bund, Ländern und Kommunen ist noch nicht überwunden. Gerade in der Krise zeigt sich, dass eine ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene verbunden mit falscher Prioritätensetzung den Mangel an staatlichen Mitteln für Soziales, Bildung und Kultur bei Ländern und Kommunen noch verstärkt. Die meisten Steuern werden durch Bundesgesetz geregelt. Von den grünen Vorstellungen auf Bundesebene würde Sachsen-

Anhalt durch Mehreinnahmen aus Einkommens- und Erbschaftssteuer sowie durch Einsparungen bei Subventionen profitieren.

Umweltschädliche Subventionen wollen wir streichen, z.B. für Kohle.

Forderungen für eine verbesserte Einnahmesituation muss die Landesregierung über den Bundesrat permanent thematisieren.

Darüber hinaus muss das Land Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung konsequent nutzen:

- Finanzverwaltung stärken
- Steuerfahnder verstärkt einsetzen
- Betriebsprüfungen häufiger vornehmen lassen

Zudem kann das Land seine Einnahmesituation auch im Rahmen seiner Pflicht zur Sicherung einer nachhaltigen Landesentwicklung verbessern. Sachsen-Anhalt soll künftig, wie die meisten anderen Bundesländer, einen so genannten „Wassercent“ erheben, der Landwirtschaft und Industrie anhält, das Grundwasser zu schonen. Das Land soll außerdem nicht länger leichtfertig auf Förderabgaben aus dem Bergbau, z.B. dem Braunkohletagebau verzichten. Insgesamt halten wir rund 50 Millionen Euro Mehreinnahmen aus Umweltabgaben für möglich.

### **Schulden begrenzen und abbauen**

Mehr als ein Zehntel des Landeshaushaltes finanziert zur Zeit der Solidarpakt II, der dem Aufbau der neuen Bundesländer dient. Er läuft schrittweise aus. Im Jahr 2019 fehlen im Vergleich zu 2010 dann über eine Milliarde Euro im Landeshaushalt. Zwar bleibt der Länderfinanzausgleich, die Umverteilung von Steuereinnahmen zwischen den Ländern, weiter bestehen. Dennoch muss das Land in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt anstreben und mit der Schuldentilgung beginnen. Nur wenn die Zinslast schwindet, entsteht wieder mehr finanzpolitischer Handlungsspielraum. So geht aktuell ein Zehntel des Haushaltes (von insgesamt 9,9 Milliarden Euro jährlich) dafür ab, die Zinsen des angehäuften 20-Milliarden-Euro-Schuldenbergs abzuzahlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Bund mittelfristig die Zuständigkeit für die Steuerverwaltung übernimmt, damit das ineffektive Neben- und Gegeneinander von 16 Steuerverwaltungen ein Ende hat.

Wir wollen, dass das Land aus der Schuldenfalle kommt. Wir wollen eine stärkere Transparenz in allen Finanzfragen.

Wir fordern eine Schuldenbremse. Neue Schulden sollen nur noch begrenzt in erheblichen Krisensituationen erlaubt sein. Nach Ende der Krisensituation ist die Schuldentilgung verbindlich geregelt. In Anlehnung an die Schweizer Schuldenbremse, ein konjunkturabhängiges Begrenzungsverfahren, hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein solches Konzept entwickelt. Die Änderung des Grundgesetzes, die 2009 vom Bundestag zur Schuldenbegrenzung verabschiedet wurde, ist für eine sinnvolle Konjunkturpolitik zu unflexibel.

### **Sparpotenziale nutzen, in zukunftsfähige Bereiche investieren**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Sparpotenziale nutzen, ohne die Zukunftsfähigkeit des Landes aufs Spiel zu setzen.*

Grundsätzlich sind alle staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen davon aus, dass in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, in denen Steuergelder verwendet werden, ein höheres Kosten- und Verantwortungsbewusstsein möglich ist. Deshalb sind Fragen der Effektivität und Effizienz aller staatlichen Institutionen, Programme und Maßnahmen in allen Politikfeldern wirksamer zu analysieren. Dazu sind wissenschaftliche Prüfverfahren und Prüfkriterien zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Ziel muss sein, all das weiter zu entwickeln, was die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes fördert sowie solche Kosten konsequent zu vermeiden, die demographisch unsinnig und umweltschädlich sind.

Leistungsfähige Unternehmen und wirtschaftliches Wachstum, insbesondere der Schlüsseltechnologien für nachhaltiges Wirtschaften, sind ein unverzichtbares Fundament für die Zukunft unseres Landes. Die Förderung der Wirtschaft muss auch nach dem Jahr 2013 mit dem Einsetzen der degressiv auslaufenden Investitionszulage des Bundes durch das Land weitergeführt werden. Wir unterstützen insbesondere die Innovationstätigkeit in zukunftsorientierten Bereichen wie chemisch-biotechnologische Prozesstechnik und Photovoltaik.

Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehört aber auch immer eine gute Förderung von Schule und Ausbildung. Für die zukünftige Fachkräftesicherung wollen wir

- die frühkindliche Förderung verbessern
- die Qualität der Schulausbildung für alle Kinder erhöhen
- die Berufsorientierung ausbauen,
- die Kooperation der an Berufsausbildung Beteiligten verbessern
- eine leistungsfähige Hochschullandschaft finanzieren.

Wir schließen deshalb eine Kürzung der Landesmittel für die Kinderbetreuung und die frühkindliche Bildung sowie für Hochschule und Forschung aus. Hochschulen und andere budgetierte Einrichtungen des Landes müssen die Kosten für Tarifsteigerungen in vollem Umfang auf ihr Budget übertragen bekommen. In den Schulen bleiben die Schülerzahlen in den nächsten Jahren relativ konstant, deshalb ist mehr Personal nur dort zu rechtfertigen, wo es für notwendige Qualitätsverbesserungen erforderlich ist. Eine ausfinanzierte Bildungsinfrastruktur ist auch erforderlich, um junge Familien im Land zu halten oder gar für den Umzug in das Land zu gewinnen.

Das Land gibt zurzeit weniger als 1 Prozent des Haushalts für zivilgesellschaftliche Träger aus. Ihre haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit, z.B. in der Jugend-, Familien- und Frauenförderung halten wir aber für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft für unverzichtbar. Für die Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements sind geeignete Förderinstrumente zu entwickeln.

Die Kreise, Städte und Dörfer prägen die Lebensbedingungen sowie die sozialen und kulturellen Angebote für ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen müssen mehr Planungssicherheit bekommen und beim Schuldenabbau unterstützt werden. Sie

müssen aber auch selbst konsequent Sparpotenziale nutzen, etwa durch Personalentwicklungskonzepte und besseres Bewusstsein für Folgekosten. Auch bei den Einnahmen haben Kommunen Potenziale: Subventionen bei den Gebühren für kommunale Leistungen, von Verwaltungsgebühren bis zu Parkplätzen, sollten Menschen ohne ausreichendes Einkommen vorbehalten bleiben. Wenn Kommunen ihre Einnahmepotenziale nicht nutzen, sollen sie zum Ausgleich nicht Gelder aus dem Finanzausgleich reklamieren dürfen.

Im Verkehrswegebau sind unsinnige Vorhaben wie die Nordverlängerung der A14, der Saale-Kanal und der Straßentunnel in Magdeburg einzustellen. Bei allen Straßenbauprojekten ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis kritisch daraufhin zu prüfen, ob nicht mit geringeren Mitteln, etwa durch angepasste Ausbaustandards, die notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden kann. Für uns gilt insbesondere: Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht vor Ausbau. Eine solche Herangehensweise ist auch ein Gebot der demographischen Entwicklung. Die Straßen, die wir heute (zuviel) bauen, müssen unsere (weniger werdenden) Kinder und Enkel mit ihren Steuern erhalten und reparieren. Und wenn diese Straßen dazu noch „auf Pump“ gebaut sind, übergeben wir die Kosten für Zins und Tilgung auch noch an die nächste Generation.

### **Den öffentlichen Dienst jünger und besser machen**

Im öffentlichen Dienst des Landes sind zurzeit fast 50.000 Menschen beschäftigt. Die Vergütung macht etwa ein Viertel des Landeshaushalts aus, Tendenz steigend. Bei geringerer Bevölkerungszahl wird aber auch weniger Landespersonal gebraucht. Das Personalentwicklungskonzept der Landesregierung baut ausschließlich darauf, dass in den nächsten Jahren viele Stellen altersbedingt frei werden. Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass künftig qualifiziertes Personal fehlen wird. Daher wollen wir die vorhandenen Einsparpotenziale nutzen, um attraktive Arbeitsplätze für junge Menschen im öffentlichen Dienst anzubieten.

Das Land braucht ein Personalentwicklungskonzept, das diesen Namen auch tatsächlich verdient. Neben der demographischen Entwicklung müssen vor allem strategische Zielsetzungen für die Entwicklung des Landes bis 2025 politisch verbindlich ausgehandelt werden. Dazu bedarf es einer konsequenten Aufgabenkritik in der Landesverwaltung. Noch zu oft werden auf Landesebene Aufgaben erledigt, die auf unterer Ebene besser zu erledigen wären, die ganz aus dem öffentlichen Dienst ausgelagert werden könnten oder die schlicht unnötig sind.

Wir sind für eine Qualifizierungsoffensive im öffentlichen Dienst. Für eine funktionierende Verwaltung und für die anderen öffentlichen Arbeitsfelder sind viel stärker als früher ständige Fortbildungen und auch ergänzende Ausbildungen erforderlich. Diese dürfen nicht Haushaltszwängen zum Opfer fallen, da nur gut qualifiziertes Personal motiviert und effizient arbeitet.

### **Moderne Finanzierungsinstrumente anwenden**

Mit Energiesparmaßnahmen lassen sich in vielen öffentlichen Gebäuden durch Investitionen laufende Kosten einsparen, bei gleichzeitiger Senkung des Klimagasausstoßes. Derartige Investitionen müssen auch durch private Initiativen möglich sein, z.B. im Rahmen von Energiespar-„Contracting“. Eventuelle Hürden, die das Landeshaushaltsrecht den Kommunen hier setzt, wollen wir beseitigen.



„Public-Private-Partnerships“, also die private Finanzierung öffentlicher Gebäude, wie sie z.B. in Halle (Saale) und Magdeburg für Schulsanierungen eingesetzt wurden, sehen wir kritisch, weil dabei Zinsen und Tilgung für öffentliche Kredite nur durch langfristige Mietverträge ersetzt werden. Hier muss genau nachgerechnet werden, ob diese Finanzierungsvariante tatsächlich langfristig besser ist.

Durch flächendeckendes „Contracting“ der öffentlichen Liegenschaften, d.h. zentrale Bewirtschaftung und Beschaffung, Nachnutzung nach Strukturveränderungen, Vermietungen an Dritte usw. lassen sich die Sachkosten für den Betrieb von Verwaltungsobjekten optimieren. Auch hier gibt es noch ein großes Einsparpotential in Sachsen-Anhalt.

### **Gleiche Maßstäbe für die Abgeordnetenvergütung**

Die öffentlichen Finanzen zu sanieren, ist eine schwierige Aufgabe, die vielen Menschen einiges abverlangt. Wir teilen daher die Empörung, wenn Politikerinnen und Politiker an sich selbst andere Maßstäbe anlegen als an andere. Gute Politik zu machen, braucht Menschen mit ihrer ganzen Kraft. Daher sind wir für eine auskömmliche Vergütung von Politikerinnen und Politikern. Sie muss aber mit gleichem Maß erfolgen.

Daher wollen wir, dass die Diäten genauso behandelt werden wie die Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir stehen für die Bürgerversicherung im Krankenwesen, in der auch Politikerdiäten beitragspflichtig sind. Auch bei der Pensionsregelung ist es gerecht, wenn Politikerinnen und Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen – und später entsprechende Leistungen bekommen.

### **Sachsen-Anhalt attraktiv gestalten – trotz Bevölkerungsrückgang**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Sachsen-Anhalt trotz Bevölkerungsschwund attraktiv gestalten.*

Der Bevölkerungsrückgang und das wachsende Durchschnittsalter der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt sind nicht mehr aufzuhalten. Mit dem demographischen Wandel müssen Probleme gelöst werden: der Umbau der Infrastruktur, der Rückbau der Städte und Gemeinden, neue Formen des öffentlichen Verkehrs, die Sicherung der Gesundheitsfürsorge und vieles mehr.

Gerade für strukturschwache Gebiete sind kreative Lösungen und neue Förderinstrumente zu entwickeln. Gemäß den Erfahrungen aus dünn besiedelten Räumen in den skandinavischen Ländern sind Mittel weniger in die Erweiterung/Änderung der Infrastruktur als vielmehr in die unkonventionelle pragmatische Selbsthilfe und an kreative Köpfe vor Ort zu geben.

Für Zuzüge aus anderen Bundesländern und auch aus dem Ausland müssen wir Sachsen-Anhalt attraktiver machen. Damit kann wenigstens eine Abschwächung des Bevölkerungsverlustes erreicht werden.

### **Landeshaushalt geschlechtergerecht gestalten**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf „Gender-Budgeting“ und damit auf Geschlechtergerechtigkeit in allen Haushaltsfragen.*

Wir werden den Landeshaushalt auf seine Auswirkungen auf die Geschlechter in allen Bereichen überprüfen und das Geld künftig konsequent an Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit ausrichten. Diese Vorgehensweise ist auch unter dem Begriff „Gender-Budgeting“ bekannt. Das kommt nicht nur Frauen, sondern auch Männern zugute und führt zu mehr Transparenz, Qualität und Nachhaltigkeit bei der Verteilung der Steuergelder.

### **Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Bürgerbeteiligung bei der Prioritätensetzung in den Kommunen stärken.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich für die Einführung kommunaler Bürgerhaushalte einsetzen. Das Wesen des Bürgerhaushaltes besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Vorstellungen zur Haushaltspolitik erarbeiten und gegenüber Politikerinnen und Politikern sowie der Verwaltung zum Ausdruck bringen können. Das Internet bietet neue Möglichkeiten partizipativer Demokratie, die wir entwickeln und ausprobieren wollen.

### ***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... möchte eine gerechte Steuerpolitik und die Streichung umweltschädlicher Subventionen;
- ... ist für begrenzte Schuldenaufnahme und konsequente Schuldentilgung;
- ... setzt sich für mehr Energiesparinvestitionen in öffentlichen Gebäuden und für gut durchdachte Verkehrsinvestitionen ein;
- ... stärkt Bürgerbeteiligung und Geschlechtergerechtigkeit in der Finanzpolitik.

## 5. FÜR EIN MOBILES SACHSEN-ANHALT

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mobilitätsangebote im Lande so weiterentwickeln, dass alle Menschen bequem, umweltfreundlich und sicher ans Ziel kommen.*

*Mobilität bedeutet Lebensqualität und ist mit unserem Alltags- und Arbeitsleben untrennbar verbunden. Das Bedürfnis nach Bewegungsfreiheit ist groß, egal ob man mit dem Rad oder mit dem Auto, dem Zug oder dem Rollstuhl, zu Fuß oder mit Straßenbahn oder Bus unterwegs ist.*

*Verkehrspolitik muss die Mobilität der Menschen sichern. Verkehrspolitik muss jedoch auch Rahmenbedingungen setzen, damit Lärm, Staus, Schäden an Gebäuden sowie Unfälle die Lebensqualität der Menschen nicht herabsetzen.*

*In Sachsen-Anhalt kommt es besonders darauf an, für weniger Menschen sowie sich in der Altersstruktur verändernde Bevölkerung Mobilität zu gestalten. Um künftigen Generationen keine unbezahlbare Hypothek zu hinterlassen, müssen Straßen und Versorgungskonzepte künftig bezahlbar bleiben.*

*Schon der Vergleich der Städte Sachsen-Anhalts zeigt, dass im Verkehr viele Veränderungen möglich sind. So hat Halle (Saale) mit 38 Prozent einen wesentlich geringeren Auto-Anteil als Magdeburg und Dessau mit 50 Prozent. In Dessau sind dennoch 22 Prozent Radverkehr möglich, in Magdeburg 20 Prozent Bus- und Bahnverkehr. Aber es geht noch mehr: In Berlin ist der Auto-Anteil an den Wegen inzwischen auf weniger als ein Drittel gesunken, der Bus- und Bahnanteil auf 26 Prozent gestiegen.*

### **Mobil auf den Straßen**

Seit 1990 sind viele Fernstraßen neu gebaut worden. Sachsen-Anhalt leistet sich pro Kopf mehr Fernstraßenkilometer als jedes der alten Bundesländer. Dennoch wollen Landes- und Bundesregierung zahlreiche weitere Straßen und Autobahnen bauen. Gleichzeitig verfallen viele Straßen, Rad- und Fußwege, weil Land und Kommunen das Geld für Instandhaltung fehlt. Straßen zu unterhalten, ist sehr teuer. Beispiel: Die Instandhaltungskosten für die fast 4000 km Landesstraßen lägen bei über 100 Millionen Euro, wenn das Land seiner Pflicht nachkommen würde.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Straßenverkehr – insbesondere im ländlichen Raum – ein unverzichtbarer Bestandteil des Verkehrssystems. Daher wollen wir das vorhandene Geld auf den Unterhalt der Straßen konzentrieren und das vorhandene Netz dort weiterentwickeln, wo dies z.B. wegen des Lärmschutzes notwendig ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Nordverlängerung der A14 ab. Die Prognosen gehen beim Autobahnbau von einer Verdreifachung des Verkehrs aus. Der damit verbundene Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen widerspricht den Klimaschutzzielen des Landes. Jeder Kilometer der 155 km langen Trasse soll 8,4 Millionen Euro kosten. Gesamtkosten: 1,3 Milliarden Euro. Wir setzen uns für den alternativen Ausbau der Bundesstraßen B71 und B189 ein, weil damit die verkehrsgeplagten Ortschaften schneller und kostengünstig entlastet werden können und wertvolle Naturräume mit 17 FFH-Gebieten und 8 europäischen Vogelschutzgebieten nicht beeinträchtigt werden.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

Wir lehnen den Neubau der Autobahn A143 westlich von Halle (Saale) ab. Verkehrszählungen und -prognosen zeigen, dass kein Bedarf mehr besteht. Die geplante Nordumgehung in Dessau lehnen wir aus den gleichen Gründen ab. Eine Verlängerung der B6n in Richtung Osten über die A9 hinaus zerschneidet wertvolle Naturschutzgebiete. Dieses Vorhaben wollen wir bereits im Planungsstadium verhindern.

Mit dem eingesparten Geld können dort Ortsumgehungen gebaut und gleichzeitig die Ortsdurchfahrten zurückgebaut werden, wo dies bisher zurückgestellt wurde. Dazu gehören neben den Orten an der B189 in der Börde und Altmark auch die Ortsumgehung in Roßlau sowie die Nordumfahrung von Coswig. Außerdem wollen wir mehr kostenlose Pendlerparkplätze an Anschlussstellen der Autobahnen und Schnellstraßen (B6n) einrichten. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob die eingesparten Mittel nicht besser zur Senkung der Kreditaufnahmen verwendet werden können.

Wir wollen den Rückbau von Straßen fördern, auf denen das Verkehrsaufkommen gering ist. Auf diese Weise können künftige Unterhaltskosten gespart werden.

In Magdeburg und Halle (Saale) werden die EU-Grenzwerte zum Feinstaub und zur Stickstoffdioxidbelastung überschritten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten wirksame Umweltzonen in den Städten als schnell wirksame Maßnahme. Die Kritik, Umweltzonen seien nicht wirksam, ist dann nicht berechtigt, wenn nur Autos mit grüner Plakette zugelassen sind.

### **Sicher mobil**

2009 wurden über 2.000 Menschen bei Verkehrsunfällen schwer verletzt, 164 Menschen starben. Die Zahl der getöteten Kinder ist gestiegen. Hauptunfallursache ist überhöhtes Tempo. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen von 120 Stundenkilometer. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind auch auf vielen Bundes- und Landesstraßen innerhalb von Ortschaften aus Sicherheitsgründen wie auch aus Gründen des Lärmschutzes und der Luftbelastung notwendig. Deren Einführung durch die betroffenen Kommunen wollen wir erleichtern.

Mobilitätserziehung trägt zu einem sichereren Straßenverkehr bei, wenn sie mehr als die klassische Verkehrserziehung ist. Kinder und Jugendliche sollen sich hier frühzeitig mit anderen Verkehrsmitteln als dem Auto vertraut machen.

### **Umweltfreundlich in Bus und Bahn mobil**

Ohne Busse und Bahnen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stünde der Verkehr in größeren Städten im Dauerstau. Auf dem Lande ist er vor allem für Menschen ohne Führerschein oder Fahrzeug wichtig – z.B. für Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen. Öffentlicher Personennahverkehr verbraucht weniger Energie und weniger Fläche als Autoverkehr.

In den meisten Landkreisen gibt es nur ein Grundangebot, das vor allem dem Schülerverkehr dient. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind häufig auf das Auto angewiesen. Aber es geht auch anders: Wernigerode und Sangerhausen zum Beispiel verfügen über vorbildliche Stadtbussysteme.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auf dem Land auch in Zukunft ein Grundangebot im ÖPNV sichern. Dafür sind nicht immer Bahn und Omnibus wirtschaftlich am besten geeignet. Anrufsysteme in Zusammenarbeit mit Taxi-Unternehmen sind oft preisgünstiger und flexibler.

Der ÖPNV schafft aber auch für Touristen Unabhängigkeit von Parkplätzen und fördert die Begegnung mit Einheimischen. Er ist Aushängeschild einer Tourismusregion, schafft dort Arbeitsplätze und muss offensiv vermarktet werden. Dazu gehört auch eine Erhöhung der Attraktivität der Haltepunkte, z.B. die Ansiedlung von Gastronomie und Cafés in der Nähe von Bahnhöfen.

Die Angebotsqualität in den Städten wird durch die schwierige Finanzlage der Kommunen und das schrittweise Absenken der Landes- und Bundesförderung gefährdet. Trotzdem fördern Städte oft gleichzeitig die Nutzung des PKW, etwa durch großzügige und kostenlose Parkmöglichkeiten.

In Städten wollen wir über die Grundversorgung hinaus attraktive Angebote für Verbindungen mit hoher potenzieller Nachfrage. Dies sind neben innerstädtischen Angeboten vor allem die Bahnverbindungen zwischen mittleren und größeren Städten. Kurze Taktzeiten, komfortable Wagen und schnelle Reisezeiten machen sich hier bezahlt und können Menschen zum Umstieg vom PKW auf die Bahn bewegen. Die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bahn, Bus und Straßenbahn muss überall selbstverständlich sein.

Der Bahnverkehr muss sinnvoll getaktet und mit anderen Verkehrsmitteln verzahnt und abgestimmt sein. Wir brauchen Car-Sharing- und Leih-Fahrrad-Angebote vor Ort an den Haltestellen. Die Bahn muss animiert werden, ihre eigenen Angebote in diesen Bereichen in Sachsen-Anhalt an mehr Haltestellen anzubieten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) um die Kreise Mansfeld-Südharz und Anhalt-Bitterfeld sowie um die Stadt Dessau-Roßlau erweitern. Dann gilt: Ein Fahrschein für alle Wege nach Leipzig und Halle (Saale). Im Norden von Sachsen-Anhalt wollen wir den Landkreis Stendal in den Verkehrsverbund „Marego“ einbeziehen.

Der Regionalverkehr auf der Schiene wird vom Land bestellt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf mehr schnelle Verbindungen zwischen den Zentren, um die Bahn konkurrenzfähig zum Auto zu machen. Andere Anbieter von Zügen des Nahverkehrs in Sachsen-Anhalt müssen bruchlos in Informations-, Preis- und Ticketsysteme eingebunden sein. Wo keine Eisenbahnverbindungen angeboten werden können, müssen Regio-Busse diese Funktion erfüllen.

Die Deutsche Bahn AG ist offenbar nicht zur Sanierung der Nebenstrecken bereit. Deshalb schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Nebenstrecken in Landesverantwortung zu übernehmen, vorausgesetzt, dass sich private Unternehmen zu Kooperationen finden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für günstigere Monatskarten im Regionalverkehr bis hin zur Schaffung einer Nahverkehrskarte für Sachsen-Anhalt ein. Mit dieser Karte nach dem Vorbild der BahnCard 100 wäre es dann möglich, auf den Strecken in Sachsen-Anhalt ohne zusätzliches Ticket den Zug oder Bus zu nutzen. Diese Karte macht den Nahverkehr attraktiver.

### **Fernverkehr der Bahn verbessern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Anbindung der zentralen Bahnhöfe Magdeburg und Halle (Saale) an den Fernverkehr zu erhalten und auszubauen. Die bestehenden IC und ICE-Halte wollen wir erhalten. Für Dessau-Roßlau ist die Sanierung der Bahnstrecke über Potsdam nach Berlin Voraussetzung, um mittelfristig wieder direkt an den Fernverkehr angeschlossen werden zu können.

### **Güter umweltfreundlich transportieren**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Güterverkehr auf die Schiene konzentrieren. Sind weniger LKW auf Autobahnen und Straßen unterwegs, bedeutet das weniger Lärm und Abgase. Die LKW-Maut sollte mittelfristig für alle Straßen gelten. Kurzfristig setzen wir uns bei der Bundesregierung dafür ein, die LKW-Maut auf Bundesstraßen, die als Umgehungsrouten benutzt werden, auszuweiten (z.B. Magdeburger Ring). Wir wollen im Landesentwicklungsplan verankern, dass neue Gewerbegebiete nur an Standorten mit Gleisanschluss zu fördern sind.

### **Elbe und Saale mobil – flussgerecht!**

Die Bedeutung der Elbe als Wasserstraße nimmt kontinuierlich ab. Nur noch 0,2 Prozent aller Gütertransporte im Elberaum laufen über die Schifffahrt.

Als Niedrigwasserfluss ist die Elbe als Verkehrsweg für den modernen Frachtverkehr mit Europaschiffen nicht verlässlich genug. Europaschiffe sind auf eine Wassertiefe von 2,50 Meter angewiesen, um wirtschaftlich fahren zu können. Klimastudien sagen voraus, dass Dauer und Häufigkeit der Niedrigwasserperioden infolge des Klimawandels noch zunehmen werden. Deshalb ist es wirtschaftlicher Unsinn, wenn die CDU-/SPD-Landesregierung mit massiven Baumaßnahmen im Fluss eine Mindesttiefe des Flusses von 1,60 Meter herzustellen versucht. Diese Baumaßnahmen kosten 40 Millionen Euro im Jahr, bringen der Frachtschifffahrt gar nichts und zerstören die Naturlandschaft Elbe unwiederbringlich.

Trotzdem planen Bundes- und Landesregierung mit dem Saale-Kanal (sog. Schleusenkanal Tornitz) bereits die nächste Fehlinvestition in Höhe von 100 Millionen Euro. Der Kanal soll die Erreichbarkeit des Hafens Halle verbessern. Wie die Schiffe jedoch die Saale erreichen sollen, wenn sie zuvor durch die flache Elbe müssen, bleibt offen.

Wir werden uns weiter gegen den Ausbau der Elbe und den Bau des Saalekanals stark machen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Elbe als Wasserweg für Personenschifffahrt und Sondertransporte so zu entwickeln, dass eine nachhaltige Entwicklung durch mehr Elbetourismus möglich ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass das energieeffiziente Schiffshebewerk Magdeburg-Rothensee wieder in Betrieb genommen wird. Dieses einzigartige technische Denkmal ist sparsamer als die sog. „Sparschleuse“ und ist für die Freizeitschifffahrt und als touristische Attraktion unverzichtbar. Auch die traditionellen Gierseilfähren an Elbe und Saale sind umweltfreundliche Verkehrsmittel und touristische Attraktionen. Sie sollen erhalten werden.

### **Mobil zu Fuß und per Rad**

Zufußgehen und Fahrradfahren sind die umweltfreundlichsten und gesündesten Fortbewegungsmöglichkeiten. Mehr als ein Fünftel aller Wege erledigen Menschen zu Fuß, treffen dabei andere Menschen und erfahren ihre Umgebung. Ein attraktiver und sicherer Fuß- und Radverkehr ist besonders für unsere Kinder wichtig. Für sie muss es selbstverständlich sein, wo immer möglich, ihre Alltagswege zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen, um ihre Heimat für sich zu entdecken und an der Entwicklung eigener Mobilität zu wachsen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Fußverkehr in den Städten und Gemeinden Sachsen-Anhalts fördern. Straßenbaufördermittel sollen Sicherheit und Komfort für Menschen zu Fuß und auf dem Rad zur Bedingung haben. Umwege für Fußgängerinnen und Fußgänger darf es nicht mehr geben.

Sachsen-Anhalt könnte ein Fahrradland sein - mit seinen flachen Strecken und großartiger Natur. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass es 20 Jahre nach Gründung unseres Bundeslandes einen Landesradverkehrsplan geben soll. Der Entwurf muss mit Zielen versehen, beschlossen und ausreichend finanziert umgesetzt werden.

Radverkehr ist touristisch bedeutsam. Der Hauptanteil der Wege mit dem Rad wird jedoch im Alltagsverkehr zurückgelegt – vor allem in den Städten, aber auch in den Dörfern und zwischen den Dörfern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Anteil der Radfahrten am Gesamtverkehr in Sachsen-Anhalt auf 20 Prozent heben. Wir fordern, Straßenbaumittel für den Radverkehr entsprechend seines Anteils am Gesamtverkehr zu reservieren.

Wir wollen die Landesbauordnung so ändern, dass in Bauverfahren ausreichend und gute Fahrradabstellanlagen zwingend vorgeschrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drängen darauf, die unkomplizierte Fahrradmitnahme auf alle öffentlichen Verkehrsmittel inklusive des Fernverkehrs der Bahn auszuweiten.

### **Grüne Zukunft des Autos**

Mobilität, nicht Autobesitz, steht schon heute für viele Menschen im Vordergrund. Gerade im ländlichen Raum spielt das Auto weiter eine große Rolle. Klimawandel und Erdölknappheit zwingen dazu, die Entwicklung neuer Antriebs- und Nutzungsformen für den PKW zu beschleunigen. Elektromotoren sind jedoch nur dann sinnvoll, wenn der Strom aus regenerativen Energiequellen stammt.

Die öffentlichen Mobilitätsangebote müssen noch stärker miteinander vernetzt arbeiten. Sie werden ergänzt durch Carsharing und elektrisch betriebene öffentliche Mieträder. Dazu wollen wir im öffentlichen Raum Stellflächen bereitstellen und mit Car-Sharing-Nutzung Teile des Fuhrparks der Landesbehörden ersetzen. Wo der eigene PKW notwendig ist, können Elektroleichtfahrzeuge viele Funktionen übernehmen.

Sachsen-Anhalt hat gute Chancen, mit grüner Elektromobilität neue Wirtschaftszweige zu entwickeln, denn Elektromobilität braucht nicht nur Fahrzeuge, sondern auch ihre eigene Infrastruktur, wie beispielsweise Ladestationen auf Parkplätzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich Sachsen-Anhalt als Land der erneuerbaren Energien auch in der Entwicklung der Elektromobilität einen führenden Platz in der Bundesrepublik sichert.

### **Flugverkehr**

Mit dem Flughafen Leipzig/Halle existiert für Sachsen-Anhalt ein gut ausgebauter und gut erschlossener Standort. Damit ist nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Bedarf an Flughäfen im Land gedeckt. Den Flughafen Cochstedt lehnen wir ab. Weitere Flugplätze sind weder den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern noch der Umwelt zuzumuten. Sachsen-Anhalt braucht ein gemeinsames Flughafenkonzept mit Sachsen und Thüringen.

Nachtflüge beeinträchtigen die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der Region. Die Maßnahmen zum Lärmschutz sind noch immer unzureichend. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere aktive und passive Schallschutzmaßnahmen. Außerdem sind emissions- und tageszeitabhängige Landegebühren und ein bundesweites Nachtflugverbot notwendig.

### ***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... verhindert überdimensionierte Straßenbauten mit hohen Folgekosten und den Ausbau von Elbe und Saale;
- ... stimmt für schnelle Regionalzüge zwischen den Zentren des Landes;
- ... setzt sich dafür ein, dass mehr Straßenbaumittel für den Radverkehr reserviert werden;
- ... fordert den Schutz vor Fluglärm in der Nacht.



## 6. FÜR EIN GESCHLECHTERGERECHTES SACHSEN-ANHALT

*Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es in Sachsen-Anhalt in allen Politikfeldern immer auch um gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer – das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das bezieht sich auf existenzsichernde Beschäftigung bei gleichem Lohn für gleiche Arbeit ebenso wie auf den uneingeschränkten Zugang von Frauen zu verantwortlichen Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Frauen müssen vor jeder Form von Gewalt geschützt werden, ihre Rechte strukturell verankert werden.*

### **Chancengleichheit für Frauen und Männer schaffen**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine zentrale demokratische Herausforderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Frauen und Männer auf Augenhöhe miteinander umgehen. Frauenpolitik darf nicht auf Familienpolitik reduziert werden. Unser Ziel ist ein gleichberechtigter Zugang zu Erwerbs- und Familienarbeit für beide Geschlechter. Gerade in „Männerberufen“ ist Teilzeitarbeit heute zu häufig ein Fremdwort. Daher muss die Landesregierung mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Modelle der Teilzeitarbeit entwickeln, um Männer verstärkt an der Familienarbeit zu beteiligen.

Frauen und Mädchen sind nach wie vor benachteiligt. Ihnen gebühren dauerhafte Unterstützung, gleicher Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, die Teilhabe an kultureller Vielfalt, der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, die Freiheit der Umsetzung unterschiedlicher Lebensentwürfe und die gleichberechtigte Mitwirkung an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Jungen und Männer sind aber nicht immer nur die Profiteure der bestehenden Rollenteilung. Sie befinden sich in einem ihnen zu eng gewordenen Korsett. Auch sie brauchen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Förderung und müssen an bisher untypische Bereiche herangeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass alle Maßnahmen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft auf ihre Auswirkungen für beide Geschlechter überprüft werden. Landesausgaben sollen künftig konsequent an Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit ausgerichtet werden. Dies führt zu mehr Transparenz, Qualität und Nachhaltigkeit bei der Verteilung staatlicher Ausgaben. Geleistet werden soll dies durch die Landesbeauftragte für Frauen- und Gleichstellungspolitik, die zukünftig direkt beim Landtag angesiedelt wird.

### **Für Frauen existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen**

Die meisten Frauen und Männer wollen und müssen einer existenzsichernden Beschäftigung nachgehen. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist darauf gerichtet, der Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Frauen entgegenzuwirken.

Eine Voraussetzung dafür ist, gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Dazu bedarf es flexibler Arbeitszeiten für Frauen und Männer ebenso wie einer ganztägigen Kinderbetreuung in unterschiedlichen Formen. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz muss für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern gelten. Die Öffnungszeiten der Kinderbe-

treuung müssen sich an die Arbeitszeiten der Eltern anpassen und nicht umgekehrt.

Geschlechtergerechtigkeit heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt auch, gleiche Entlohnung gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit sowie Qualifizierungs- und berufliche Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die nach einer Phase der Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen wollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine verbesserte Situation der Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft sowie für den Erhalt des Frauenfördergesetzes für den öffentlichen Dienst. Die Ausweitung der gleichstellungs- und frauenfördernden Maßnahmen in der Wirtschaft und bei Existenzgründungen im Land hat für uns Priorität. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen und eine gesellschaftliche Neubewertung dieser Tätigkeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Landeseinrichtungen konsequent familienfreundlich gestaltet werden und wir werden politische Leitplanken entwickeln, die auch die Privatwirtschaft auf Familienfreundlichkeit verpflichtet. Für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Modelle entwickeln, die es Frauen und Männern ermöglichen, Pflegeverantwortung zu übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN favorisieren ein Steuerrecht, das Frauen nicht als Zuverdienerinnen versteht, sondern eigenständige Existenzsicherung und daraus resultierende eigene Rentenansprüche sichert. Das so genannte Ehegattensplitting wollen wir durch eine unabhängige Kindergrundsicherung ersetzen.

### **Frauen und Männer diskriminierungsfrei bilden**

Die Sicherstellung eines uneingeschränkten Zugangs von Frauen zur Bildung ist ein entscheidender Baustein für die Stärkung der Frauen und ein wichtiges Instrument, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Geschlechtsbezogene Vorurteile und stereotype Verhaltensweisen sind im Bildungsbereich sowohl bei den Lehrerinnen und Lehrern als auch bei den Schülerinnen und Schülern nach wie vor verbreitet. Das beeinflusst die Berufsorientierung von Mädchen und Frauen und erschwert ihren Zugang zu technischen, naturwissenschaftlichen und gehobenen Berufen. Die Vorstellung von typischen „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ muss bereits in der Kindertagesstätte und in der Schule aufgebrochen werden.

In Sachsen-Anhalt setzten sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Berufe entsprechend ihrer Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen im Land bewertet und bezahlt werden. Mit der Minderbewertung und Minderbezahlung sog. „Frauenberufe“ gegenüber sog. „Männerberufen“ muss Schluss sein. Die Berufswahl junger Menschen soll primär von ihren Begabungen und Fähigkeiten und weniger von geschlechtsspezifischen Rollenbildern bestimmt sein. Praktika im technischen Bereich für Mädchen, aber auch im sozialen Bereich für Jungen können hier hilfreich sein. Für eine langfristig wirksame Gleichstellung muss Geschlechtergerechtigkeit von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Berufsausbildung zentrales Ziel der Bildungspolitik sein.

An Universitäten und Hochschulen des Landes studieren ebenso viele Frauen wie Männer und erbringen dabei herausragende Leistungen. Trotzdem sind Frauen in höheren Positionen unterrepräsentiert. Das ist ungerecht und bedeutet einen wissenschaftlichen und ökonomischen Verlust. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Frauen auf

allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs vertreten sehen. Um mehr Frauen eine Karriere in der Wissenschaft zu ermöglichen, muss die Förderung von Frauen verstärkt werden, z. B. durch Mentoring-Programme, die familienfreundliche Gestaltung wissenschaftlicher Karrieren oder auch der schrittweisen Einführung von Quoten bei Stellenbesetzungen. Notwendig ist auch die Frauen- und Geschlechterforschung, welche die Kategorie Geschlecht zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung macht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an Universitäten und Hochschulen ein.

### **Frauen vor Gewalt und Diskriminierung schützen**

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren den Hilfseinrichtungen für Frauen immer mehr Fördermittel gestrichen. Frauenhäuser, Beratung für Schwangere und vieles mehr sind in Gefahr. Dagegen sind verstärkte Präventionsanstrengungen erforderlich und Frauen brauchen gut erreichbare Beratungsstellen. Auch wenn die Gesetze Frauen und Kinder inzwischen besser vor häuslicher Gewalt schützen, ist weiterhin ein leicht zugänglicher und wirksamer Schutz erforderlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Erhalt und Ausbau der Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt sowie die bedarfsorientierte Finanzierung von Frauenhausstrukturen und unabhängigen Beratungsstellen in den Landkreisen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein landesweites Hilfenetzwerk für Frauen und Mädchen sowie für alle Opfer von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Stalking, das dem tatsächlichen Bedarf entspricht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass den besonderen Bedürfnissen von Migrantinnen und Asylbewerberinnen und deren Familien in den Asylbewerberunterkünften Rechnung getragen wird.

Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen Kindesalter und muss schon Thema in Kindergarten und Schule sein, wobei es nach wie vor geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen geben soll.

Frauen mit Behinderungen haben wie alle Menschen das Recht auf die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Da Frauen mit Behinderung mehrfache Benachteiligungen erfahren, unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Frauen bei der Verwirklichung von gesellschaftlicher und rechtlicher Gleichstellung sowie bei der Arbeitsplatzsuche oder dem Besuch von nicht barrierefreien Einrichtungen. Frauen mit Behinderungen erleben häufiger sexuelle Gewalt und Diskriminierungen als Frauen ohne Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Beratungsstellen für diese spezifischen Belange sensibilisiert und zu kompetenter Beratung befähigt werden.

### **Fraueninteressen strukturell verankern**

Auf allen Ebenen muss es eine Interessenvertretung für die Frauen und ihre Rechte und Chancen geben. Dazu zählen für uns sowohl eine unabhängige Beauftragte oder Beauftragter für Geschlechtergerechtigkeit auf Landesebene als auch die weisungsungebundenen Gleichstellungsbeauftragten. Gleichstellungspolitik muss auf allen Ebenen – unabhängig von der jeweiligen politischen Mehrheit – frei sein für eine engagierte Repräsentation von Frauenbelangen.

Beratungsstellen, Frauenhäuser und Projekte speziell für Frauen und Mädchen müs-

sen innerhalb des Sozialraums gefördert und unterstützt werden.

Frauen sind durch die Betreuung der Familie, Pflege von Angehörigen und die Erwirtschaftung von Einkommen mehrfach belastet und deshalb besonders auf die städtische Infrastruktur und kommunale Institutionen angewiesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deshalb für eine Teilhabe an geschlechtergerechter Stadtentwicklung ein. Dazu zählt es, Wohngebiete wieder stärker als Wohn- und Arbeitsgebiete zu planen, ohne auf Wohnkultur zu verzichten. Besonders angesichts des demographischen Wandels gewinnen Sport, Kultur, gesellschaftliche Aktivitäten und Gesundheit am Wohnort zunehmend an Bedeutung. Vielerorts fehlen jedoch spezifische Angebote für Frauen und Mädchen.

### **Frauen an Politik und Macht beteiligen**

Seit 90 Jahren gibt es das Frauenwahlrecht. Dennoch behindern Machtverhältnisse, Interessenhierarchien und Ausgrenzungsmechanismen die Beteiligung von Frauen in der Politik entscheidend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Frauen aktive Rollen in Politik und Gesellschaft übernehmen. Noch immer ist die Zahl von Parlamentarierinnen in Sachsen-Anhalt gering. Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind daher mindestens 50 Prozent aller Positionen für Frauen reserviert. Die „Quote“ ist unser Erfolgsmodell – wie viele profilierte Politikerinnen unserer Partei beweisen.

Es ist an der Zeit, die politische Teilhabe von Frauen zu stärken – sonst bleibt Politik nahezu ausschließlich Männersache. Frauen können aber nur dann aktiv politische Verantwortung übernehmen, wenn die Ursachen der begrenzten Teilhabe- und Teilhabechancen von Frauen beseitigt werden. Dafür setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Wir fordern ein Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt.

### **Homosexuellen Frauen und Männern gleiche Rechte gewähren**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für „gleiche Liebe – gleiche Rechte“ und eine solidarische Gesellschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Wir haben die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Lesben und Schwulen in den vergangenen Jahren maßgeblich vorangetrieben – auf diesem Weg werden wir auch im Land weitergehen. Mit der Regelung zur Eingetragenen Partnerschaft auf Bundesebene ist gesetzlich ein guter Schritt getan. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Schutz der sexuellen Identität in die Landesverfassung aufgenommen wird. Wir fordern einen Aktionsplan gegen Homophobie in Sachsen-Anhalt. Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile und Ressentiments gegen Lesben, Schwule, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle abzubauen und die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen Identitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Er schließt damit die Bekämpfung von Transphobie ausdrücklich mit ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in allen Bereichen: beim Kindschaftsrecht, beim Adoptions- und Sorgerecht, bei Pflegschaften, im Miet-, Erb-, Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im Ausländerrecht. Wir werden entsprechende Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.

Die Verbände und Selbsthilfe-Organisationen, die sich um die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern kümmern, müssen mit entsprechenden

Landesmitteln ausgestattet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Sachsen-anhaltische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Jugendliche sollen ihre Sexualität vorurteilsfrei und selbstbestimmt finden können. Wir werden alles unternehmen, damit Jugendlichen ein Coming-out möglich wird, ohne körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Für die Landesverwaltungen müssen Diversity-Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... entscheidet sich für Gender-Budgeting im Landeshaushalt;
- ... stimmt für unabhängige Gleichstellungsbeauftragte und den Erhalt der Frauenhäuser;
- ... bekennt sich zu vorurteilsfreiem Zugang zu Bildung und Macht aller Geschlechter;
- ... stimmt für den Schutz der sexuellen Identität in der Landesverfassung.

## 7. FÜR EIN SOZIALES SACHSEN-ANHALT

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten entschieden dafür ein, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben und ein Leben in Würde führen können. Die Sozialpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt zum einen auf die Gewährleistung einer angemessenen Grundsicherung der Menschen und zum anderen auf Maßnahmen, die die Menschen ermutigen, aktivieren und unterstützen. Alle sollen die Hilfe bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation brauchen und die ihnen eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet. Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene verbindliche Sozialziele formuliert werden. Ihre Einhaltung soll kontinuierlich in einer fachübergreifenden Berichterstattung überprüft werden, so dass sinnvolle Nachjustierungen möglich werden.*

### **Kinderarmut bekämpfen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedingungslose Kindergrundsicherung ein.*

Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Auf diesen sozialpolitischen Skandal hat die Landesregierung bislang nur unzureichende Antworten gefunden, eine klare Strategie ist nicht erkennbar. Gerade Kinder, die in Armut leben, sehen sich vielfältigen Formen der Benachteiligung ausgesetzt. Armut wird an vielen Stellen spürbar: Nachteile in der Schule, schlechtere Gesundheit oder Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum. Armutsfolgen sind weitreichend. Zu ihrer Bekämpfung und Vermeidung muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden. Hierzu gehören zum einen der Ausbau und die Stärkung der Infrastruktur wie insbesondere der Kitas und Schulen, zum anderen die materielle Absicherung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen Kinder in den Mittelpunkt und wollen die Kinderförderung von der Familienform entkoppeln. Unser Ziel ist die Einführung einer einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung von 330 Euro. Sie deckt den tatsächlichen existenznotwendigen Bedarf von Kindern und wird ohne Bedarfsprüfung ausbezahlt. Die einmalige Beantragung nach der Geburt des Kindes mindert verdeckte Armut, denn Kinder sollen kein Armutsrisiko für Familien sein. Finanziert wird die Kindergrundsicherung aus den Mitteln zahlreicher direkter und indirekter Familienleistungen sowie der Abschmelzung des Ehegattensplittings. Die Kindergrundsicherung ist gerecht, weil sie jenseits des verfassungsmäßig vorgegebenen Mindestbetrags von 281 Euro gemäß der Leistungsfähigkeit der Eltern besteuert wird, so dass die Transferhöhe bei steigender Leistungsfähigkeit der Eltern sinkt. Die Landesregierung soll hierzu eine Bundesratsinitiative starten.

### **Zeitgemäße soziale Sicherungssysteme (Grundsicherung) etablieren**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen und der gesellschaftlichen Mitte die Angst vor dem sozialen Abseits nehmen. Wir kämpfen daher für Mindestlöhne, ein Progressivlohnmodell zur Entlastung der unteren Einkommensbereiche und eine Anhebung der Grundsicherung auf ein soziokulturelles Existenzminimum.*

Sachsen-Anhalt zählt immer noch zu den Bundesländern mit der höchsten Arbeitslosigkeit, der stärksten Abwanderungsquote, dem höchsten Altersdurchschnitt und überdurchschnittlich vielen armen Menschen. Dies stellt Sachsen-Anhalt vor große sozialpolitische Aufgaben. Jeder Fünfte lebt in unserem Bundesland nahe oder unterhalb der Armutsgrenze. Weil gut entlohnte Arbeitsplätze fehlen, locken höhere Einkommen in andere Bundesländer und verschärfen damit die Probleme in Sachsen-Anhalt.

Armut und sozialer Abstieg können nur verhindert werden, wenn Menschen sich in Erwerbsarbeit befinden, die gerecht bezahlt wird. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Einkommen leben können, in Teilzeit Arbeitende dürfen nicht benachteiligt werden. Insbesondere dürfen tarifliche Vereinbarungen nicht unterlaufen werden (unbezahlte Mehrarbeit). Mindestlöhne sind notwendig, um Lohndumping Einhalt zu gebieten. Daher werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin für einen dynamischen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro eintreten, dessen Höhe regelmäßig entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung anzupassen ist.

Geringverdienerinnen und Geringverdiener werden durch hohe Sozialversicherungsbeiträge zusätzlich stark belastet, was das Armutsrisiko in diesem Lohnbereich stark erhöht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ein Progressivlohnmodell vorgelegt, damit gerade im unteren Einkommensbereich den Menschen mehr vom Lohn übrig bleibt. Dazu wollen wir die Sozialversicherungsbeiträge bei Geringverdienenden absenken und gleichzeitig die Rentenentgeltpunkte aufstocken.

Auch in Sachsen-Anhalt sollen zukünftig nur Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge erhalten. Dazu ist endlich ein rechtswirksames Vergabegesetz einzuführen, das u.a. für relevante Branchen wie beispielsweise Bau, Gebäudereinigung, Gebäudedienstleistungen, ÖPNV oder Sicherheit und Bewachung soziale und ökologische Vergabekriterien vorschreibt und spürbare Sanktionen bei Verstößen vorsieht. Wir unterstützen alle europarechtlichen Bestrebungen, in Zukunft auch die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine soziale Sicherung, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu führen: die grüne Grundsicherung. Neben einer Erhöhung der Grundsicherung – im Vergleich zu Hartz IV – auf den tatsächlichen Bedarf von zurzeit 420 Euro, muss es leichter werden, Geld hinzuzuverdienen. So haben Menschen, die arbeiten, mehr in der Tasche als solche, die nicht arbeiten. Wir wollen zudem nicht, dass die Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler Menschen mit Sanktionen zu unwürdiger Arbeit und unsinnigen Fortbildungen zwingen können. Die Grundsicherung muss auf Bundesebene eingeführt werden und würde die Situation vieler Menschen in Sachsen-Anhalt verbessern. Sie müssen wieder die Sicherheit bekommen, dass ihnen benötigte Hilfe auch gewährt wird – niemand will das Gefühl haben, bevormundet oder fremdbestimmt zu werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eigenständige Rentenansprüche von allen Frauen und Männern sowie die Angleichung der Rentensysteme in Ost und West ein. Wir wollen eine Aufstockung der Rentenansprüche bei Langzeitarbeitslosen sowie eine Garantierente zum Schutz vor Altersarmut.

Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung eröffnen. Sozialpolitik darf sich daher nicht auf monetäre Transferpolitik beschränken. Es müssen neue Formen bürgerschaftlicher Netzwerke entwickelt werden, die gegenseitige Unterstützung und Solidarität innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen als Grundlage haben. Mit der Veränderung der Gesellschaft durch den demographischen Wandel greifen herkömmliche Familien- und Nachbarschaftsstrukturen weniger bzw. nicht mehr. Nur wenn es die Gesellschaft schafft, ein neues Miteinander zu entwickeln, kann sie wieder zusammenwachsen und wirtschaftliche Krisen meistern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher solche Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale Selbsthilfegruppen unterstützen.

### **Für ein würdiges Leben im Alter sorgen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine generationengerechte Gestaltung unserer Gesellschaft ein.*

Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung bringt eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft mit sich und bietet gleichzeitig die Chance, die Seniorinnen und Senioren verstärkt an der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Ältere Menschen sind für uns ein wichtiger Aktivposten: wir wollen ihre Potenziale gezielt nutzen und ihnen ein lebenswertes Umfeld bieten. Ihre Ansprüche und Bedürfnisse müssen bei allen Fragen der Gesundheitspolitik, der Verkehrspolitik, der Kulturpolitik, der Stadtplanung und nicht zuletzt der Finanzpolitik berücksichtigt werden. Die gesellschaftlichen Veränderungen betreffen viele Lebensbereiche der älteren Menschen, wie Wohnen, Mobilität, gesundheitliche Versorgung, aber auch öffentliche Bereiche wie Stadtplanung und Verkehr. Diese Veränderungen generationenverträglich zu gestalten, gelingt nur, wenn alle Altersgruppen Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die praktizierte Solidarität zwischen den Generationen für einen unverzichtbaren Baustein unserer Gesellschaft. Mit ihren Lebens- und beruflichen Erfahrungen und ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind älter werdende Menschen eine Bereicherung für die Gesellschaft. Familien-, Kinder- und Jugendpolitik mit einer modernen Politik für Seniorinnen und Senioren zu verknüpfen, steigert die Lebensqualität in unserem Land. Möglichkeiten der Begegnung und des Dialogs zwischen den Generationen – zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser – wollen wir daher fördern.

Uns ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit behalten und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert auch das Risiko der Pflegebedürftigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Selbstständigkeit im Alter durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte, Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und Freiwilligenengagement fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und Anlaufstellen – wie der Alten- und Servicezentren, der Seniorenvertretung, dem Seniorenbeauftragten und -beirat in den Kommunen sowie der Freiwilligenagentur – ein, um



den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden. In Zusammenarbeit mit Integrations- oder Ausländerbeiräten der Kommunen ist der besondere Bedarf älterer Migrantinnen und Migranten zu klären, um Hilfestrukturen gezielt zu entwickeln und zu unterstützen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist davon auszugehen, dass der Bedarf an rechtlicher Betreuung von Seniorinnen und Senioren weiter steigen wird. Deshalb sind die anerkannten Betreuungsvereine weiter vom Land zu fördern.

### **Menschenwürdige Pflege ermöglichen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Pflegebedürftige und Pflegende durch funktionierende Versorgungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote unterstützt werden.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass das Prinzip „ambulant vor stationär“ in der Pflege umgesetzt wird. Die ambulante Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen sich verstärkt dieser Herausforderung stellen, um die Zeiten der Heimbetreuung älterer Menschen zu vermeiden. Es müssen in den nächsten Jahren tragfähige und sich gegenseitig ergänzende ambulante und niedrigschwellige Versorgungsstrukturen in jeder Region geschaffen werden. Alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die die Selbständigkeit der Menschen erhalten, sind zu fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität von stationären Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen konsequent weiterentwickeln. Überflüssige Bürokratie und zeitaufwendige Überregulierungen und Kontrollen müssen abgebaut werden – stattdessen müssen transparente und angemessene Qualitätssicherungssysteme eingeführt und anerkannt werden. Qualitätsprüfungen wie zum Beispiel den „Pflege-TÜV“ unterstützen wir daher. Die medizinische Versorgung in Einrichtungen ist dringend zu verbessern, zum Beispiel über die stärkere Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten oder über die Einstellung von Heimärztinnen und -ärzten. Auch bei der Versorgung von Personen mit Demenz muss weiter an einer Verbesserung gearbeitet werden. Die Sozialpolitik des Landes muss sich konsequent den veränderten Anforderungen stellen. Pflegebedürftige und Pflegende müssen durch funktionierende Beratungs- und Entlastungsangebote unterstützt werden.

Das neue Landesgesetz „Gesetz über Wohnformen und Teilhabe – WTG“ hat das alte (Bundes-) Heimgesetz abgelöst. Jetzt kommt es darauf an, dieses Gesetz zur Stärkung der Würde, sowie der Interessen und Bedürfnisse älterer, pflegebedürftiger oder behinderter Menschen in stationären Einrichtungen und sonstigen Wohnformen konsequent umzusetzen.

### **Für Selbstbestimmung statt Ausgrenzung sorgen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen dafür, dass Menschen mit Behinderungen dieselben Zugänge zum gesellschaftlichen Leben eingeräumt werden wie allen anderen auch. Menschen mit Behinderungen müssen jederzeit ihr Leben selbstbestimmt führen können.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb in Sachsen-Anhalt eine Behindertenpolitik, die Menschen mit Behinderungen als Träger von Rechten wahrnimmt und nicht als Objekt der Fürsorge. Der Grundsatz der gleichberechtigten Teilhabe muss dabei im Mittelpunkt stehen.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt der Grundsatz der Inklusion Behinderter. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist stärker als bisher zu sichern. Die Eingliederung von Menschen mit Handicap in das Arbeitsleben muss konsequent organisiert werden. Die Ausgleichsabgabe, die Betriebe bezahlen müssen, die keine Behinderten einstellen, ist dafür offensiv zu verwenden. Weiterhin muss der Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt werden. Es ist dabei nicht zielführend, bestehende Angebote (z.B. Werkstätten für behinderte Menschen oder Wohnheime) zu ersetzen. Den betroffenen Menschen muss durch neue Angebote tatsächliche Wahlmöglichkeiten und damit Teilhabe ermöglicht werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die freie Wahl behinderter Menschen zwischen Behindertenwerkstätten und freiem Arbeitsmarkt. Eine Integration in bzw. eine Entscheidung für den ersten Arbeitsmarkt muss Betroffenen bei Bedarf auch eine Rückkehr in Behindertenwerkstätten ermöglichen. Für älter werdende Behinderte ist das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben gleitend zu organisieren, da sie ganz besonders auf tagesstrukturierende Abläufe angewiesen sind.

Daneben wird der konsequente Ausbau der Gewährung eines auskömmlichen Persönlichen Budgets für behinderte Menschen nach SGB IX angestrebt, um den Menschen mit Handicap ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den konsequenten Ausbau der barrierefreien Gestaltung aller öffentlichen Räume. Gebäude, Einrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel, Internetpräsenzen und Informationen sowie Kommunikation sollen für alle Bürgerinnen und Bürger ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Dies nutzt allen Menschen, insbesondere Familien mit Kleinstkindern und älteren Menschen.

Weiterhin sehen wir in der umfassenden barrierefreien Erreichbarkeit der touristischen Angebote eine bundes- und europaweite Profilierungsmöglichkeit Sachsen-Anhalts.

### **Verschiedene Instrumente am Arbeitsmarkt nutzen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen mit der Arbeitsmarktpolitik das Ziel, Arbeitssuchende erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien- und ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.*

In Sachsen-Anhalt finden etwa 200.000 Menschen keine Arbeit. Zu den 170.000 Arbeitslosen kommen dabei die Menschen in Schulungs- und Fördermaßnahmen. Die Wirtschaft allein kann und will dieses Problem nicht lösen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen alle sinnvollen Modelle der Arbeitszeitumverteilung. Dies fängt beim Abbau von Überstunden an, schließt Teilzeitarbeit und Arbeitszeitkonten ein und geht zu tariflicher Arbeitszeitverkürzung. Als Arbeitgeber sind Land und Kommunen gefordert, durch verkürzte Arbeitszeiten Neueinstellungen von jungen Menschen möglich zu machen. Wir halten es für richtig, dass Teilzeitbeschäftigte ihr Einkommen durch Hartz IV auf ein existenzsicherndes Niveau aufstocken können und setzen uns für bessere Zuverdienstmöglichkeiten ein („Negative Einkommensteuer“). Gegen Lohn-dumping setzen wir auf Mindestlöhne und starke Tarifpartner.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen einen hohen Bildungsstandard, der vom Land gewährleistet werden muss, als den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Politik muss

hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze auch Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die europäische Arbeitsmarktintegration sehen wir als Mittel gegen Fachkräftemangel und nicht als Bedrohung unseres Arbeitsmarktes. Wir wollen, dass Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur gezielten Förderung von Gruppen mit besonderen Zugangshemmnissen zum Arbeitsmarkt, aber auch zur gezielten beruflichen Weiterbildung verwendet werden.

Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, viele werden langzeitarbeitslos, manche geben ihre Hoffnungslosigkeit ihren Kindern weiter. Für sie halten wir die Vielfalt der Instrumente am zweiten Arbeitsmarkt für notwendig. Lohnzuschüsse, Eingliederungshilfen und Ein-Euro-Jobs finden ihre Grenze dort, wo sie Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt verdrängen. Auch das Modell der Bürgerarbeit ist ein mögliches Instrument, wenn auch mit beschränkter Bedeutung. Notwendig ist dabei eine ehrliche Erfolgskontrolle der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik.

### ***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... stimmt für Initiativen zum gesetzlichen Mindestlohn;
- ... unterstützt den Kampf gegen Armut und für eine bedingungslose Kindergrundsicherung;
- ... befürwortet Generationengerechtigkeit;
- ... fördert die Selbstbestimmung, Teilhabe und Einbeziehung behinderter Menschen

## 8. FÜR EIN JUNGES SACHSEN-ANHALT

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kinder- und Jugendpolitik zur Querschnittsaufgabe in allen Bereichen machen. Grundsätzlich sollen alle politischen Entscheidungen daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Kinder und Jugendliche in unserem Land haben. Um dies zu erreichen, sind Kinder und Jugendliche so oft wie möglich in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.*

*Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und Möglichkeiten, deren Perspektive auf Gesellschaft und Politik sich meist von der Sicht Erwachsener unterscheidet. Es leben immer weniger junge Menschen in unserem Land. Allzu leicht werden sie daher zum Spielball politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Veränderungen und Kürzungsmaßnahmen. Das fängt bei der Ausdünnung der Bildungslandschaft an und hört bei der Schuldenbelastung künftiger Generationen auf. Kinder brauchen kompetente Eltern, gute Bildung, Erziehung und Betreuung. Kinder brauchen nicht nur Familie, sondern eine ganze Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Politik aus dem Blickwinkel von Kindern und Jugendlichen betreiben, am besten mit ihnen zusammen.*

### **Kindergesundheit besonders in den Blick nehmen**

*Im Kindesalter werden die Grundlagen für ein gesundes Leben gelegt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen daher besondere Aufmerksamkeit auf die Gesundheit der Kleinsten.*

Kinder sind von Umweltbelastungen wie Lärm, Feinstaub und Umweltgiften stärker betroffen als Erwachsene. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen deshalb darum, dass ihre Belange im Umweltschutz besser berücksichtigt werden. Wir wollen Umweltpolitik auf Kindernasenhöhe.

Bei der Versorgung kranker Kinder und Jugendlicher wollen wir das Prinzip „ambulant vor stationär“ stärken. Insbesondere im Bereich Psychiatrie gibt es in Sachsen-Anhalt eine Schieflage mit zu vielen stationären Angeboten und einer unzureichenden ambulanten Versorgungsquote. Für ambulante Kinder- und Jugendpsychotherapie und -psychiatrie müssen insbesondere im ländlichen Raum mehr Angebote gefördert werden.

Die Gesundheit erscheint vielen jungen Leuten als unerschöpflicher Quell und so gehen sie oft nicht sehr sorgsam damit um. Gesunde Ernährungs- und Bewegungskonzepte müssen in den Kitas beginnen und in der Schule fortgesetzt werden, um einen präventiven Gesundheitsschutz zu etablieren. Insbesondere Flatrate-Partys und Drogenkonsum sind ein hohes Risiko für Leib und Leben. Wir wollen Gastwirte und Eventveranstalterinnen und -veranstalter dazu befähigen, dieses Verhalten Jugendlicher einzuschränken. Selbstverpflichtungen und die Einhaltung bereits bestehender gesetzliche Bestimmungen müssen gefördert werden.

### **Kinderschutz ernst nehmen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine eng vernetzte und ausfinanzierte Kinderschutzstruktur ein.*

Sachsen-Anhalt hat ein Kinderschutzgesetz diskutiert und zusammengestellt, das seinen Namen nicht verdient. Wir fordern eine bessere Vernetzung der mit dem Schutz von Kindern befassten Berufsgruppen (z.B. Kinderärztinnen und -ärzte, Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und – therapeuten, Kinder- und Jugendpsychologinnen und- psychologen, Hebammen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, Fachämter der Kommunen, freie Träger, Polizei und auch Sportvereine). Dabei muss vor allem der Informationsfluss in Verdachtsfällen von Kindeswohlgefährdung verbessert werden. Durch ein Landesprogramm sollen bewährte Modelle (best practice) in den Kommunen verankert werden. Die Kreise, Städte und Gemeinden müssen finanziell in die Lage versetzt werden, Jugend- und Gesundheitsämter bedarfsgerecht auszustatten und Mittel an freie Träger für Präventions- und Hilfsangebote (z.B. therapeutische Angebote, Gewaltprävention, aufsuchende Hilfen) vergeben und Kinderschutznetzwerke einrichten zu können. Ein standardisiertes Kinderbesuchsprogramm kann dabei ein guter Ansatz sein und auch die Nutzung der Vorsorgeuntersuchungen unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen dazu ein Bonusprogramm vor, das mit den Krankenkassen gemeinsam gestartet wird. Außerdem soll das Landesprojekt „Familienhebammen Sachsen-Anhalt“ gestärkt werden.

### **Kinderrechte stärken**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kinderrechte in der Landesverfassung verankern.*

Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung sowie Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten und von Deutschland unterschrieben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Umsetzung und Einhaltung dieser Rechte. Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen bedeutet, sie frühzeitig an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche auf Kommunal- und Landesebene ausbauen. Dazu gehört für uns auch die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre bei allen Wahlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen im Bundesrat eine Initiative einbringen, um Kinderrechte auch im Grundgesetz zu verankern. Die Rechtstellung von Kindern muss klargestellt und ihre Rechte auf Förderung und Bildung gestärkt werden. Kinderrechte sind Menschenrechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention beschrieben werden.

### **Eltern stärken - Familien unterstützen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine Familiengründung zu entscheiden.*

Die Bedingungen zur Familiengründung sind in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Wir zählen dazu: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Änderung von Rahmenbedingungen in Schule und Ausbildung, Förderung der Familie und Stärkung von jungen Müttern und Vätern in ihrer doppelten Verantwortung. Generationsübergreifende neue Wohnformen sollen gefördert werden.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

Familien brauchen ganztägige Betreuungsangebote, Unterstützung bei der Erziehung und Erleichterungen bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Verbesserung der Kinderbetreuungszeiten und somit Änderung des umstrittenen und bildungsfeindlichen Landesgesetzes KiFöGs ein. Die Förderung von Kindern, insbesondere aus Familien mit schwierigem sozialem Hintergrund, kann nicht im eingeschränkten Halbtagesanspruch erfolgen. Gerade Kinder im Hartz IV-Bezug, aus Haushalten von Geringverdienern oder Alleinerziehenden sollten gefördert werden. Ohne Zeit für ihre Umsetzung und ausreichendes Personal, können die besten Bildungsprogramme für Kinder keinen Erfolg haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein sicher finanziertes und engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern ein. Sie sollen die Fähigkeiten junger Eltern stärken und ihnen helfen, den Alltag mit Kindern sowie Krisensituationen zu bewältigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen familienentlastende Angebote wie Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren erhalten und fördern. Sie sollen Frauen und Männer in die Elternschaft begleiten und den Weg für weitere Unterstützungsangebote aufzeigen. Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und der Gesundheitsförderung müssen besser vernetzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Förderung von Familienurlauben und möchten damit noch mehr Familien und vor allem auch Väter erreichen.

Unterschiedliche Formen von Familie müssen bei allen familienpolitischen Maßnahmen berücksichtigt werden. Wir wollen alle Lebensformen stärken, in denen Kinder gewünscht und willkommen sind. Dazu gehört, allen Familien, ganz gleich ob verheiratet oder nicht verheiratet oder Regenbogenfamilien, die gleichen Rechte und Pflichten zu gewähren. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein uneingeschränktes Adoptionsrecht homosexueller Paare ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Eine moderne Unternehmenskultur bedeutet für Eltern neben familienfreundlichen Arbeitszeiten eine betriebsnahe flexible Kinderbetreuung. Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen muss der Absicherungsfond der Versorgungsämter entbürokratisiert und verbessert werden, um den Ausfall von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Schwangerschaft, Mutterschutz oder Erkrankung des Kindes abzufedern.

Bei der öffentlichen Fördermittelvergabe in Sachsen-Anhalt soll der Familienfreundlichkeit besonders Rechnung getragen werden.

### **Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr öffentliche Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen.*

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, dazu gehört auch selbstständige Mobilität. Gerade in ländlichen Regionen sind Sportplätze oder Jugendzentren oft nur schwer zu erreichen. Eltern müssen immer mehr den Alltag ihrer Kinder organisieren und verwalten. Freiräume, die für eine Entwicklung zur Selbstständigkeit notwendig sind, verschwinden oder werden von Erwachsenen kontrolliert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb im öffentlichen Raum mehr Freiräume für

Kinder und Jugendliche schaffen. Auch sollen Schulsportanlagen Kindern und Jugendlichen auch außerhalb des Unterrichts offen stehen. Wir wollen in den Kommunen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder enger zusammenführen sowie Stadtteile und Innenstädte beleben und begrünen. Davon profitieren alle. Zu diesem Zweck erwarten wir in den Kommunen eine bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-, der Stadt- und der Jugendhilfeplanung.

### **Kinder- und Jugendhilfe geschlechtergerecht gestalten**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen geschlechtergerechte Arbeit der Jugendhilfe fördern.*

Mädchen und junge Frauen wollen in vielen Lebensbereichen anders angesprochen, erreicht und motiviert werden als Jungen und junge Männer. Das belegen umfangreiche Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen entsprechende Einsichten in die Arbeit der Jugendhilfe integrieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich für diese Tätigkeit qualifizieren. Ein jährlich stattfindender, verbindlicher „Zukunftstag für Jungen und Mädchen“ bietet für geschlechtergerechte Orientierung gute Möglichkeiten. Er muss besser koordiniert und auch von Unternehmen überlegter genutzt werden. Die Schulen werden verpflichtet, Angebote für Jungen in frauentypischen Berufen und Angebote für Mädchen in männertypischen Berufen zu entwickeln und den Zukunftstag vor- und nachzubereiten. Dafür machen wir uns stark.

### **Kulturräume für Kinder und Jugendliche erschließen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche zu einer Pflichtaufgabe in Land und Kommune machen.*

Kinder und Jugendliche entfalten eigene Kreativität, die für ihre Persönlichkeitsbildung entscheidend ist. Neue Welten können sie an Musikschulen, in Jugendzentren, in freien Theater- oder Tanzprojekten usw. entdecken. Hier werden Teamgeist und Solidarität, Respekt für andere, Weltoffenheit und Toleranz praktisch erlebt und gelernt. Solange aber solche Einrichtungen als sogenannte „freiwillige Aufgaben“ eingestuft werden, sind sie in ihrer Existenz bedroht. Zugänge zu den Einrichtungen müssen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht werden. Ein „Freizeitgutschein“ kann den regelmäßigen Besuch von Musik- und Malschulen oder kulturellen Veranstaltungen erleichtern.

### **Jugendliches Engagement fördern**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Jugendliche zu freiwilligem Engagement ermutigen.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich für ein gesellschaftliches und politisches Klima stark, das Jugendliche zu freiwilligem Engagement ermutigt und diese in ihrer Arbeit unterstützt. Wir treten darum auch für notwendige Freistellungen ein, die durch Landesgesetze abgesichert sein müssen. Kinder- und Jugendarbeit muss ihrem Bildungsauftrag für alle Jugendlichen gerecht werden und nicht nur einseitig an Randgruppen und an Kriminalprävention orientiert sein. Hierfür braucht sie eine angemessene materielle und finanzielle Ausstattung, die Unterstützung der Ehrenamtlichen und genügend Fachkräfte mit entsprechender Qualifizierung. Um das zu ge-

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

währleisten, werden wir die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm erhalten und weiterentwickeln.

Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen junge Menschen mehr direkt beteiligen und ihnen die dafür nötigen Bedingungen schaffen. Viele Jugendliche sind ziel- und perspektivlos, fühlen sich teilweise nicht ausgelastet oder wissen mit sich selbst nichts anzufangen. Dabei sind nur wenige Anregungen und Angebote nötig, sie zu aktivieren. Dazu gehören die Sicherung und der Ausbau von Jugendtreffs, Clubs und Vereinen ebenso wie fachgerechte Beratung durch Streetworkerinnen und -worker und Sozialarbeiterinnen und -arbeiter. Wir machen uns daher für Kontinuität in der Jugendsozialarbeit stark.

Eine zeitliche Kürzung des Zivildienstes führt zu einem Dilemma in vielen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit. Denn viele Aktivitäten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind auf den Einsatz von Zivildienstleistenden angewiesen. Zwingend erforderlich ist darum ein Ausbau der Freiwilligendienste wie Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Freiwilliges Europäisches Jahr oder Freiwilliges Kulturelles Jahr. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zugänge für solche Freiwilligendienste erleichtern und verbessern, weil wir darin Vorteile für die persönliche Entwicklung junger Menschen und einen gesamtgesellschaftlichen Kompetenzgewinn erkennen. Auf der Bundesebene erwarten wir eine „Gesamtstrategie für Freiwilligendienste“.

### **Jugendstrafrecht – helfen statt bestrafen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf Prävention statt Strafe.*

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind entschieden gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Finanzmittel sind in verbesserte Bildung und Ausbildung sowie in soziale Integration zu investieren. Im Umgang mit jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern muss grundsätzlich Hilfe und Unterstützung Vorrang vor Bestrafung haben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gegen Jugendkriminalität mit der Bekämpfung ihrer Ursachen vorgehen. Dazu gehören für uns: Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen, lebenswerte Wohnquartiere und der Kampf gegen das Abkoppeln ganzer Stadtteile und Personengruppen von Präventionsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit der Polizei mit Einrichtungen der Jugendhilfe, den Schulen, Ausbildungsstätten sowie Vereinen und Verbänden muss erweitert und verbessert werden. Bestehende Projekte wie „Täter-Opfer-Ausgleich“, „Anti-Gewalt-Training“ und das Projekt „Schülergremien“, die zu einer Vielzahl von zielgenauen Maßnahmen im Jugendstrafrecht beitragen, sollen verstetigt und ausgebaut werden.

In Jugendstrafverfahren dringen wir darauf, dass die Gerichte und Behörden bei aller Sorgfalt die Dauer von Prozessen auf ein Mindestmaß verkürzen und die Wartezeit bis zum Verfahrensbeginn auf das Möglichste verkürzt wird.

### **Kinder und Jugendliche in Medien schützen**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen befähigenden Jugendschutz ein.*



Kinder und Jugendliche nutzen intensiv die Freiheiten besonders bei der Nutzung technischer Medien. Aber die fast grenzenlosen Möglichkeiten dürfen nicht zu Lasten des Jugendmedienschutzes gehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen umfassenden Schutz von Kindern und Jugendlichen ein, ohne insbesondere die Freiheit des Internets zu gefährden. Netzsperrern lehnen wir ab. Den durch die Ministerpräsidenten der Länder im Jahr 2010 überarbeiteten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag sehen wir kritisch. Neben dem Elternhaus und der Schule besteht eine öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche müssen vor Gefährdungen aktiv geschützt und andererseits befähigt werden, Gefährdungen bewusst und kritisch zu bewältigen.

***Wer Grün wählt, ...***

- ... will mehr Rechte für Kinder und Jugendliche;
- ... will einen Kita-Ganztagesanspruch für alle Kinder;
- ... stellt Kindern und Jugendlichen mehr öffentlichen Raum zur Verfügung;
- ... will den Kinder- und Jugendschutz in den neuen Medien durchsetzen.

## 9. FÜR EIN GESUNDES SACHSEN-ANHALT

*Gesundheit ist ein hohes Gut. Für ihre Förderung, ihren Erhalt und ihre (Wieder)-Herstellung sind eine wirksame Vorsorge und eine qualitativ hochwertige und gut erreichbare medizinische Versorgung für alle Menschen erforderlich. Suchtprävention und Suchtberatung gehören dazu.*

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine Zweiklassenmedizin ab, bei der privat Versicherte besser behandelt werden als gesetzlich Versicherte. Eine Kopfpauschale und die damit verbundene Abkehr von der solidarischen Finanzierung der Krankenversicherung darf es nicht geben.*

*Wir wollen die Eigenverantwortung und gesundheitliche Kompetenz der Menschen stärken. Da die Ernährung ein entscheidender Gesundheitsfaktor ist, müssen Lebensmittel und das Wissen über ihre Wirkungen verbessert werden. Für uns spielt deshalb der Verbraucherschutz eine zentrale Rolle. Auch Sport und Bewegung tragen entscheidend zur Gesunderhaltung und zur Prävention von Krankheiten bei. Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft und der Bewegungsarmut bei Kindern wie Erwachsenen kommt einer breit angelegten und gezielten Sportförderung besondere Bedeutung zu.*

### **Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger gestalten**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Patientinnen und Patienten den Takt im Gesundheitssystem angeben: mehr Prävention, mehr Qualitätstransparenz und die Stärkung der Patientinnen- und Patientenrechte. Das bedeutet auch, dass die Abläufe und Strukturen in Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen Gesundheitseinrichtungen patientenorientiert organisiert werden müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Bürgerversicherung ein, in die alle Erwerbstätigen (auch Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamte) einzahlen und alle Einkommensarten (auch Kapitalerträge) einbezogen werden sollen. Die heutige Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung führt dazu, dass sich ausgerechnet die wirtschaftlich leistungsstärkeren und im Regelfall gesündesten Bevölkerungsgruppen nicht am Solidarausgleich beteiligen müssen.

Besondere Aufmerksamkeit wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt der flächendeckenden medizinischen Versorgung widmen. In einigen Regionen in Sachsen-Anhalt gibt es längst Engpässe in der hausärztlichen Versorgung und auch in einigen Facharztbereichen, die sich in den kommenden Jahren verstärken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an, dass mit der Förderung der Niederlassungsbereitschaft und der Einrichtung der Koordinierungsstelle für die Weiterbildung zur Fachärztin und zum Facharzt für Allgemeinmedizin bereits wichtige Maßnahmen eingeleitet wurden, um dem Mangel an Hausärztinnen und -ärzten besonders im ländlichen Raum zu begegnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Konzept der mobilen Praxisassistentinnen und -assistenten ein Erfolgsmodell. Es entlastet Ärztinnen und Ärzte ebenso wie Patientinnen und Patienten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich alle Krankenkassen am Vertrag mit dem Hausärzteverband beteiligen und so zur Finanzierung der medizinischen Versorgung in der Fläche beitragen.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Versorgungsstrukturen so weiterentwickeln, dass ambulante und stationäre Einrichtungen des Gesundheits- und des Pflegebereichs besser zusammenarbeiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die enge Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten, Pflegediensten und anderen Gesundheitsberufen in Gesundheitszentren und Versorgungsnetzen und eine innovative Planung der Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, die auf die Bedarfslagen der in der Region lebenden Bevölkerung ausgerichtet ist

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die weitere Privatisierung von Krankenhäusern ab, denn in deren Folge verbleiben die finanziell wenig attraktiven Versorgungsleistungen bei den öffentlichen Krankenhäusern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich Krankenhäuser als regionale bzw. fachliche Gesundheitszentren profilieren.

Die Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit des Menschen sind bislang noch zu wenig erforscht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten daher für die Stärkung der Umweltmedizin in Sachsen-Anhalt ein.

Es ist erwiesen, dass soziale Benachteiligung krank macht und die Lebenserwartung verkürzt. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass gesundheitsfördernde Angebote für Menschen in schwierigen und belastenden Lebenssituationen gemacht werden.

AIDS muss wieder mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit zukommen. Die Präventionsarbeit muss gestärkt werden. Konkret werden wir uns dafür einsetzen, dass Informationsmaterial mehrsprachig zur Verfügung gestellt wird.

### **Drogenprävention stärken**

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Präventionsarbeit stärken.*

Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht. Problem Nummer Eins unter den Suchtmittelabhängigkeiten ist der Alkoholismus. Etwa die Hälfte aller Gewaltstraftaten wird in Sachsen-Anhalt unter Alkoholeinfluss begangen. Medikamente sind gerade für Frauen und ältere Menschen bevorzugte Suchtstoffe. Alkohol und Nikotin sind die maßgeblichen Einstiegsdrogen und die Hauptgefahren für immer jüngere Kinder und Jugendliche, in Abhängigkeit und Sucht zu geraten. Beratungsarbeit muss das Abgleiten in die Sucht verhindern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Aufklärungsarbeit stärken und das Therapieangebot für suchtkranke Menschen ausbauen. Wir setzen uns für einen Ausbau der Suchtprävention und Suchtberatung an Schulen ein. Die Legalisierung sogenannter weicher Drogen darf nicht über ihre Gefahren hinwegtäuschen. Bei harten Drogen wollen wir neben Prävention und Therapie die Überlebenshilfe als wichtigen Pfeiler der Suchtpolitik ausbauen. Gleichzeitig ist der Vertrieb harter Drogen mit allen rechtstaatlichen Mitteln im Rahmen der Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu verfolgen.

### **Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und schützen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe. Wir wollen gute, faire Produkte und Dienstleistungen, die den Menschen nützen und nicht

zu Gesundheitsschäden, Umweltzerstörung, Ausbeutung oder finanziellen Verlusten führen.

Damit ein Konsum ohne Reue möglich wird, brauchen Verbraucherinnen und Verbraucher verständliche Informationen. Informationen zu verwendeten Inhaltsstoffen, technischer Sicherheit oder gesundheitlichen Auswirkungen fehlen häufig. Preise und Tarife sind oft unübersichtlich und verwirrend. Aussagen über den Energieverbrauch und die Umwelt-, Arbeits- und Lohnbedingungen während der Herstellung eines Produktes gibt es nicht. Damit fehlt Verbraucherinnen und Verbrauchern die Grundlage, um durch kluge Kaufentscheidungen zu mehr Gesundheits-, Ressourcen- und Klimaschutz sowie zur Lösung von Problemen wie Kinderarbeit und mangelnde globale Gerechtigkeit beizutragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auf allen Ebenen für mehr Transparenz sorgen und die Verbraucherkompetenz stärken.

Gerade Lebensmittel wirken sich stark auf die Gesundheit aus. Um die Gesundheits- und Ernährungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu steigern, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb für eine klare und leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnung ein. Wir befürworten ausdrücklich die Ampelkennzeichnung. Außerdem soll die Kennzeichnung so aufschlussreich sein, dass es den Verbraucherinnen und Verbrauchern möglich wird, sich für qualitativ hochwertige, gentechnikfreie, schadstoffarme, tierschutzgerechte und regionale Produkte zu entscheiden.

Die an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel, die bevorzugt von ihnen konsumiert werden, wie Schokoriegel und Chips, ist dort einzuschränken, wo sie mit irreführenden Aussagen zu gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen verlockt. Wir treten für ein Werbeverbot an Schulen ein.

Gesetzlich vorgeschriebene, unabhängige Kontrollen auf allen Stufen der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln sind notwendig, um schwarze Schafe zu entdecken. Damit diese Kontrollen in dem erforderlichen Umfang auch stattfinden, müssen die überwachenden Behörden personell dazu in die Lage versetzt werden.

Die Einschränkung des Fleischkonsums oder der Verzicht auf den Verzehr tierischer Produkte stehen für Tier- und Klimaschutz. Fleisch sollte aus regionaler Erzeugung stammen, damit Langzeittransporte verhindert werden. An Schulen, in Seniorenheimen und in öffentlichen Einrichtungen muss es möglich sein, sich vegetarisch oder vegan zu ernähren.

Zuständige Behörde für den Verbraucherschutz in Sachsen-Anhalt ist das Landesamt für Verbraucherschutz. Es kümmert sich vor allem um den gesundheitlichen Verbraucherschutz, den Arbeitsschutz und die Marktüberwachung. Jedoch bergen die Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen, die Anwendung von Nanomaterialien z.B. in Kosmetika sowie Nahrungsergänzungsstoffe in zahlreichen Lebensmittel Gesundheitsgefahren, auf die schnell und umfassend reagiert werden muss. Das Landesamt für Verbraucherschutz muss hierfür Verantwortung übernehmen.

Die Umsetzung bestehender Vorschriften – zum Beispiel beim Nichtraucherschutz – muss besser kontrolliert werden. Schutzstandards dürfen nicht weiter gesenkt werden, wie das beispielsweise bei der Trinkwasseraufbereitung oder den Planungen für neue Müllöfen vorgesehen ist. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ausrei-

chend über den Nutzen der so genannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IGEL), die Ärztinnen und Ärzte gegen Entgelt außerhalb der Leistungen der Krankenkassen anbieten können, informiert werden.

Die Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale von Wirtschaft und Politik ist Voraussetzung für ihre Arbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Verbraucherzentrale finanziell besser ausstatten, damit sie ihr Beratungsangebot erweitern und alle Verbraucherinnen und Verbraucher erreichen kann. Wir wollen die Kofinanzierung von Bundesprojekten in den Bereichen Energie, Klima und wirtschaftlicher Verbraucherschutz durch das Land sichern.

120.000 Hilfesuchende konsultierten im Jahr 2009 die Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt und zeigen, dass der Bedarf an Information und Beratung groß ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Umwandlung einiger Stützpunkte der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt in reguläre Beratungsstellen für notwendig, damit umfassende Beratung für Verbraucherinnen und Verbraucher auch im ländlichen Raum gewährleistet ist.

Die Beratung für Verbraucherinnen und Verbraucher darf nicht an sprachlichen, kulturellen oder gesundheitlichen Barrieren scheitern. Migrantinnen und Migranten, Menschen mit geringerer Bildung und Sinnesbehinderte brauchen spezifische Angebote, damit auch sie sich informieren können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Institutionen des Landes Sachsen-Anhalt zu einem Vorbild des nachhaltigen Konsums machen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Beschaffung von Produkten und Leistungen wie zum Beispiel Ökostrom und Recyclingprodukte sowie Biolebensmittel in den Kantinen ein.

### **Das sportliche Sachsen-Anhalt fördern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen zu Bewegung und Sport ermutigen. Das fängt beim Treppensteigen an und muss nicht bei der Fahrt zur Arbeit mit dem Fahrrad aufhören. Dazu gehört eine Gestaltung von Städten und Gebäuden, die dazu einlädt, sich zu bewegen.

Sport in der Gruppe und im Verein hat weitere Funktionen. Miteinander gewinnen und verlieren können und in der Gemeinschaft Sport treiben, sind neben der Gesundheitsförderung wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die Aktivität, soziale Beziehungen und Integration stärken. Sportentwicklung muss so ausgerichtet sein, dass Alter, Behinderung oder sexuelle Identität den Zugang zum Sport nicht einschränken. Fanprojekte, die Toleranz im Sport einfordern und selber üben, genießen unsere volle Unterstützung. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement im Sport fördern.

In Sachsen-Anhalt gibt es unterschiedliche Sportvereine, die es zu fördern gilt. Das gilt für die Unterstützung insbesondere des Breitensports, aber auch des Spitzensports. Gezielte Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass der Sport die Freizeit bereichert und die Gesundheit gefördert wird. Dazu gehört auch, dass Sportstätten, Spielplätze und Strukturen erhalten werden. Wir sehen besonders die Sportvereine als förderungswürdig an, die durchgängig Angebote für Kinder- und Jugendliche - vor allem für Mädchen - in allen Altersklassen haben.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für sozial gestaffelte Eintrittsgelder bei Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen ein.

Die Sportförderung in Sachsen-Anhalt muss gerade in finanziell schwierigen Zeiten eine verlässliche Größe sein. Mit einem Runden Tisch sollen die Erfahrungen der derzeitigen Förderpraxis ausgewertet und neue Vorschläge erarbeitet werden. Neben dem Ministerium, den Kommunen und dem Landessportbund müssen dabei auch die Vereine die Möglichkeit haben, ihre praktischen Erfahrungen einzubringen. Da immer mehr Vereine in Sachsen-Anhalt die Verantwortung für den Erhalt kommunaler Sportanlagen übertragen bekommen, muss dies in der Förderpraxis berücksichtigt werden.

### ***Wer GRÜN wählt, ...***

- ... stimmt gegen die Zweiklassenmedizin und für eine bessere Versorgung durch die gesetzlichen Krankenkassen;
- ... stärkt die Verbraucherzentrale;
- ... möchte die Selbstverwaltung des Sports durch mehr Transparenz in den Gremien erhalten.

## 10. FÜR EIN KULTURELL VIELFÄLTIGES SACHSEN-ANHALT

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältige Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts erhalten und weiterentwickeln. Zu ihr gehören vier Weltkulturerbestätten, traditionsreiche Festspiele, eine beachtliche Theaterlandschaft, zahlreiche Museen, bedeutsame Sammlungen, eine reiche Bibliothekslandschaft und eine engagierte Arbeit vieler Vereine und Förderkreise.*

*Kunst und Kultur sind für uns Daseinsvorsorge, denn sie tragen entscheidend dazu bei, das Wertefundament unserer Gesellschaft zu sichern. Sie setzen Kreativität und Fantasie frei, sie konfrontieren uns mit Geschichte und Gegenwart, mit Tradition und ungewohntem Neuen. Sie regen zur Auseinandersetzung an, bringen unterschiedliche Menschen in den Dialog und fördern so Toleranz und gesellschaftliches Engagement.*

### **Kulturelle Infrastruktur sichern**

Im Zentrum der Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt steht die Erhaltung kultureller Räume und ihrer kulturellen Infrastruktur. Jugendzentren, Ateliers, Proberäume, Theater, Bibliotheken, Museen, Aufführungs- und Ausstellungsorte und soziokulturelle Zentren ermöglichen ein vielfältiges Angebot, Kultur zu erleben und aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder in angemessener Entfernung vom Wohnort die für sie oder ihn passenden kulturellen Angebote nutzen kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für ein Kulturraumgesetz nach sächsischem Vorbild ein, um gemeinsam die kulturelle Infrastruktur zu finanzieren und zu erhalten. Die gemeinsame Wahrnehmung der Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur ermöglicht eine langfristige und solide Planung für Kultureinrichtungen.

### **Soziale Lage der Kulturschaffenden stärker in den Blick nehmen**

Kulturschaffende brauchen existenzsichernde Rahmenbedingungen, die die künstlerische Auseinandersetzung erst ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für eine stabile soziale Absicherung für Künstlerinnen und Künstler und der in der Kultur Beschäftigten ein – ob im Kulturbetrieb, in der Kreativwirtschaft, für Selbstständige oder abhängig Beschäftigte, ob in freier oder unselbstständiger Mitarbeit oder im Praktikum. Wir setzen uns daher im Bundesrat für den Erhalt und die Stärkung der Künstlersozialversicherung ein.

Zur Kulturförderung gehören auch bezahlbare Atelier- und Arbeitsräume, innovative Modellprojekte und arbeitsfähige Netzwerke. Das Land muss neue Instrumente der wirtschaftlichen Künstlerförderung – Beratungsangebote, Förderung neuer Tätigkeitsfelder usw. – entwickeln.

### **Niemanden von Kultur ausschließen**

Kultur lebt heute wie zu allen Zeiten auch von der Bereitschaft der Menschen, für sie Verantwortung zu übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher eine lebendige Bürgerkultur ermöglichen, die die institutionalisierte Kultur ergänzt und die alle einbezieht – Junge und Alte, Frauen und Männer, Einheimische, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit großem oder klei-

nem Geldbeutel. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein, auch für jene, die im ländlichen Raum leben.

Für uns ist aber auch wichtig: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Ersatz für staatliches Handeln angesehen werden. Das Ehrenamt darf nicht dazu missbraucht werden, hauptamtliche Strukturen abzubauen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass das bürgerschaftliche Engagement – in allen Kultursparten – mehr Anerkennung und Unterstützung erhält

Soziale Stellung oder kulturelle Herkunft dürfen keine Barrieren für den Zugang zur Kultur sein. Eintrittsgelder oder Benutzungsgebühren dürfen keine unüberwindlichen Schwellen darstellen. Mit kontrastreicher Beschriftung, eingebauten Hörschleifen und leicht verständlicher Sprache wird Kultur auch für Menschen mit Behinderungen ein Genuss. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden entsprechende Initiativen unterstützen und fördern.

Jede Altersgruppe hat spezifische kulturelle Bedürfnisse und das Recht, dass auf diese eingegangen wird. Vor allem Kinder und Jugendliche brauchen öffentliche Räume, in denen sie ihre Kreativität entfalten können. Ihr Zugang zu Musikschulen, Bibliotheken, Theater- oder Tanzprojekten darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Ein Kultur-Gutschein ist eine gute Möglichkeit, diese Barriere zu beseitigen. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen wollen wir verpflichten, kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und nachzuweisen.

### **Kultur an allen Orten fördern**

Kulturpolitik muss sich angesichts des demographischen Wandels und der geringen Besiedlungsdichte in Sachsen-Anhalt den Anforderungen der ländlichen Regionen stellen. Öffentliche Kultureinrichtungen sind aller Orten bedroht. Theater, Kinos, Bibliotheken und Kulturvereine wurden geschlossen oder stehen vor dem Aus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass keine Region kulturell abgehängt wird. Der ländliche Raum darf nicht zur kulturfreien Zone werden. Deshalb müssen dort zum Beispiel Fahrbibliotheken weiter nutzbar sein. Spielstätten müssen zumindest für sog. „Abstecher“-Theateraufführungen erhalten bleiben. Begegnungsorten junger Menschen dürfen nicht geschlossen werden. Die Zukunft unserer Kommunen hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, Kreativitätspotenziale vor Ort zu entwickeln und zu erhalten.

Für die Entwicklung der Städte ist die Förderung der kulturellen Strukturen ein wichtiger Motor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich gegen die zunehmende Verödung der Innenstädte. Wir wollen eine Stadt, in der innerstädtisches Wohnen, phantasievolle Umnutzungen im Gebäudebestand, Denkmalschutz, die Rückeroberung von Industriebrachen und die Gestaltung öffentlicher Räume im Vordergrund stehen. In diesem Sinne werden wir kreative Initiativen fördern.

### **Denkmalschutz stärken**

Die berechtigten Interessen des Denkmalschutzes dürfen jedoch nicht dazu führen, dass bedeutsame Denkmäler gänzlich verfallen. Wo Denkmalschutz von Nutzern oder Eigentümern nicht wirtschaftlich realisiert werden kann, ist politisches Handeln erforderlich. Eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung muss möglich sein, wenn Investi-



onen nicht ausbleiben sollen. Ziel aller Maßnahmen sollte es sein, das Denkmal zu erhalten und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Entbürokratisierung darf aber nicht dazu führen, dass wirkungsvolle Möglichkeiten des Denkmalschutzes verloren gehen. In Flächennutzungs- und Bebauungsplänen dürfen daher notwendige Standards des Kulturdenkmalschutzes nicht unterschritten werden. Der fehlende denkmalrechtliche Umgebungsschutz (Pufferzonen) stellt zunehmend ein Problem dar.

Die Gruppe der technischen Denkmale, aber auch viele Schlösser, Dorfkirchen und ländliche Bauten befinden sich in einem besorgniserregenden Zustand. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sich der Bedeutung des Baukulturerbes bewusst und setzen sich für eine entsprechende finanzielle Förderung ein. Denkmaleigentümer, ehrenamtliche Denkmalpfleger, Stiftungen aber auch die vielfältigen Bürgerinitiativen wollen wir unterstützen und einbeziehen. Ihr Engagement für einen achtsamen Umgang mit Baudenkmalern verdient kompetente Beratung und Förderung durch das Land.

Nicht nur denkmalgeschützte Häuser stehen jedoch in Sachsen-Anhalt leer. Oft ist dafür fehlendes Interesse oder mangelndes Eigenkapital für die notwendige Sanierung bei den Eigentümern der Grund. Die Folgen sind verwahrloste Ruinen in Dörfern und Städten und oft auch Abriss. Das ist nicht nur ein Verlust an Wohnraum und urbaner Verdichtung, auch geht mit jedem historischen Haus ein Stück kulturelle Identität verloren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verfahren prüfen, wie über einen längeren Zeitraum ungenutzte Immobilien wieder der Allgemeinheit zugänglich gemacht und erhalten werden können. Dazu gehört auch, über Formen der Enteignung nachzudenken, wenn Immobilienbesitzerinnen und -besitzer ihrer Verantwortung für ein Gebäude über Jahre nicht nachkommen. Wir werden zudem prüfen, welche Möglichkeiten zur Legalisierung so genannter Instandbesetzungen praktikabel und möglich sind.

### **Kultur- und Kreativwirtschaft eine Perspektive geben**

Kultur- und Kreativwirtschaft sind schon heute ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor in Sachsen-Anhalt. Die gewachsenen Strukturen und Potenziale wollen wir unter Einbeziehung der Kulturschaffenden gezielt fördern. Hier sehen wir die Möglichkeit, die Entstehung zahlreicher neuer Arbeitsplätze zu unterstützen.

Kultur ist heute ein beachtlicher so genannter weicher Standortfaktor im Ringen um die Neuansiedlung von Unternehmen. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist für das Management und die Beschäftigten sowie deren Familien ein wichtiges Argument.

Der Förderung des Kulturtourismus in Sachsen-Anhalt wollen wir einen höheren Stellenwert einräumen und dabei neben den Großstädten Magdeburg und Halle (Saale) auch die Potenziale der ländlichen Regionen stärker aktivieren. Hier sind insbesondere die Straße der Romanik, die Tourismusroute „Himmelswege“ mit dem multimedialen Besucherzentrum Arche Nebra, das Kloster Memleben, das Bauhaus Dessau, das Gartenreich Dessau/Wörlitz und die Luthergedenkstätten zu nennen.

### **Alternative Jugendkultur unterstützen**

Jugendkultur ist ein sich stetig wandelndes Phänomen. Kommunale Infrastruktur

muss sich dem anpassen, indem Raum zur Verfügung gestellt wird, in dem sich angehende Künstlerinnen und Künstler ausprobieren können. Dies kann geschehen, indem Wandflächen für Graffitis frei gegeben werden, um zu verhindern, dass wichtige Teile der Kultur kriminalisiert werden. Oder indem Jugend- und Begegnungsstätten mit Proberäumen ausgestattet werden. Dies kann eine Steigerung der Wohn- und Lebensqualität bewirken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen selbst organisierte Initiativen junger Kreativer und beharren nicht auf starren Strukturen und stehen für eine offene generationenübergreifende Kommunikation über die unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse.

### **Kultur finanziell absichern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Initiativen, die auf eine kommunale Kulturförderabgabe drängen. Diese Mittel müssen zweckgebunden eingesetzt werden.

Die Ausgaben für kommunale Kultureinrichtungen zählen zu den sogenannten freiwilligen Leistungen. Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt ist eine Kommune auf Grund geltenden Rechts gezwungen, die öffentliche Bibliothek zu schließen, kann aber eine neue Gemeindestraße bauen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das die falsche Priorität, denn zu einer funktionsfähigen Infrastruktur gehören zwingend Kultur- und Bildungseinrichtungen.

### ***Wer Grün wählt, ...***

- ... fördert die kulturelle Identität der Städte und ländlichen Regionen;
- ... stärkt den Denkmalschutz
- ... ist für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kulturschaffende;
- ... stärkt den Wirtschaftsfaktor „Kultur“;
- ... will Kultur für alle zugänglich machen.

## 11. FÜR EIN DIGITALES SACHSEN-ANHALT

*Information und Kommunikation, Datenaustausch und Vernetzung sind Kennzeichen einer modernen Informationsgesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine digitale Zukunft, die nicht nur ökonomische Verwertung oder staatliche Kontrollinteressen im Auge hat, sondern die Freiheit und Rechte der Nutzerinnen und Nutzer ins Zentrum stellt: „Deine Daten gehören dir und nicht einem Schnüffelstaat oder einer Schnüffelwirtschaft!“ Der Zugang zu neuen wie alten Medien ist in jeder Hinsicht (barriere-)frei zu gewährleisten. Medienkompetenz, informationelle Selbstbestimmung, umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte und Freiheit im Internet sind die Grundlagen für eine demokratische digitale Zukunft. Wir wollen die Chancen des Internets nutzen und nicht nur die möglichen Gefahren bekämpfen.*

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dabei nicht nur die vielen kleinen Stellschrauben drehen, sondern eine neue Politik für Datenschutz, Datensicherheit und selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger, im Internet wie in der realen Welt.*

### **Die Menschen digital an der Demokratie beteiligen**

Das digitale Zeitalter hat das Potenzial, politische und staatliche Entscheidungen transparenter zu machen und mehr Menschen zu beteiligen. Dies hat auch zur Folge, dass die Menschen im Land gegenüber staatlichen Institutionen gestärkt werden. Mitwirkungs- und Kontrollrechte können ausgebaut werden. Daher wollen wir die verfügbaren Informationen auf den Internetseiten öffentlicher Stellen drastisch erhöhen und für Nutzerinnen und Nutzer freundlicher gestalten. Sie sollen auch die Möglichkeit bekommen, Vorhaben zu kommentieren und im Netz zu diskutieren. Eine Voraussetzung ist, dass Informationen in einem freien Standard, also nicht in einem kommerziell geschützten Format bereitgestellt werden. Darüber hinaus wollen wir elektronische Petitionen auch in Sachsen-Anhalt möglich machen.

### **Freien Zugang zum Internet schaffen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen freien Internetzugang für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalts und die Netzneutralität gewährleisten. Frei bedeutet für uns nicht ohne Regeln, aber Netzsperrungen wie Sperr- und Stoppschildlösungen lehnen wir ab, weil sie leicht zu umgehen sind. Außerdem sind entsprechende Sperrungen bereits der Einstieg in eine Zensur des Internets. Dem Missbrauch des Internets durch kriminelle Handlungen (z.B. Kindesmissbrauch) kann nur durch Löschung der Daten begegnet werden – auch bei Betreibern ausländischer Server.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für rechtliche Rahmenbedingungen ein, durch die Internetnutzerinnen und -nutzer anderen die Nutzung gewähren können, ohne Angst vor Kündigung durch den Provider, vor Schadenersatzforderungen oder vor Haftungsproblemen haben zu müssen.

In allen Städten und Dörfern Sachsen-Anhalts muss es endlich möglich sein, einen schnellen Zugang zum Internet zu erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich konsequent für den Ausbau des Breitbandnetzes ein. Für uns ist die Breitbandversorgung Teil der Daseinsvorsorge.

Für Menschen mit Behinderungen ist die gleichberechtigte Teilhabe an Informationen

zu sichern. Sachsen-Anhalt muss endlich die auf Bundesebene geltende „Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung“ in Landesrecht übernehmen.

### **Über persönliche Daten selber bestimmen**

In allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens wachsen die Möglichkeiten der Informations- und Datenverarbeitung (IT-Technik). Vom PC zu Hause bis zur Datenerfassung auf Autobahnen (Maut-System), von der Online-Durchsuchung bis zum Ganzkörper-Scannen von Flugpassagieren, vom Handy bis zur Überwachungskamera gibt es kaum eine Alltagssituation, in der es nicht möglich ist, Menschen auszuspähen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten darum dafür ein, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, nämlich grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen, als Grundrecht in Verfassung und Grundgesetz einzufügen. Jede Datenschnüffelei lehnen wir ab. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2010 die Vorratsdatenspeicherung gekippt und das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme (Grundrecht auf digitale Intimsphäre) begründet. Wir werden uns gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung zur Wehr setzen und streiten auch auf europäischer Ebene gegen neue Möglichkeiten der Überwachung.

Datensicherheit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Datenschutz der Zukunft. Die Datenskandale der vergangenen Jahre haben wiederholt gezeigt, dass vor allem Unternehmen wenig Interesse an der Sicherheit und dem Schutz unserer persönlichen Daten haben. So werden Daten schamlos weitergegeben oder gar verkauft. Auch wenn Milliardenumsätze mit unseren persönlichen Daten erzielt werden, wird den einzelnen Daten kein angemessener Wert zugesprochen. Daten werden immer noch wie freie und besitzerlose Güter gehandelt.

Doch sowohl für den Staat als auch für die Unternehmen ist es von Interesse, wenn Bürgerinnen und Bürger frei von Angst vor Missbrauch oder Datendiebstahl neue Technologien nutzen können. Sie brauchen die Sicherheit, dass nicht jede Information, die sie einmal von sich preisgeben, sofort verwertet, verkauft und gegen sie verwendet werden kann. Darum wollen wir nicht nur die Strafzahlungen für Vergehen gegen den Datenschutz erhöhen, sondern künftig auch konkrete Entschädigungen und Strafzahlungen an Betroffene von Datenschutzverstößen, auch bei immateriellen Schäden, prüfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reichen die einfachen Widerspruchsmöglichkeiten des derzeitigen Melderegistergesetzes nicht aus. Wir halten es für dringend erforderlich, die Meldedaten, zu deren Abgabe die Bürgerinnen und Bürger verpflichtet sind, besser zu schützen. Mit einer Änderung des Landesmeldegesetzes wollen wir sicherstellen, dass die Weitergabe von Meldedaten an kommerzielle Private und Parteien generell von der vorherigen Einwilligung jeder und jedes Einzelnen abhängig gemacht wird (Einwilligungsvorbehalt).

Um Verstöße schneller und angemessener ahnden zu können, bedarf es einer starken und unabhängigen Datenschutzaufsicht. In Sachsen-Anhalt ist der Datenschutz im öffentlichen und privaten Bereich immer noch getrennt der Aufsicht des Landesbeauftragten und dem Landesverwaltungsamt zugeordnet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Aufgaben allein beim Landesbeauftragten für Datenschutz zusammenführen. Außerdem streben wir ein Datenschutz-Audit-Gesetz an, um das Einhalten von Vorschriften beim Umgang mit Daten bei Behörden und Unternehmen bewerten zu können. Die Herkunft von Daten muss lückenlos nachgewiesen und eine vollständige Selbstauskunft über gespeicherte Daten ermöglicht werden.

### **Datenschutz bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auf Bundesebene für ein eigenständiges ArbeitnehmerInnen-Datenschutzgesetz stark machen. Die Datenkrake ELENA, bei der standardmäßig die Daten von Millionen Beschäftigten inklusive beispielsweise Informationen zu Krankheiten zentral gespeichert werden, lehnen wir ab. Mit der Umsetzung von ELENA wird massiv in die Persönlichkeitsrechte von Millionen Menschen eingegriffen. Dies hat nichts mit unseren Zielen von Entbürokratisierung und Datenschutz zu tun.

### **Transparenz behördlichen Handelns erhöhen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Informationsrechte von Bürgerinnen und Bürgern weiter ausbauen. Auch mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Informationszugangsgesetzes in Sachsen-Anhalt gibt es Probleme bei der Umsetzung. Nach wie vor ist der Schutz behördlicher Informantinnen und Informanten nicht gesetzlich geregelt und der Zugang zu Informationen für Bürgerinnen und Bürger nicht einfach genug. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen vor allem die Hürden, die durch entstehende Kosten verursacht werden, abbauen. Elektronische Akten bei den Behörden sollen so eingerichtet sein, dass Daten und Dokumente ohne Verletzung des Datenschutzes auch (elektronisch) einsehbar sind. Das so genannte Amtsgeheimnis muss zunehmend der Vergangenheit angehören. Denn offenes und transparentes Verwaltungshandeln bedeutet nicht nur direkte Kontrolle staatlicher Aktivitäten, sondern fördert zugleich aktives demokratisches Handeln engagierter Bürgerinnen und Bürger.

### **Freie Software nutzen**

Durch Behörden sowie in der Wissenschaft mit Steuermitteln erstellte Wissenssammlungen wie Dokumente, Karten, Broschüren usw. müssen für die Allgemeinheit im nicht-kommerziellen Rahmen nutzbar sein. Dies setzt voraus, dass sie durch den Einsatz von offener und freier Software allen Bürgerinnen und Bürgern uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Hier bestehen in Sachsen-Anhalt noch große Defizite. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Einsatz von free/libre und Open Source Software (FLOSS) in öffentlichen Institutionen fördern und ihre Akzeptanz in der Öffentlichkeit steigern. Damit lassen sich zugleich Lizenzgebühren senken und langfristig staatliche Ausgaben einsparen. Außerdem wird das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewältigung von Aufgaben und Vorhaben durch Wissenszuwachs gestärkt.

### **Informationstechnologie nachhaltig gestalten**

In der Informationstechnologie sind gegenwärtig noch Produkte notwendig, deren Materialverbrauch an wertvollen Metallen und giftigen Schwermetallen sehr hoch ist. Auch führen immer höhere Rechnerleistungen und die Konzentration von Rechnerdienstleistungen zu immer höherem Energieverbrauch.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass auch die Informationstechnologie, sowohl in der Herstellung ihrer Produkte als auch in deren Anwendung ein auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Wirtschaftszweig wird. Auf diesem Gebiet wollen wir die Forschung in Sachsen-Anhalt vorantreiben, um mehr neue Jobs durch nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen.

### **Wirtschaftliche Chancen nutzen**

Im IT-Markt gibt es Chancen für das Land auf Einsparungen und zusätzliche Einnahmen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nutzen wollen. Die Landesregierung gibt als Großkunde viel Geld für spezielle Software bei Fachverfahren aus.

Wir wollen hier durch frühzeitige Bekanntgabe der jeweiligen Anforderungen den Wettbewerb unter den Anbietern verstärken, um auch nicht etablierten Anbietern Chancen zu einem Angebot zu geben. Zudem wollen wir die Kosten der Verwaltung senken. Den elektronischen Briefkasten zum Beispiel, den die EU-Dienstleistungsrichtlinie verlangt, sehen wir als Chance, mehr Kommunikation papierlos und unkomplizierter abzuwickeln.

### **Medienvielfalt entwickeln**

Die klassischen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen sind in Sachsen-Anhalt relativ gut vertreten. Mit Sorge sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allerdings die Verdichtung zu Medienkartellen. Es entsteht eine Gefahr für die freie, vielfältige, unabhängige und umfängliche Meinungsbildung, die der Demokratie im Lande schaden kann. Während es beim Rundfunk noch mehrere Anbieter gibt, ist die Abhängigkeit beim Fernsehen von einem öffentlich-rechtlichen Sender bereits gegeben. Die beiden großen Landeszeitungen haben ihr Verbreitungsgebiet klar abgegrenzt, so dass Informationen aus dem jeweils anderen Gebiet nur in begrenztem Maß zugänglich sind. Eine vielfältige Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt und verhindert unkritische Einheitsmeinungen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten konsequent für die Stärkung der Unabhängigkeit der Medienanstalt Sachsen-Anhalt ein. Eine politische Einflussnahme auf die Medien darf es nicht geben.

Freie Medien schreiben in Sachsen-Anhalt Erfolgsgeschichten. Wir setzen uns für vielfältige freie Bürgermedienangebote nicht nur in Schulen und Volkshochschulen ein und werden diese weiter auch finanziell fördern. Bürgermedienkompetenz wird vor allem dadurch gestärkt, dass Bürgerinnen und Bürger selbst Hörfunk-, Fernseh- und Internetangebote gestalten und sich direkt und aktiv am medialen Meinungsbildungsprozess beteiligen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch mit dem Hörfunk ins digitale Zeitalter. Künftige Ausschreibungen und Verlängerungen von UKW-Frequenzen wollen wir an die Nutzung einer digitalen terrestrischen Übertragung binden. Dabei soll eine analoge

Grundversorgung in einem sozial und ökologisch verträglichen Übergangszeitraum gewährleistet bleiben.

Besondere Verantwortung bei der Vermittlung von Medienkompetenz haben Schule und andere Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen, Kultur- und Jugendeinrichtungen. Vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene benötigen Unterstützung beim Umgang mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten des digitalen Zeitalters. Gefahren müssen erklärt, über Datenschutz muss aufgeklärt und das sachdienliche Nutzen der Medien gelehrt werden.

***Wer Grün wählt, ...***

- ... setzt sich für ein freies, unzensuriertes Internet ein, in dem geltendes Recht angewendet wird;
- ... will ein vielfältiges, unabhängiges Medienangebot in Sachsen-Anhalt, in dem Bürgermedien gefördert werden;
- ... will uneingeschränkten Zugang zu Informationen staatlicher Behörden und Einrichtungen;
- ... lehnt jede Datenschnüffelei ab und will über personenbezogene Daten selbst bestimmen.

## 12. FÜR EIN WELTOFFENES SACHSEN-ANHALT

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind – in Ost und West – aus vielen und unterschiedlichen Bürgerrechtsbewegungen entstanden, die im offenen und streitbaren Dialog eine demokratische Gesellschaft gestalten wollen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt ein, das attraktiv für Zuwanderung ist. Wer nach Sachsen-Anhalt kommt, findet große Freiräume vor. Wir werben bei Deutschen und Nichtdeutschen, diese zu nutzen. Sachsen-Anhalt muss jedoch mehr für die Integration tun. Gerade für Flüchtlinge, die schutzsuchend zu uns kommen, wollen wir bessere Lebensbedingungen und Perspektiven.*

*Deshalb streiten wir für starke Bürgerrechte und setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Sachsen-Anhalt mitbestimmen können und engagieren uns gegen Neonazis.*

*Es reicht nicht aus, wenn das Land ein „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ gründet und an Vereine, Kirchen und andere Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft appelliert, dieses mit Leben zu erfüllen. Den Sonntagsreden müssen im Regierungsalltag auch Taten folgen. Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz sind nur so gut, wie sie jede Einzelne und jeder Einzelne vor Ort erlebt.*

### **Bürgerrechte schützen**

Bürgerrechte, wie das Recht auf Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, das Gleichheitsgebot und das Wahlrecht, sind Schutz- und Leistungsrechte, durch die Menschen frei leben können. Bürgerrechte werden dort eingeschränkt, wo – egal ob durch Behörden oder die Privatwirtschaft – ein Überwachungsnetz geschaffen wird. Wer Bürgerrechte beschränkt, will Freiheit beeinträchtigen. Dies gilt auch in Sachsen-Anhalt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nicht mehr als ein Minimum an derartigen Eingriffen zulassen. Wir verlangen daher stets eine an der Freiheit orientierte Abwägung dort, wo sich Eingriffe nicht vermeiden lassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Bürgerrechte für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalts gelten. Wir wollen in unserem Lande keine Menschen erster Klasse (Deutsche) und Menschen zweiter Klasse (Nichtdeutsche). Dazu gehört, dass alle Menschen über weitgehende Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in allen Fragen verfügen, die ihr Leben betreffen. Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen keinen Platz haben.

Die Versammlungsfreiheit ist ein elementares Grundrecht. Mit Versammlungen üben Menschen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung aus. Das soll erleichtert und nicht erschwert werden. Das Versammlungsrecht muss durch die Versammlungsbehörden und die Polizei grundrechtsfreundlich ausgelegt und angewandt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass zwischen den Bundesländern Einvernehmen über die Ausgestaltung der Versammlungsgesetze in den jeweiligen Ländern erzielt wird, um Rechtsunterschiede zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden und die Polizei bei den häufig länderübergreifenden Einsätzen bei Versammlungen zu unterstützen.

### **Mit Zuwanderung Sachsen-Anhalts Zukunft sichern**

Die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt gilt vielen als zentrales Problem des Landes, blendet aber eine zweite Seite aus: Während jedes Jahr etwa 50.000 Menschen



Sachsen-Anhalt verlassen, wandern gleichzeitig etwa 30.000 zu. Die meisten davon kommen aus anderen Bundesländern, sehr wenige aus dem Ausland. Nicht der Umstand, dass junge Menschen aus Sachsen-Anhalt auf der Suche nach Arbeit und Ausbildung das Bundesland verlassen, ist das Problem, sondern dass zu wenige von ihnen zurückkommen und zu wenige andere sich im Land neu niederlassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Sachsen-Anhalt für Zuwanderung aus dem In- und Ausland attraktiv machen. Diese innerdeutschen Zuwandererinnen und Zuwanderer sollen sich ebenso wie jene aus dem Ausland eingeladen fühlen, die bestehenden Freiräume in Sachsen-Anhalt auszufüllen.

Damit wollen wir den zurückgehenden Bevölkerungszahlen entgegenwirken. Ziel muss es sein, dass so viele Menschen zuwandern wie abwandern. Junge Zuwandererinnen und Zuwanderer gründen hier ihre Familien. Zudem stehen sie für den Ausbildungsmarkt zur Verfügung und haben das Potenzial, spätere Fachkräfte zu werden. Kehren sie in ihre Herkunftsregionen zurück, nehmen sie persönliche und wirtschaftliche Kontakte mit – mit allen Chancen für weitere kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen.

Der Fachkräftemangel wird mehr und mehr zur Wachstumsbremse für sachsen-anhaltische Unternehmen. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte bietet daher über den bloßen Bevölkerungszuwachs hinaus die Chance, für Beschäftigung zu sorgen. Um Sachsen-Anhalt für sie attraktiv zu machen, müssen die Hürden für Zuwanderung gesenkt werden. So wollen wir die Einkommensgrenze für Arbeitskräfte aus dem Ausland senken und den Verbleib internationaler Studierender vereinfachen. Bildungsabschlüsse aus anderen Ländern wollen wir leichter anerkennen und Angebote unterbreiten, sie mit Hilfe von Fortbildungen deutschen Abschlüssen vergleichbar zu machen.

Doch Sachsen-Anhalt wird für viele deutsche und nichtdeutsche Zuwanderinnen und Zuwanderer nur dort attraktiv sein, wenn es sich als weltoffen und tolerant präsentiert. Dazu ist die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein Schlüssel.

### **Migrantinnen und Migranten integrieren**

In Sachsen-Anhalt leben rund 40.000 Nichtdeutsche. Sie stammen aus etwa 160 verschiedenen Ländern. Verglichen mit anderen Bundesländern ist ein Migrationsanteil unter 2 Prozent sehr gering.

Deshalb fehlt es an Begegnung mit Migrantinnen und Migranten im Alltag; Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile dagegen entwickeln sich stärker und werden oft länger beibehalten. Die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist eine Notwendigkeit in einer zunehmend globalisierten Welt. Sie ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch eine wichtige Hilfe für die Mehrheitsgesellschaft. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt Integration, sich mit- und untereinander auszutauschen, einen Dialog der Kulturen zu führen und voneinander zu lernen. Rechte von Minderheiten, gerade auch von Menschen, die zu uns geflüchtet sind, gilt es zu sichern.

Integration verlangt Anstrengungen von allen Seiten. Aber sie birgt auch enorme

Möglichkeiten, die von unserer Mehrheitsgesellschaft bisher viel zu wenig genutzt werden. Kulturelle Vielfalt wird heute schon in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Sport als Selbstverständlichkeit und Bereicherung empfunden.

Keine demokratische Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, Teile ihrer Bevölkerung von rechtlicher oder politischer Teilhabe auszuschließen. Wir wollen deshalb unnötige Hürden zur Einbürgerung abbauen. Wer seinen Lebensmittelpunkt in einer Kommune in Sachsen-Anhalt hat, muss hier auch politisch mitentscheiden können.

Der in Sachsen-Anhalt begonnene Dialog, den Nationalen Integrationsplan im Land umzusetzen, steckt immer noch in den Kinderschuhen. Viele Initiativen und Vereine, Migrant-Selbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen mühen sich, die Bedingungen in unserem Land für Migrantinnen und Migranten zu verbessern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb Aktivitäten und Projekte, die Wissen über andere Kulturen vermitteln und sich für die Achtung der Würde aller Menschen einsetzen.

Integration gelingt nur von beiden Seiten. Migrantinnen und Migranten müssen unsere verfassungsmäßige Ordnung respektieren und sich auf ein Zusammenleben einlassen. Die Mehrheitsgesellschaft muss sich öffnen und lernen, mit anderen Alltagskulturen und Religionen umzugehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein selbstbestimmtes Leben und die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen ein. Zur Förderung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten wollen wir verbesserte Möglichkeiten einer Anstellung im öffentlichen Dienst schaffen – an Schulen, in der Verwaltung, bei der Polizei oder den sozialen Diensten. Denn auch hier muss sich die zunehmende kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln.

Integration muss auch über Bildung ermöglicht und gefördert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner gleichen Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt erhalten – auch Migrantinnen und Migranten. Vordringliche Aufgaben sind hier: die erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen, die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit einem Aufenthaltsstatus und der ungehinderte Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungen.

Schüleraustausche, internationale Praktika für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende dienen der Integration und werden von uns gefördert. Wir setzen auch auf den internationalen Austausch und die Zusammenarbeit auf kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene in den Kommunen. Städtepartnerschaften wollen wir ausweiten und attraktiver gestalten.

### **Asylbewerberinnen und Asylbewerber menschenwürdig begegnen**

Krieg und Terror, Hunger und Not zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen oder zu flüchten. Alle Asylsuchenden, die nach Sachsen-Anhalt kommen, werden in der „Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber-“ (ZAST) bis zu drei Monaten in einer ehemaligen Kaserne vor den Toren Halberstadts und im ungünstigsten Fall bis zu zwölf Monaten in einer Gemeinschaftsunterkunft am gleichen Ort untergebracht. Danach werden sie auf teilweise menschenunwürdige Gemeinschaftsunterkünfte in den Land-

kreisen verteilt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen dieses Verfahren ab und setzen sich sowohl für die Abschaffung der Aufenthaltspflicht in einem bestimmten Landkreis (Residenzpflicht) als auch für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Wohnungen – wie es gesetzlich möglich ist – ein. Insbesondere sind die Gemeinschaftsunterkünfte in Möhlau (Landkreis Wittenberg) und Harbke (Bördekreis) zu schließen.

In Sachsen-Anhalt leben viele ausländische Familien in ständiger Angst, weil ihnen kurzfristig die Abschiebung droht. Oft leben diese so genannten Geduldeten jahrelang in unserem Land und sind bestens integriert. Sie in ein Land abzuschicken, das ihre Kinder oft nur aus Erzählungen kennen und dessen Sprache sie nicht sprechen, ist nicht vertretbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihnen einen gesicherten Aufenthalt ermöglichen. Auch so genannte Illegale – also Menschen ohne legales Aufenthaltsrecht in Sachsen-Anhalt – müssen medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne Angst vor Entdeckung haben zu müssen. Ihren Kindern wollen wir den Schulbesuch ermöglichen.

Viele Flüchtlinge bekommen heute kein Bargeld, sondern müssen Gutscheine nutzen, mit denen sie ihren gesamten Einkauf für zwei bis vier Wochen auf einmal tätigen müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich auch auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark. Auf die Landkreise und Städte wollen wir einwirken, Bargeld zu zahlen statt Gutscheine auszugeben.

### **Menschen- und Demokratiefeindlichkeit entgegentreten**

Der Sachsen-Anhalt-Monitor von 2009 weist trotz leichten Rückgangs viele rassistische Einstellungen und Vorurteile nach – z.B. sagen 10 Prozent der Befragten, man solle Ausländerinnen und Ausländern jede politische Betätigung untersagen und 40 Prozent erwarten eine Anpassung des Lebensstils an den der Deutschen. Seit Jahren führt Sachsen-Anhalt zudem die Statistik rechter Gewalt an. Jedes Jahr werden mehrere Hundert Menschen in Sachsen-Anhalt Opfer rechter Gewalttaten. Neonazis schlugen in den vergangenen Jahren mindestens 9 Menschen in unserem Bundesland tot.

Der Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen bedroht unsere Demokratie, die Menschenwürde und eine weltoffene Gesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen diese Gefahr ernst. Eine Relativierung des Rechtsextremismus mit Hinweis auf andere Formen des Extremismus oder des Islamismus verharmlost die Gefahr. Das ist leichtsinnig und inakzeptabel. Die Kriminalisierung von Protest und Engagement gegen Neonazis als Linksextremismus weisen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden zurück.

Die Wachsamkeit gegenüber allen menschen- und demokratiefeindlichen Tendenzen und Aktivitäten in unserem Land muss verstärkt werden. Seit langem ist die Zusammenarbeit zwischen Freien Kameradschaften und den Parteien der extremen Rechten bekannt. Dieses Zusammenspiel ist mit aller Konsequenz aufzudecken und zu bekämpfen.

Ebenso schwer wie rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bedroht eine um sich greifende neonazistische Jugend- und Alltagskultur das demokratische Gemeinwesen. Rechte Musik und Kleidung sind in der Alltagskultur insbesondere von Jugendli-

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

chen heute weit verbreitet. Neonazis schaffen sich zudem mit ihren Familien Rückzugsräume im Privaten und drängen von dort beispielsweise in Elternräte, soziale Gruppen und Bürgerinitiativen. Notwendig ist eine stabile Jugendarbeit in den Kommunen und professionelle Unterstützung für alle, die sich gegen Neonazis und für die Demokratie engagieren.

Staatliches und insbesondere polizeiliches Handeln gegen Neonazis muss schnell, konsequent und mit dem Blick für (potenzielle) Opfer rechter Gewalt erfolgen. Entsprechende Strukturen müssen flexibel sein. Wir wollen daher mobile Polizeieinheiten gegen Rechtsextremismus schaffen, die bei den Polizeidirektionen angesiedelt sind.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine umfassende und gerichtsverwertbare Untersuchung hinsichtlich der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates durch verfassungswidriges Verhalten der NPD ein. Wir wollen im Bundesrat auf eine entsprechende Initiative hinwirken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen lokale Bürgerbündnisse und Initiativen gegen Rechts und arbeiten in ihnen aktiv mit. Dringend erforderlich ist ein Landesprogramm für Demokratieentwicklung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die erfolgreichen Förderprogramme gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz in geteilter Verantwortung von Bund und Land fortführen. Sie sind als kontinuierliche Programme auszugestalten. Zivilgesellschaftliche Träger von Projekten müssen Förderanträge wieder direkt stellen können, nicht nur Kommunen. Die Antragsbürokratie wollen wir vereinfachen und unvertretbare Hürden aus der Pflicht beseitigen, weitere Geldgeber nachzuweisen (Kofinanzierung).

Für die durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ geförderten Lokalen Aktionspläne (LAP) sind von der Bundesregierung bislang keine Perspektiven zur Fortführung der lokalen Präventionsarbeit aufgezeigt worden. Für diejenigen Kommunen, die die Arbeit auf hohem Niveau fortsetzen wollen, sehen wir das Land bei der Gewährung einer anteiligen Finanzierung für die Koordinierungsstellen in der Pflicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben an, zivilgesellschaftliche Beratungsprojekte wie in Nachbarbundesländern zu „Regionalzentren für Demokratie“ zusammenzuschließen. An diese Einrichtungen können weitere regionale Projekte und Initiativen zur Demokratieförderung wie „Schule ohne Rassismus“ oder aus dem Bildungsbereich angesiedelt werden.

Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist es, demokratische Mitbestimmung zu stärken. Wer Verantwortung in Schule und Betrieb, in Vereinen und gesellschaftlichen Initiativen übernimmt, wird weniger anfällig für demokratiefeindliches Gedankengut.

### **Erinnerungskultur entwickeln**

In Sachsen-Anhalt befinden sich zahlreiche Orte des Gedenkens an die beispiellosen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur. Außerdem finden sich Gedenkstätten an die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der sowjetischen Besatzung sowie der SED-Diktatur in der DDR. Nur einige von ihnen sind in der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ aufgenommen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Gedenkstätten Räume lebendiger Auseinandersetzungen und Orte immer neuer Fragen an die Vergangenheit und des Handelns in der Gegenwart. Ihre politische Instrumentalisierung weisen wir zurück. Wir wollen die Erinnerungskultur entwickeln und unterstützen und besonders die Bildungsarbeit an den Gedenkstätten fördern.

Es darf nicht sein, dass die wenigen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich um kleine Gedenkorte kümmern, oder die Kommunen allein gelassen werden. Erforderlich ist eine finanzielle Förderung durch das Land, um die beschämende Sorge um eine mögliche Vernachlässigung der Gedenkstätten zu mindern.

### **Freiwilligendienste stärken**

Bei der Gestaltung eines weltoffenen und demokratischen Sachsen-Anhalts wirken die vielfältigen Freiwilligendienste vom klassischen Freiwilligen Sozialen Jahr bis zum Freiwilliges Ökologisches Jahr oder dem Freiwilligen Sozialen Jahr Politik wesentlich mit.

Dies setzt langfristige und fachlich kompetente sowie verlässliche Strukturen voraus. Dafür braucht es finanzielle Sicherheit. Wir lehnen darum Kürzungen für die Freiwilligendienste im Landeshaushalt ab. Einsparungen im Sozial- und Jugendbereich zahlen sich nicht aus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Reform des Zuwendungsrechts für die Tätigkeit von gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen ein. Dazu gehören eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes für die Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger sowie mehr Rechtssicherheit und Gestaltungsfreiheit.

### **Europäisch denken und handeln**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für eine stärkere Gewichtung der Europapolitik in Sachsen-Anhalt, denn wichtige Themen für das Land Sachsen-Anhalt wie Klimaschutz, Bildungs- und Hochschulpolitik, Chemiepolitik, Struktur- und Agrarpolitik werden in Brüssel gestaltet; ein Teil des Geldes, das im Land ausgegeben wird, kommt aus EU-Fonds und es gibt nur noch wenige gesetzliche Regelungen, die ohne europäischen Einfluss sind. Viele Regelungen, die auf Landesebene umgesetzt werden müssen, werden in Brüssel formuliert und beschlossen. Wer heute Politik im Land wirksam gestalten will, muss die bestehenden Einflussmöglichkeiten auf europäischer Ebene nutzen, sonst tun es andere.

Die derzeitige Landesregierung macht von diesen Möglichkeiten zu wenig Gebrauch. Daher werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die organisatorischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen schaffen, damit Sachsen-Anhalt im Konzert der Regionen wahrgenommen wird. Dies erreichen wir durch eine effizientere Organisation und Ausstattung der Landesvertretung in Brüssel mittels besserer Kooperationsstrukturen mit den Nachbarbundesländern, der Einführung eines Poolmodells für eine kontinuierliche personelle Absicherung der Interessenvertretung in Brüssel, durch die Einführung eines EU-PraktikantInnenprogramms und die Durchsetzung von Fremdsprachenkenntnissen und EU-Kompetenz als Voraussetzung für die Erlangung von Führungspositionen in den obersten Landesbehörden.

Mit der Subsidiaritätsprüfung aus dem Lissabon-Vertrag kann das Land mitbestim-

men, was Europa entscheiden soll und darf. Dies eröffnet auch die Möglichkeiten, europäischen Themen in der Landesverwaltung und im Landtag von Sachsen-Anhalt endlich die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt.

Gerade im Umweltbereich werden EU-Richtlinien häufig mit großer Verspätung im Land umgesetzt.

Eine solche Verwaltungspraxis bringt Sachsen-Anhalt nicht nur einen schlechten Ruf ein, sondern führt zudem noch zu lähmender Rechtsunsicherheit. Wir Grüne werden dafür sorgen, dass europäisches Recht zeitnah umgesetzt wird.

Mit der Europäischen Bürgerinitiative können Bürgerinnen und Bürger Themen in Brüssel direkt auf die Tagesordnung bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden dafür sorgen, dass hierüber umfangreich informiert wird, damit diese Rechte auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können.

***Wer Grün wählt, ...***

- ... stärkt die Bürgerrechte für alle in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen;
- ... will Sachsen-Anhalt für mehr Zuwanderung attraktiv machen und dafür z.B. Bildungsabschlüsse von Zugewanderten besser anerkennen;
- ... stimmt für ein Landesprogramm zur Demokratieentwicklung und gegen den Rechtsextremismus;
- ... stärkt die Freiwilligendienste.

## 13. FÜR EIN DEMOKRATISCHES SACHSEN-ANHALT

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Transparenz in allen politischen Entscheidungsprozessen. Wir wehren uns gegen eine Politik hinter verschlossenen Türen, in der Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern degradiert werden.*

*Wir setzen uns für eine demokratische Gesellschaft ein, an der es Spaß macht, sich zu beteiligen. Demokratie ist mehr als das Recht, wählen zu gehen.*

*Die Wurzeln unserer Partei liegen in der Demokratie- und Bürgerbewegung der DDR und den westdeutschen Bürgerbewegungen. Als Freiheits- und Bürgerrechtspartei haben wir einen entscheidenden Beitrag für die Demokratisierung unserer Gesellschaft, die Rechte der Minderheiten und die Selbstbestimmung der Menschen geleistet. Doch das Ziel „mehr Demokratie wagen“ ist keineswegs überholt. Wir leiten aus unseren Ursprüngen einen Auftrag für die Zukunft ab und begreifen Demokratie nicht als Zustand, sondern als Prozess, den wir mit allen in der Gesellschaft gestalten wollen.*

### **Mehr Einmischen ermöglichen**

Eine starke Demokratie lebt von der beständigen Einmischung aller Menschen in die öffentlichen Belange. In Sachsen-Anhalt aber wird eine demokratische Mitwirkung immer mehr auf Wahlen beschränkt oder in das Ehrenamt von Vereinen und Bürgergruppen verschoben. Noch ein Jahr vor der Landtagswahl meinte der CDU-Ministerpräsident, Sachsen-Anhalt käme auch mit einem Teilzeitparlament aus. Nach diesem Verständnis wird Politik in den Hinterzimmern einer Regierung gemacht. Und das Volk darf gelegentlich deren Wohltaten beklatschen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie teilhaben – und zwar in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Demokratie darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss von den Bürgerinnen und Bürgern auch wahrgenommen werden können. Wir brauchen einen gelebten demokratischen Rechtsstaat, der ein Garant für Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit ist.

Gewaltenteilung ist ein Grundsatz unserer Demokratie. Doch noch immer nehmen Ministerinnen und Minister gleichzeitig auch ein Landtagsmandat wahr. Faktisch wird dadurch die Kontrolle der Regierung durch das Parlament untergraben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine strikte Trennung von Regierung und Parlament und damit eine Stärkung demokratischer Grundregeln. Wir werden deshalb auch die Landesbeauftragten direkt beim sachsen-anhaltischen Landtag ansiedeln. Ihre Arbeitsstruktur ist dabei so auszustatten, dass von ihnen Impulse für den Landtag und die Landesverwaltung erwachsen können.

### **Hürden an demokratischer Teilhabe abbauen**

Eine lebendige Demokratie hängt nicht nur davon ab, wer regiert, sondern auch davon, wie sie gestaltet ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen über wichtige politische Fragen abstimmen lassen. Überflüssige Hürden werden wir abbauen. Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, ist Pflicht eines Landes und kein Gnadengeschenk.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagswahlprogramm 2011**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zahl der notwendigen Stimmen zur Herbeiführung von Volksinitiativen, Einwohner- oder Bürgerinitiativen ebenso senken wie bei den entsprechenden Begehren und Entscheiden. Ein Volksentscheid soll dann erfolgreich sein, wenn mehr gültige Ja- als Nein-Stimmen vorliegen. Die direktdemokratischen Instrumente sollen so bürgerfreundlich gestaltet sein, dass es zu einer lebendigen demokratischen Praxis kommt, die die Gesellschaft stärkt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen erreichen, dass auch Ausschusssitzungen des Landtages öffentlich stattfinden und die Protokolle einsehbar sind.

Mitbestimmung setzt Wissen um die demokratischen Prozesse voraus. Die Landeszentrale für Politische Bildung muss deshalb zu einem echten Motor der Demokratieentwicklung werden. Dazu werden wir sie neu strukturieren und ihre inhaltlichen Angebote umgestalten, dass die Prioritäten in den Bereichen gesetzt werden, in denen demokratisches Handeln lernbar und erfahrbar wird.

### **Gesellschaftliche Willensbildung und Mitwirkung stärken**

Eine demokratische Gesellschaft kann nur durch Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Deren Möglichkeiten zur Mitwirkung sind zu erweitern. Bürgerschaftlichem Engagement in Initiativen, Vereinen und Verbänden ist bei Entscheidungen in zuständigen Gremien größere Bedeutung beizumessen, etwa durch Anhörungen und Stellungnahmen.

Bei Vorhaben in den Landkreisen und Kommunen sollen betroffene Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, angehört zu werden. Solch ein Anhörungsrecht soll bei der Gesetzgebung im Landtag auch den Kommunen eingeräumt werden, wenn kommunale Belange berührt werden.

Um bürgerschaftliches Engagement und Mitwirkung zu stärken, sollen Bürgerinitiativen wieder das Recht erhalten, den kommunalen Parlamenten Vorschläge zu unterbreiten und über deren Behandlung unterrichtet werden.

### **Bürgerfreundliche, transparente und effiziente Verwaltungsstruktur schaffen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine effiziente, transparente und bürgernahe Verwaltung. Die Zuständigkeiten von unterster, oberer und oberster Instanz sind neu zu regeln. Es kann nicht sein, dass nach der umstrittenen Kreisgebiets- und Gemeindegebietsreform die Aufgabenverteilung (Funktionalreform) nach wie vor unerledigt bleibt. Eine Novellierung der Landkreis- und Gemeindeordnung ist zwingend erforderlich. Die Entscheidungsbefugnis auf kommunaler Ebene muss erhöht werden.

Die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes gehören auf den Prüfstand. So sie in den Gemeinden und Landkreisen besser erledigt werden können, sollen sie dort angesiedelt werden. Zudem können Aufgaben der bestehenden Landesämter in das Landesverwaltungsamt überführt werden.

Sachsen-Anhalt als kleines Bundesland sollte, wo immer möglich, die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern suchen, insbesondere mit Sachsen und Thüringen. Gerade bei Fachbehörden kann eine Bündelung des Sachverstands in länderübergreifenden Ämtern die Effizienz verbessern. Hierin kann ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Zusammenschluss von Bundesländern bestehen.



### **Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten**

Der demokratische Rechtsstaat achtet und schützt die Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger. In einer offenen Gesellschaft leben selbstbewusste Menschen ohne Angst vor Überwachung. Sie sollen sich frei und in Sicherheit entfalten können. Terrorismus und Kriminalität wollen wir bekämpfen, ohne Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken.

Zur Abwehr von Gefahren und zur Strafverfolgung darf der Staat in den Grenzen der Verhältnismäßigkeit auch in Freiheitsrechte eingreifen. Dieser rechtsstaatliche Grundkonsens wird unter Hinweis auf eine vermeintliche Bedrohung durch den internationalen Terrorismus zunehmend ausgehöhlt und in Frage gestellt. Darum werden wir uns allen Bestrebungen entgegenstellen, unter dem Deckmantel der Terrorismusprävention den Rechtsstaat auszuhöhlen.

Eine Vermischung von Aufgaben der Polizei mit denen des Verfassungsschutzes lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich ab. Es darf keinen Geheimdienst mit polizeilichen Befugnissen geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schließen sich den Bedenken des Landesdatenschutzbeauftragten zu bisweilen unverhältnismäßigen Eingriffsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes beispielsweise beim Speichern personenbezogener Daten von Minderjährigen an. Wir wollen die Kompetenzen des Verfassungsschutzes auf das absolut Notwendige zurückfahren und das parlamentarische Kontrollgremium in seinen Rechten stärken.

Der Wirtschaftskriminalität ist wirksamer zu begegnen. Korruption und Verschwendung von Finanzen muss konsequent entgegen getreten werden. Mehr Transparenz und verantwortungsvolle Kontrolle sind nötig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung eines Korruptionsregisters und eines verbindlichen Verhaltenskodexes zum Schutz von gesellschaftlichem und privatem Vermögen ein.

Allgemeine Videoüberwachung im öffentlichen Raum verlagert Kriminalität, ohne sie zu reduzieren. Vielmehr stellt sie die Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Daher lehnen BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN die Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze ab. Die Präsenz von Beamtinnen und Beamten vor Ort trägt weitaus mehr zur Sicherheit und zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung bei.

Polizeiliche Doppelstrukturen sind zu entflechten und abzubauen. Zahlreiche polizeiliche Aufgaben wurden in der Vergangenheit auf die kommunalen Ordnungsbehörden übertragen, ohne dass diese über die nötigen Ressourcen und Ausrüstungen verfügen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die nachträgliche Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und Anschlussbeiträgen für Wasser- und Abwasserleitungen aufgrund rückwirkend geänderter oder erlassener Beitragssatzungen ab. Kommunen müssen verpflichtet werden, rechtssichere und geprüfte Kalkulationen und Beitragssatzungen bereits vor der Baumaßnahme vorzulegen. Durch eine Reform des Kommunalabgabengesetzes sollen sowohl demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien als auch die Verpflichtung der Kommunen zu einer nachhaltigen und maßvollen Investitionspolitik unmissverständlich festgeschrieben werden.

### **Reformen für bürgernahe Polizei weiterführen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Arbeit der Polizei eine zentrale Stütze des demokratischen Rechtsstaats. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die notwendigen Reformen der sachsen-anhaltischen Polizei weiterführen. Durch die Umstrukturierung der Polizei aufgrund der neuen Landkreis- und Gemeindegrenzen wurden Kapazitäten gewonnen. Darum wollen wir mehr Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem Innenbereich im öffentlichen Raum einsetzen, vorrangig als Fuß- und Fahrradstreifen. So wird das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gestärkt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben einen größeren Korridor für die Einstellung junger Polizistinnen und Polizisten an.

Um die Qualität polizeilicher Arbeit weiter zu verbessern, ist die Aus- und Weiterbildung zu intensivieren. Dabei muss immer der Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern im Vordergrund stehen. Leider bestehen bei der Polizei nach wie vor Defizite im Umgang mit Rechtsextremismus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mobile, bei den Polizeidirektionen angesiedelte Polizeieinheiten gegen Rechtsextremismus schaffen wie sie in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern seit langem arbeiten.

Die auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Innenministerium eingerichtete Polizeibeschwerdestelle soll, entsprechend unseres ursprünglichen Konzepts, zu einer unabhängigen Behörde umgebaut werden. Sie soll nicht nur einzelne Beschwerden erfassen und bearbeiten, sondern grundlegende Defizite polizeilicher Arbeit klären helfen und deutlich ausgeweitete Untersuchungsrechte erhalten.

Polizeibeamtinnen und -beamte in Uniform müssen für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre eindeutige Kennzeichnung durch Namensschilder. Insbesondere bei Demonstrationen würde dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Einsatzkräfte erheblich stärken. Sollte es zu polizeilichem Fehlverhalten kommen, können die Beteiligten auch zweifelsfrei identifiziert werden und bringen nicht die gesamte Polizei in Misskredit.

### **Justiz effizienter arbeiten lassen**

Eine unabhängige und effizient arbeitende Justiz ist das Fundament unseres Rechtsstaats. Sie muss als dritte Gewalt einer Demokratie autonom tätig sein können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine klare Trennung der Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten der Justizorgane und der Ministerien für Inneres und Justiz ein. Eine parteipolitische Einflussnahme auf die Besetzung von Ämtern darf es nicht geben. Die Justiz muss sich autonom selbst verwalten können. Das Weisungsrecht des Justizministeriums auf die Staatsanwaltschaft ist abzuschaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine effizientere Organisation der Justiz, ohne den Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden oder die unabhängige Stellung der Richterinnen und Richter zu beeinträchtigen. Staatsanwaltschaften und Gerichte sind so auszustatten, dass Verfahren in angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel zu bearbeiten und zu erledigen sind.

Verfahrensordnungen müssen fortentwickelt und vereinfacht werden. Die Reform des Sanktionsrechts ist überfällig.

Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Viel-

mehr ist der Erziehungsgedanke zu stärken. Der Jugendstrafvollzug ist gesetzlich neu zu regeln. Die Unterbringung im geschlossenen Jugendstrafvollzug darf nur Ultima Ratio sein und ist den Möglichkeiten des offenen Vollzugs und des Vollzugs in freien Formen nachzuordnen. Eine regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts sowie die Sicherungsverwahrung für Jugendliche lehnen wir ab.

Mehr qualifiziertes Personal in der Justiz und eine bessere Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden sind eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass Täter-Opfer-Ausgleich und Rehabilitation gelingen. Mediation als Mittel der Streitbeilegung ist ebenso zu stärken, wie der Täter-Opfer-Ausgleich. Letzterer hat das Potenzial, den Täterinnen und Tätern das Unrecht ihrer Taten vor Augen zu führen und dadurch erzieherisch zu wirken. Zu fördern ist ein Verhalten, das gewaltfreie Konfliktlösungen ermöglicht.

Zeugenschutz, Opferschutz und Opferhilfe sind zentrale Anliegen bündnisgrüner Politik. Dabei kommt es uns darauf an, den Opfern von Straftaten tatsächlich zu helfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Ausweitung von Opferschutzprogrammen und die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Opferhilfeeinrichtungen. Weitere notwendige Maßnahmen sind die Stabilisierung und der bedarfsgerechte Ausbau von Schutzwohnungen. Für Zeuginnen und Zeugen muss der Schutz ihrer persönlichen Daten vereinfacht und verbessert werden. Gerade im Bereich der politisch motivierten Kriminalität stellen sich viele Menschen aus Angst nicht als Zeugen zur Verfügung.

### **Vielfalt ermöglichen, Menschenrechte garantieren**

Gleichstellung aller Menschen ist Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch selbstbestimmt und frei von Diskriminierungen leben kann. Um Vielfalt zu ermöglichen und Menschenrechte zu garantieren, darf niemand wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der Hautfarbe, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten daher für die konsequente Anwendung des seit 2006 geltenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens ein.

Eine wirksame Antidiskriminierungspolitik beinhaltet auch die Förderung der Akzeptanz von Homo-, Bi- und Inter(oder: Trans)sexuellen im öffentlichen Leben und in der Arbeitswelt. Mit der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurde ein entscheidender Schritt für die Rechte von Lesben und Schwulen gegangen. Wir wollen eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in allen Bereichen, beim Kindschaftsrecht, bei Adoptions- und Sorgerecht, im Miet-, Erb-, Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im Ausländerrecht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Schutz der sexuellen Identität in die Landesverfassung aufgenommen wird.

Zu einer konsequenten Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes gehören unter anderem die Integration von Menschen mit Behinderungen in den allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen wie in der Arbeitswelt, die Einbeziehung von Seniorinnen und Senioren in alle Lebensbereiche und die Teilhabe von Kindern.

Gerade Kinder haben ein Recht, in allen sie betreffenden Angelegenheiten gehört zu werden und mitbestimmen zu können.

Insbesondere treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine umfassende Anwendung der Rechte der Kinder ein, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben sind. Dabei spielt insbesondere der Schutz vor körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt eine Rolle, wie auch das Recht auf Teilhabe und volle Entfaltung der Persönlichkeit.

### **Persönlichkeitsrechte und Datenschutz gewährleisten**

Der Staat darf Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht stellen. Die Sicherheitsbehörden sammeln jedoch ständig persönliche Informationen und Daten und wollen zur angeblichen Sicherheit alle möglichst umfassend überwachen: vom Konto über das Telefon bis zum Computer. Das ist nicht die Gesellschaft, in der wir leben wollen. Wir wollen in einem Land leben, in dem der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenübertritt. Menschen- und Bürgerrechte sind Garanten und nicht Gefährdung der inneren Sicherheit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für Persönlichkeitsrechte und einen konsequenten Datenschutz ein. Um Grundrechte und bürgerliche Freiheiten zu gewährleisten, darf es keine Ausweitung von Überwachungsbefugnissen von Behörden und Nachrichtendiensten geben. Das betrifft etwa die vertrauensvolle Kommunikation in Privaträumen und am Telefon ebenso wie Gespräche mit Seelsorgern, Anwälten und Ärzten. Es muss nachvollziehbar und einsehbar sein, nach welchen Kriterien Personendaten erhoben und geprüft werden. Zu einem effektiven Datenschutz gehört auch das Recht der Bürgerinnen und Bürger, über ungewollte und unbeabsichtigte Datenabflüsse personenbezogener Daten aus Unternehmen oder Behörden umgehend und lückenlos informiert zu werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat ein Grundrecht auf „Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht abgeleitet und damit eine Schutzlücke gegenüber Zugriffen des Staates geschlossen. Wir wollen auch auf Landesebene verhindern, dass Deutschland sich zu einem Überwachungsstaat entwickelt. Die entsprechenden Sicherheitsgesetze sind deswegen zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Die Rasterfahndung wollen wir abschaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen unter anderem die Einführung von Online-Durchsuchungen sowie die präventive Telekommunikationsüberwachung ab.

Datenschutz muss von jeder staatlichen Kontrolle frei sein (so eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes). In Sachsen-Anhalt aber ist hierfür neben dem Datenschutzbeauftragten des Landes auch das Landesverwaltungsamt zuständig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Zusammenführung der Aufsicht über den privaten und den öffentlichen Datenschutz beim Landesbeauftragten für Datenschutz.

### **Mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen – Erinnerungskultur schaffen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen insbesondere in der Tradition der Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung der DDR. Seit unserer Gründung haben wir einen wichtigen Beitrag für die demokratische Öffnung der Gesellschaft, für die Rech-

te von Minderheiten und die Selbstbestimmung der Menschen geleistet. Der Kampf der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler zur Überwindung der Machtverhältnisse in der DDR und für Errichtung einer lebendigen Demokratie in unserem Land sind uns Verpflichtung für die Zukunft.

Das Leben in der DDR ist differenziert zu betrachten. Einerseits muss geschehenes Unrecht konsequent aufgearbeitet und Verantwortung benannt werden. Nötig ist eine langfristig gesicherte Erinnerungsarbeit in den Gedenkstätten des Landes, aber auch in den Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Dazu gehört auch, dass sich sowohl die Partei Die Linke als auch die ehemaligen Blockparteien ihrer eigenen Geschichte kritischer als bisher in Verantwortung für die gemeinsame Zukunft stellen.

Andererseits ist die individuelle Lebensleistung vieler DDR-Bürgerinnen und -Bürger anzuerkennen. Schließlich geht es um die Würde der Menschen und ihre Selbstachtung sowie um Perspektiven in einem zusammenwachsenden Deutschland. Wir begrüßen es, wenn es möglich ist, dass sich Täter und Opfer der DDR-Repression begegnen und ihre Geschichte wahrhaftig aufarbeiten. Opferverbände haben weiterhin unsere Unterstützung.

### **Bürgernahe Gemeindestruktur erhalten**

Durch die von der Landesregierung betriebene Gemeindegebietsreform droht das Entstehen weiterer anonymer Einheits- und Verbandsgemeinden. Viele Menschen im Land sind darüber besorgt und haben sich deshalb für eine Änderung der gerade erst beschlossenen Gemeindegebietsreform ausgesprochen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein starkes lokales Wir-Gefühl und effiziente Verwaltungsstrukturen gleichermaßen. Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung in den Kommunen, die die Potenziale besserer Arbeitsteilung und Spezialisierung erschließt und dennoch in allen Ortsteilen ansprechbar ist. Da, wo Menschen sich mit ihren Gemeinden oder Ortsteilen identifizieren und nicht in anonymen Großgemeinden aufgehen, kann lokale Demokratie erfolgreich werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine verbindliche Ortschaftsverfassung für alle Städte und Gemeinden einführen. Diese soll die Ortschaftsräte in eigenverantwortlichen Angelegenheiten stärken. Unser Grundsatz ist dabei: lokale Angelegenheiten sollen vor Ort entschieden werden. Dazu gehört auch, dass die Ortschaftsräte eigene Finanzmittel bekommen. Auch das Verhältnis zwischen Ortschafts- und Gemeinderat muss verbessert werden. Ortschaftsratsmitglieder sollen grundsätzlich an allen (auch nichtöffentlichen) Sitzungen des Gemeinderats teilnehmen können. Das stärkt die Kontroll- und Beteiligungsmöglichkeiten der Ortsteile.

Auch in neuen Gemeindestrukturen soll die Förderung der gewachsenen dörflichen und häufig ehrenamtlichen Strukturen fortgeführt werden. Denn Brauchtumspflege und die örtliche Feuerwehr bilden häufig das Zentrum des dörflichen Lebens. Unser Bildungskonzept will die Schule im Dorf lassen. Wir streben zudem eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Arztpraxen und Polizeistationen an. Ortsteile wollen wir durch Anrufbusse auch zukünftig vom öffentlichen Personennahverkehr erschließen.

***Wer Grün wählt, ...***

- ... stimmt für mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und geringere Hürden bei Volksentscheiden;
- ... will in einem Land leben, in dem Bürger- und Menschenrechte Garantie für innere Sicherheit sind;
- ... stimmt für eine Stärkung der Ortschaftsräte;
- ... entscheidet sich für mehr Gerechtigkeit für alle, unabhängig von Geschlecht, Lebensorientierung oder sozialer Stellung.